

Das Parlament

Berlin, Montag 29. April 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 18-19 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Mister Europa tritt ab

Jean-Claude Juncker Er ist ein begeisterter Europäer, trotzdem endet seine Tätigkeit als EU-Kommissionspräsident nach fünf Jahren und der Europawahl im Mai schon im Herbst 2019: Der Luxemburger Jean-Claude Juncker, gerne als „Mister Europa“ tituliert, hatte schon im Februar 2017 verkündet, dass er keine Lust auf eine zweite Amtszeit habe. Damals kritisierte er das fehlende Grundverständnis einiger EU-Länder „über Dinge, die in Europa zu leisten sind“. Der Brexit, die Streitigkeiten über die Flüchtlingspolitik oder die bruchstückhaften Euro-Reformen haben dem 64-jährigen Christdemokraten zugesetzt. Dazu seine angeschlagene Gesundheit und mehrere unglückliche Auftritte zuletzt in der Öffentlichkeit. Vor seiner Zeit als Kommissionspräsident hatte Juncker Luxemburg als Ministerpräsident fast 20 Jahre regiert und er war von 2005 bis 2013 Chef der Euro-Gruppe. *kru*



ZAHL DER WOCHE

13

Präsidenten der Kommission gab es bisher seit 1958 für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die nachfolgenden Einrichtungen, die Europäische Gemeinschaft (EG) bzw. die Europäische Union (EU). Einziger deutscher Präsident war bisher Walter Hallstein (1958 bis 1967).

ZITAT DER WOCHE

»Das ist ein energiepolitisches Irrlichtern.«

Matthias Miersch, SPD-Bundestagsfraktionsvize, zu Plänen des CSU-Europapolitikers Manfred Weber, die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 zu blockieren, falls er EU-Kommissionspräsident wird.

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Gespräch mit EU-Ausschusschef Gunter Krichbaum (CDU) **Seite 2**

Porträts Fünf Erstwähler aus EU-Staaten schildern ihre Haltung zu Europa **Seite 3**

Wahlrecht Die Europa-Abgeordneten werden nach neuen Regeln gewählt **Seite 6**

Flüchtlinge In der EU gibt es keine einheitliche Migrations- und Asylpolitik **Seite 8**

Sozialpolitik Die Bevölkerungsalterung bedrängt die Sicherungssysteme **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Kampf um Konzepte

EUROPA Nur »Pro-EU« zu sein, reicht nicht. Es braucht jetzt konkrete Vorschläge zur Zukunft der Union

Vor zehn Jahren, im März 2009, begann der damalige Brüssel-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Martin Winter, an dieser Stelle ein Essay über die EU mit den Worten: „Europa ist an einem schwierigen Punkt angelangt. In diesem Sommer und Herbst muss sich zeigen, ob die Staaten der Europäischen Union die Kraft und den Mut haben, den Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen – gemeinsam, als Union.“ Damals, kurz vor den siebten Wahlen zum Europäischen Parlament, waren die Zeiten turbulent: Die schwere Banken- und Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Ländern zog die Wirtschaft der gesamten Eurozone in Mitleidenschaft und offenbarte schmerzhaft die Unzulänglichkeiten der Wirtschafts- und Währungsunion. Nach jahrelangem Streit und einem Nein beim Referendum in Irland wackelte außerdem die Ratifizierung des Lissaboner Reformvertrages, der die EU doch endlich demokratischer, transparenter und effizienter machen sollte.

Lissabon trat Ende 2009 schlussendlich in Kraft, die Finanzkrise haben die europäischen Staaten durch Reformen von Eurozone und Bankenwesen weitgehend überwunden. Dennoch könnte dieser Text, der wieder kurz vor den Europawahlen Ende Mai erscheint, mit denselben Worten beginnen wie vor zehn Jahren – Europa ist an einem schwierigen Punkt. Immer noch Mitgliedstaaten wie Polen, Rumänien und Ungarn verstoßen hartnäckig gegen Grundwerte und rechtsstaatliche Prinzipien der EU. Die Briten wollen, irgendwie und irgendwann, aus der Gemeinschaft austreten, weil eine knappe Mehrheit von ihnen glaubt, ohne Brüssel, ohne Binnenmarkt und Freizügigkeit, gehe es ihnen besser. Auch in anderen Mitgliedstaaten gedeiht der Nationalismus, rechts-populistische und europafeindliche Parteien sitzen in zahlreichen Parlamenten und Regierungen; Flüchtlings- und Schuldenkrise haben die offenen Grenzen in Europa für viele zur Bedrohung werden lassen.

All das dürfte sich Ende Mai im Wahlergebnis niederschlagen. Erstmals seit Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 könnten antieuropäische Parteien bis zu einem Drittel der Sitze in Straßburg bekommen. EVP und Sozialdemokraten, bislang Taktgeber der Union, droht der Verlust der absoluten Mehrheit. Ein Ende der jahrzehntelangen informellen Großen Koalition dürfte die Debatten und das Arbeiten in der Volksvertretung stark verändern und die ohnehin langwierigen Entscheidungsprozesse weiter erschweren. Um handlungsfähig zu bleiben – im Herbst steht auch die Wahl einer neuen Kommissionsspitze an – werden die Volksparteien sich neue Bündnispartner suchen müssen.

Lebendige Idee Nähert sich die Europäische Union, wie wir sie kennen, damit ihrem Ende? Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat schon Anfang 2017 das Ungeheuerliche ausgesprochen, als er vor einem „Scheitern der EU“ warnte. Nicht wenige halten das inzwischen für ein durchaus realistisches Szenario. Doch so weit muss es nicht kommen. „Europa ist gesünder als viele glauben. Die echte Krankheit Europas sind seine Pessimisten“, meinte schon der frühere Kommissionspräsident Jacques Delors. Und tatsächlich erweist sich die europäische Idee bei genauerem Hinsehen weiterhin als recht lebendig. Beispiel Brexit: Weder die Mehrheit der übrigen 27 Mitgliedstaaten noch die Mehrheit der rund 500 Millionen EU-Bürger hat offenbar ernsthaftes Interesse daran, dem Beispiel der Briten zu folgen und der Gemeinschaft den Rücken zu kehren. Nach dem Referendum in Großbritannien war die Sorge vor einem solchen Dominoeffekt groß – er ist nicht eingetreten.



Die Zustimmung zur Europäischen Union ist so hoch wie seit 25 Jahren nicht. 62 Prozent sehen die Mitgliedschaft ihres Landes positiv. Ob sich das auch im Ergebnis der Europawahlen niederschlägt, wird sich Ende Mai zeigen.

Tatsächlich scheint der Brexit für viele Europäer eher ein Weckruf gewesen zu sein. Nicht nur, dass die Regierungen der übrigen 27 Mitgliedstaaten das Austrittsabkommen in seltener Einmütigkeit zusammen ausgehandelt haben. Da sind auch die vielen, zumeist jungen Menschen, die, aufgerüttelt vom Erstarken der Nationalisten, realisiert haben, dass europäische Errungenschaften wie Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstläufer sind. Und die plötzlich und sehr sichtbar für das europäische Projekt kämpfen. Besonders die „Generation Erasmus“, von Kindesbeinen an gewohnt, ohne Pass von Ljubljana nach Lissabon reisen zu können, in Paris zu lernen und in Barcelona zu arbeiten, engagiert sich heute in proeuropäischen Bewegungen wie „Pulse of Europe“ und den „Jungen Europäischen Föderalisten“, in Parteien wie „Volt“ und „Demokratie in Bewegung“; viele Mitstreiter wurden praktisch über Nacht politisiert, als in den USA der Präsidentschaftswahlkampf tobte und der Aufstieg von Donald Trump drohte, zur Blaupause für Europa zu werden.

Im September 2018, acht Monate vor den Europawahlen, ergab eine Eurobarometer-Umfrage: Die Zustimmung zur EU unter ihren Bürgern liegt auf Rekordniveau. 62 Prozent sehen die Mitgliedschaft ihres Landes in der Gemeinschaft positiv – das ist der höchste Wert seit 25 Jahren.

Auch der Blick nach Osten macht Hoffnung: Ungarns europaskeptische Regierung erlebt gerade die größten Proteste der vergangenen Jahre. Teilnehmer schwenken Europafahnen und lassen so wenig Zweifel aufkommen, wenn sie sich verbunden fühlen. Auch in Polen, Serbien, Rumänien und der Slowakei gehen Zehntausende gegen Vetternwirtschaft und Korruption und für freiheitliche Werte, wie sie die EU verkörpert, auf die Straße.

Dass viele der meist jungen Demonstranten sogar mehr Vertrauen in die EU als in die eigenen nationalen Regierungen haben, zeigt auch die gerade veröffentlichte Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die 100.000 Befragten in den EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Slowenien sowie in sechs weiteren Westbalkanstaaten äußerten sich durchweg proeuropäisch. Teilweise, schreiben die Verfasser der Studie, würden sie die EU regelrecht idealisieren.



Der Wahlkampf in Deutschland ist in vollem Gange. 64,8 Millionen Menschen sind hier am 26. Mai wahlberechtigt.

Das ist der höchste Wert seit 25 Jahren. Auch der Blick nach Osten macht Hoffnung: Ungarns europaskeptische Regierung erlebt gerade die größten Proteste der vergangenen Jahre. Teilnehmer schwenken Europafahnen und lassen so wenig Zweifel aufkommen, wenn sie sich verbunden fühlen. Auch in Polen, Serbien, Rumänien und der Slowakei gehen Zehntausende gegen Vetternwirtschaft und Korruption und für freiheitliche Werte, wie sie die EU verkörpert, auf die Straße.

Dass viele der meist jungen Demonstranten sogar mehr Vertrauen in die EU als in die eigenen nationalen Regierungen haben, zeigt auch die gerade veröffentlichte Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die 100.000 Befragten in den EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Slowenien sowie in sechs weiteren Westbalkanstaaten äußerten sich durchweg proeuropäisch. Teilweise, schreiben die Verfasser der Studie, würden sie die EU regelrecht idealisieren.

Ein Grund zum Zurückbleiben sind diese Befunde natürlich nicht. Nationalisten und Europagegner sind und bleiben eine Herausforderung für die europäische Integration. Einen Grund dafür offenbart eine Studie der Bertels-

mann-Stiftung: Auch darin befürwortet die Mehrheit der Befragten die EU. Mit dem Funktionieren der Demokratie und den politischen Weichenstellungen auf EU-Ebene sind viele jedoch unzufrieden – die Befragten trauen ihr nicht zu, die Anliegen der Bürger zu berücksichtigen. Das spricht dafür, dass nicht die europäische Idee an sich in der Krise ist, sondern vor allem ihre Umsetzung.

Und wenn das so ist, sollten EU und nationale Regierungen dringend etwas dafür tun, um die von Lohndumping, steigenden Mieten, fortschreitender Globalisierung, Migration und technischem Fortschritt Verunsicherten (wieder) vom Nutzen und der Notwendigkeit der Union zu überzeugen. Das aber funktioniert nicht mit einem Wahlkampf nach der Methode Macron, der das Votum zu einem Plebiszit über die Frage „Wollen wir Europa oder nicht?“ erklärt. Und auch nicht, indem man die EU pauschal für alternativlos erklärt und Kritik an ihr beleidigt zurückweist, nur weil sie aus der falschen Ecke kommt. Ratsam ist auch nicht, die Tausenden, die gerade europaweit gegen die EU-Urheberrechtsreform demonstrieren und 4,7 Millionen Unterschriften gegen sie gesammelt haben, als „Mob“ zu diskreditieren, wie es die Kommission getan hat.

Mit Selbstgerechtigkeit gewinnt man keine Wahlen. Gegen nationalistische Panikmache und sozial-medial geschickt inszenierten Untergangsprophetentum helfen nur offene Ohren, klare Informationen und konkrete Konzepte. Wie soll die EU künftig aussehen, für die die proeuropäischen Kandidaten werben? Was kann sie besser als jeder Staat alleine – und was nicht? Wie kann die Gemeinschaft das soziale Gefälle in Europa überwinden und Zukunftsfragen wie Klimawandel, Digitalisierung und Migration im Sinne der Menschen bewältigen? Die Antworten darauf werden die Mitglieder spätestens in den nächsten Monaten finden müssen, wenn sie über die EU-Financen ab 2021 verhandeln. Vieles spricht dafür, dass sie sich auch diesmal zusammenraufen werden. *Johanna Metz*

Das, und leider noch viel mehr, ist bisher zu halbherzig angegangen worden. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Abweichende nationale Interessen spielen immer wieder eine Rolle. Das ist nicht erstaunlich. Und schon gar nicht verwerflich. Denn natürlich kalkuliert jeder Abgeordnete im Europäischen Parlament, welche Wirkung sein Stimmverhalten in der Heimat hat. Die Kunst des politischen Kompromisses ist daher viel stärker auf der europäischen als auf nationaler Ebene gefragt. Dennoch ist die Europäische Union ein mit hausgemachten Unzulänglichkeiten versehenes Erfolgsmodell. Daran ändern auch die vielen kleinen und größeren Krisen nichts, auch nicht das Brexit-Desaster. Trotz aller Sorgen, britischer Dilettantismus könnte die Gemeinschaft in ihren Grundfesten erschüttern, hat der Konflikt die Union eher zusammenrücken denn auseinanderdriften lassen.

Die Europäische Union ist kein statisches Modell. Sie muss und sie wird immer in Bewegung sein, um sich neuen Herausforderungen zu stellen. Dabei können Situationen entstehen, die nur schwer zu ertragen sind. Die Teilnahme der Briten an der Europawahl ist so ein Fall. Bei aller Absurdität: Die Union wird auch das überstehen. Es ist leicht, die Gemeinschaft anzugreifen. Ebenso leicht ist es, sie mit guten Argumenten zu verteidigen. Jedenfalls dann, wenn die Union endlich die überfälligen Reformen angeht.

EDITORIAL Modell in Bewegung

VON JÖRG BIALLAS

Die Europäische Union ist nicht perfekt. Vieles lässt sich an der Gemeinschaft zu Recht bekräftigen. Da ist dieser Beamtenapparat. Über Jahrzehnte ist die Verwaltung fast unkontrolliert gewachsen. Inzwischen hat sie zum Teil absurde Dimensionen angenommen. Das wiederum führt zu bürokratischen Arbeitsabläufen, die mit gesundem Menschenverstand nicht zu rechtfertigen sind. Darüber hinaus täte es der Gemeinschaft gut, endlich die europäische Gesetzgebung nach überflüssigen und überholten Regelungen zu durchforsten. Auch politische Inhalte müssen dringend neu diskutiert werden. Nur ein, allerdings besonders drängendes, Beispiel ist das die effektive Struktur bei der Bekämpfung von Kriminalität. Längst reicht die Qualität der internationalen Kooperation nicht aus, das nachvollziehbare Bedürfnis nach mehr Sicherheit in den Mitgliedstaaten zu befriedigen. Das, und leider noch viel mehr, ist bisher zu halbherzig angegangen worden. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Abweichende nationale Interessen spielen immer wieder eine Rolle. Das ist nicht erstaunlich. Und schon gar nicht verwerflich. Denn natürlich kalkuliert jeder Abgeordnete im Europäischen Parlament, welche Wirkung sein Stimmverhalten in der Heimat hat. Die Kunst des politischen Kompromisses ist daher viel stärker auf der europäischen als auf nationaler Ebene gefragt. Dennoch ist die Europäische Union ein mit hausgemachten Unzulänglichkeiten versehenes Erfolgsmodell. Daran ändern auch die vielen kleinen und größeren Krisen nichts, auch nicht das Brexit-Desaster. Trotz aller Sorgen, britischer Dilettantismus könnte die Gemeinschaft in ihren Grundfesten erschüttern, hat der Konflikt die Union eher zusammenrücken denn auseinanderdriften lassen. Die Europäische Union ist kein statisches Modell. Sie muss und sie wird immer in Bewegung sein, um sich neuen Herausforderungen zu stellen. Dabei können Situationen entstehen, die nur schwer zu ertragen sind. Die Teilnahme der Briten an der Europawahl ist so ein Fall. Bei aller Absurdität: Die Union wird auch das überstehen. Es ist leicht, die Gemeinschaft anzugreifen. Ebenso leicht ist es, sie mit guten Argumenten zu verteidigen. Jedenfalls dann, wenn die Union endlich die überfälligen Reformen angeht.



GASTKOMMENTARE

EU-SOZIALSTANDARDS ANGLEICHEN?

Nähe ermöglichen

PRO



Hannes Koch, freier Journalist

Weit weg ist die EU aus der Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger. Das Gefühl der Distanz mag in Ablehnung umschlagen, weil die Vorteile der EU zu wenig sichtbar sind und die Nachteile offensichtlich erscheinen. Alte Pro-Argumente – 75 Jahre Frieden – ziehen nicht mehr richtig, neue sind zwiespältig: Grenzüberschreitende Mobilität für Arbeitnehmer kann eine schöne Sache sein, allerdings nicht für diejenigen, die ihre Heimat verlassen müssen, weil sie dort keinen Job mehr finden. Deshalb könnte spürbare Lebenshilfe aus Brüssel die Stimmung verbessern, etwa ein europäisches Arbeitslosengeld, die Überweisung mit schönen Grüßen der EU-Kommission. Augenblicklich ist das Utopie oder mindestens unrealistisch. Immerhin jedoch denkt die französische Regierung in diese Richtung. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) legte ein Konzept für eine gemeinsame Arbeitslosen-Rückversicherung vor, die freilich keine zusätzlichen Zahlungen ermöglicht, sondern nur bestehende absichert. Selbst dabei mauert die CDU. Trotz aller Uneinigkeit ist die Debatte über eine stärkere, gemeinsame soziale Sicherung in Europa im Gang. Dazu gehören auch höhere, für alle Mitglieder der EU gültige Sozialstandards. So schlägt die SPD im Wahlkampf für das Europa-Parlament vor, dass der Mindestlohn in jedem Staat 60 Prozent des Durchschnittsverdienstes betragen solle. Das ist richtig, weil der Sinn Europas auch darin besteht, die soziale Sicherheit der Einwohner zu erhöhen. So fördert man Kreativität, Leistungsbehaftung und Zusammenhalt – eine gute Medizin gegen Rechts. Um Europa gegen seine Feinde zu schützen, holt man es am besten näher an die Bürgerinnen und Bürger heran.

Der falsche Weg

CONTRA



Jan Hildebrand, Handelsblatte, Düsseldorf

Das soziale Defizit der EU wird seit langem beklagt: Wirtschaftlich sei Europa mit dem Binnenmarkt geeint, sozial aber gespalten. Abhilfe versprochen viele, passiert ist wenig. Die soziale Angleichung innerhalb der EU lässt sich leichter fordern als umsetzen. Denn wie konkret soll etwa ein europäischer Mindestlohn aussehen, solange die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften so unterschiedlich ist? Osteuropäische Länder werden sich kaum höhere Niveaus diktieren lassen, da sie Gefahr laufen würden, ihren Wettbewerbsvorsprung zu verlieren. Auf der anderen Seite werden nord-europäische Staaten ihre hohen Standards nicht senken. Das wäre nicht nur sozial kontraproduktiv – sondern auch schädigend für den Ruf der EU. In ihr ist der Sozialstaat unterschiedlich ausgeprägt. Das eine Land hat einen strikten Kündigungsschutz, das andere setzt auf Flexibilität und gleicht das mit großzügiger Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit aus. Hier durch einheitliche Vorgaben an einzelnen Stellschrauben zu drehen, kann mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. Zu den ökonomischen Risiken kommen die politischen, wenn es um Pläne wie die einer EU-Arbeitslosenversicherung geht. Das in Deutschland oft vorgebrachte Argument, man müsse für andere zahlen, ist schwach. So lange ist es nicht her, dass wir der kranke Mann Europas waren mit hoher Arbeitslosigkeit. Zudem bleibt das Anreizproblem. Ein europäisch finanziertes Sozialsystem droht immer die Reformbereitschaft einzelner Regierungen zu senken. Letztlich muss die soziale Angleichung daher über den wirtschaftlichen Erfolg der EU-Staaten erreicht werden. Dabei können und sollten sie sich selbstverständlich unterstützen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 14. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Krichbaum, die Europawahl sei noch nie so wichtig gewesen wie in diesem Jahr, heißt es. Worum geht es bei dem Votum Ende Mai?

Europa befindet sich in ernsthafter Gefahr. Populisten erfahren in vielen EU-Staaten, auch bei uns in Deutschland, großen Zuspruch. Sie schüren Ängste und verunsichern die Menschen mit unwahren Behauptungen. Sie wollen ein gemeinsames Europa verhindern und verfolgen damit im Übrigen die selben Ziele wie Russland und die US-Regierung, für die es viel attraktiver ist, 28 einzelnen Staaten gegenüberzustehen als einer mächtvollen Europäischen Union.

Immer mehr Menschen sind offenbar der Meinung, der Nationalstaat könne besser für sie sorgen als die EU. Wie wollen Sie die vom Gegenteil überzeugen?

Viele Bürger haben eine positive Haltung zur Europäischen Union. Wir sprechen aber oft zu technisch und mit zu wenig Empathie über sie, das müssen wir ändern. Die Nachrichten sind voll mit Berichten über Krisen und Auseinandersetzungen oder Klagen über die Bürokratie. Wir müssen wieder mehr die konkreten Vorteile für die Menschen betonen: den Binnenmarkt, der großen Wohlstand schafft, die offenen Grenzen, den umfassenden Verbraucherschutz, die gemeinsame Währung, die Möglichkeit, überall in Europa zu leben und zu arbeiten, die vielen Städte- und Sportpartnerschaften, das Erasmus-Programm für Studierende und vieles mehr.

Trotzdem dürften im neuen Europa-Parlament so viele Europagegner sitzen wie nie zuvor. Konservativen und Sozialdemokraten, die bisher eine Art Große Koalition gebildet haben, droht Umfragen zufolge eine krachende Niederlage. Was bedeutet das für das Arbeiten und Funktionieren der Union?

Es ist zu früh, das zu beurteilen. Erstmals müssen wir abwarten, wie die Wahl tatsächlich ausgeht, um dann zu sehen, welche Koalitionen möglich sind. Ich bezweifle aber, dass die Populisten es schaffen, im Parlament eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Sie denken nur an sich selbst. Ein Beispiel: Die Rechtspopulisten in Italien verlangen mehr Geld von den wohlhabenderen EU-Staaten und deren Haftung für italienische Schulden. Umgekehrt lehnen die Rechtspopulisten in den betroffenen Staaten dies vehement ab. Wie soll das zusammenpassen?

In vielen Mitgliedstaaten regieren antieuropäische Parteien bereits mit. Beim Streit um die Migrationspolitik ist die EU-Kommission auch an ihrem Widerstand gescheitert. Ist das Gemeinschaftsmodell überhaupt noch zu halten?

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass der Grund für die Kritik vieler Bürger nicht ein Zuviel an Europa ist, sondern ein Zuwenig. Das gilt auch für die Migrationspolitik. Es gibt insgesamt zu viel Nationalstaaterie und zu selten die Einsicht, dass wir gemeinsam stärker wären. Ich würde mir wünschen, dass sich diese Erkenntnis in allen EU-Staaten durchsetzt. Aber natürlich kann man sich die Wirklichkeit nicht zurechtschneiden. Deswegen wird es in Zukunft wohl mehr Politikbereiche geben, in denen eher das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit zum Zuge kommt.

Sie meinen eine „Koalition der Willigen“?

Ja. Wenn Mitgliedstaaten in einem bestimmten Politikbereich enger zusammenarbeiten wollen, können sie das bereits tun und gewissermaßen die Speerspitze der Bewegung bilden. So machen wir es seit 2018 im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gerade in

»Müssen stärker werden«

GUNTHER KRICHBAUM Nicht ein Zuviel an Europa ist der Grund für die zunehmende EU-Skepsis, sondern ein Zuwenig, meint der CDU-Politiker



© picture alliance/imageBROKER

diesem Bereich steckt unglaublich viel Potenzial für ein Mehr an Europa, für größere Effizienz und Kostenersparnis. Er zeigt aber auch, dass es schon immer Politikfelder gab, in denen die Integration mehr Zeit brauchte. Die Idee, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu schaffen, gab es ja schon vor 60, 70 Jahren. Sie ist bekanntlich gescheitert.

Auch die Bundesregierung tritt oft genug auf die Bremse, wenn es um Kompetenzverlagerungen auf EU-Ebene geht.

Weder ein europäischer Mindestlohn, noch ein europäischer Finanzminister, noch eine von der EU gesteuerte Industriepolitik, wie von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vorgeschlagen, sind mit ihr zu machen.

Ich meine, wir haben trotz unterschiedlicher Positionen in der einen oder anderen Frage eine ansehnliche EU-Agenda mit Frankreich auf die Beine gestellt. Wir sind Macron etwa beim europäischen Investitionsbudget entgegengekommen, während er seine Zustimmung zum Wechsel vom Ein-

stimmigkeits- zum Mehrstimmigkeitsprinzip in der EU-Außenpolitik in Aussicht gestellt hat. Das ist aus Sicht eines französischen Präsidenten, der daran gewöhnt ist, im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nahezu alleine schalten und walten zu können, ein enormes Zugeständnis. Darüber hinaus haben wir uns im Freundschaftsvertrag von Aachen und dem deutsch-französischen Parlamentsabkommen zu einer noch engeren Zusammenarbeit entschlossen, um Europa voranzubringen.

Andere EU-Staaten sehen diesen Pakt mit Sorge. Sie fürchten, Deutschland und Frankreich könnten einen allzu dominanten Block in der EU bilden und sie bewandern. Ist das nicht Wasser auf die Mühlen der Populisten?

Den Vertrag von Aachen und auch das Parlamentsabkommen stellen wir ganz klar in den Dienst Europas. Wir wollen die EU keineswegs majorisieren, jedem Mitgliedstaat steht es frei, sich anzuschließen. Unser Ziel ist es, unser Handeln besser aufeinander abzustimmen und Projekte im Sinne der europäischen Sache anzustoßen. Nichts würde sich in Europa bewegen, wenn Deutschland und Frankreich sich nicht einig sind.

Die Briten werden aller Voraussicht nach doch an den Europawahlen teilnehmen. Wie groß ist die Gefahr, dass ihre Abgeordneten anstehende Zukunftsentscheidungen, etwa über den EU-Haushalt und die Spitze der neuen Kommission, beeinflussen oder gar blockieren?

Zunächst ist es positiv, dass durch die Verschiebung ein harter Brexit abgewendet werden konnte. Klar ist auch, dass die britischen Abgeordneten vollwertige Mitglieder des Europäischen Parlaments sind und bleiben, sofern Großbritannien nicht vor der Konstituierung am 2. Juli den Austritt erklärt. Die Befürchtung, sie könnten in Straßburg eine Art der Obstruktionspolitik betreiben, teile ich nicht. Schon seit dem Referendum im Juni 2016 haben sich die Parlamentarier keinesfalls destruktiv verhalten. Sie wissen, dass wir ihre Zurückhaltung erwarten, wenn es um echte Zukunftsfragen geht.

Was passiert mit den gewählten Abgeordneten, wenn die Briten nach der Europawahl die EU verlassen?

Wenn das Land sich aus der Europäischen Union verabschiedet, sind die Briten keine Unionsbürger mehr und damit entfällt die Basis für die Mandate.

Die britische Regierung hat es in zwei Jahren nicht vermocht, eine Lösung im Brexit-Streit zu finden. Warum sollte sie es jetzt in sechs Monaten schaffen?

Anders als noch vor wenigen Wochen und Monaten geht sie endlich auf die Opposition zu. Das hätte sie schon viel früher machen müssen, aber in im Vereinigten Königreich gibt es eine ganz andere Parlamentstradition. Dort gilt das Prinzip „The winner takes it all“. Koalitionen sind im Mehrheitswahlssystem meist nicht erforderlich und deshalb absolut unüblich. Hier ist durch den Brexit ein gewisser Paradigmenwechsel eingetreten, der nun hoffentlich auch zu einem Ergebnis führt.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Gunther Krichbaum (CDU) ist seit 2002 im Bundestag und leitet dort seit 2007 den Europaausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der EU-Skeptiker: Harald Weyel

Mit Europafragen hat sich Harald Weyel schon lange beschäftigt. Der Obmann und Sprecher der AfD-Fraktion im Europaausschuss schrieb seine Diplomarbeit in Ökonomie 1987 über Spaniens Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft. Später, als Betriebswirtschafts-Professor an der FH Köln, waren Außenwirtschafts- und damit Europafragen für Weyel ein Kerngebiet. Aus dieser Zeit rührt auch, angeregt durch die Kritik von Ökonomen wie Hans-Werner Sinn oder Wilhelm Hankel, seine Skepsis zur Gemeinschaftswährung Euro. „Man kann solch unterschiedliche Volkswirtschaften wie Deutschland, die Niederlande, Italien oder Griechenland nicht in ein Währungskorsett pressen. Das muss schiefgehen.“ So ging Weyel in die Politik und trat 2009 in Nordrhein-Westfalen nach dem fulminanten Landtagswahlkampf in Bayern im Jahr zuvor den Freien Wählern bei die er mit anderen auf EU- und eurokritischen Kurs bringen wollte. Das scheiterte und er kam dann vor der Bundestagswahl 2013 zur Wahlalternative, aus der die AfD wurde. So wie er den Euro, der nur durch Verletzungen der Maastricht-Verträge und eine ruinöse Null-Zins-Politik über Wasser gehalten werde, für einen Fehlschlag hält, ist für Harald Weyel auch die Europäische Union in ihrer Existenz gefährdet, „wenn sie nicht Substanzreformen durchführt“. Dazu gehört für ihn ein Ende der Gemeinsamen Agrarpolitik mit ihren riesigen Agrarsubventionen. „Das halte ich für einen Anachronismus und sollte besser in nationale Verantwortung zurückgegeben werden. Ein Auswahllösungsmodell auf europäischer Ebene reicht für diesen Bereich.“ Auch Sonderfonds wie der EU-Kohäsionsfonds mit dem Ziel einer Konvergenz der Wirtschaftskraft gehören für Weyel dringend reformiert bzw. abgeschafft. „Ich



»Das Europaparlament ist ein Pseudoparlament, weil es den Bürgern vorspiegelt, ihre Interessen zu vertreten und verantwortliche Politik zu machen.«

lung von maximal 100 Delegierten, die von den nationalen Parlamenten delegiert werden und „demokratisch besser legitimiert sind“. Ist trotz aller Kritik an EU-Bürokratie und Berliner Nettozahlerrolle die EU nicht auch ein Friedenswerk nach zwei Weltkriegen? „Damit gibt man der EU ein falsches Verdienst“, sagt Weyel. „Der Frieden in Europa ist vor allem ein Werk der Nato und der nuklearen Abschreckung.“ Im übrigen hätten Staaten wie Frankreich oder Großbritannien trotz EU im-

mer robust ihre auch militärischen Interessen auf der Welt durchgesetzt. Auch die Globalisierung spricht laut Weyel nicht für die EU. Nur wenn es mit einer Stimme spreche, könnten Europas Interessen gegen Schwergewichte wie die USA oder China durchgesetzt werden, wird argumentiert. „Das ist für mich nicht schlüssig. Kleine Länder wie Norwegen oder die Schweiz können sehr wohl zu ihrem Vorteil Verträge zum Beispiel mit den USA abschließen“, sagt der Abgeordnete. Die AfD geht in Deutschland als einzige EU- und Euro-kritische Kraft in den Europawahlkampf und plädiert sogar für einen „Dexit“, einen EU-Austritt, falls Reformen scheitern. Nach Umfragen sind die Deutschen allerdings europafreundlich wie sonst kaum ein anderes Volk. Ein Manko für die AfD? Harald Weyel spricht hier von „psychologischen Elementen“. „EU und Nato sind für Deutschland eine Art Ersatzidentität geworden unter Verzicht auf eigene Außenpolitik. Gleichwohl gilt: Freunde Europas sind die, die auf Substanzreformen in der EU drängen. Sie muss auf ein überschaubares Maß zurückgeführt werden.“ Harald Weyel kommt aus kleinen Verhältnissen und musste sich im Leben vieles erkämpfen. Geboren wurde er im hessischen Herborn als Sohn eines schwarzen US-Soldaten und einer Köchin aus dem Westerbald. Nach angefangener Mechanikerlehre machte er das Abitur und studierte in Berlin, Marburg und Oldenburg Geografie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Romanistik. Nach dem Diplom arbeitete Weyel im öffentlichen Dienst, so bei der IHK Arnsberg. Später, nach der Promotion, war er Wirtschafts- und Finanzberater. Dann wurde er FH-Professor. Weyel wohnt in Bergisch Gladbach. In seiner Freizeit erfreut er sich am Radfahren und an Waldspaziergängen. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
26. April 2019

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Morfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.

Das erste Kreuz für Europa

ERSTWÄHLER Welche Ideen, Erwartungen und Ängste habe junge Europäer? Fünf Jugendliche erzählen



Jeanne Morel kommt aus Paris, möchte aber im Ausland studieren. © privat

Jeanne Morel, 18 Jahre (Frankreich)

Als ich jünger war, dachte ich, dass Grenzen eine wichtige Sache sind und ich einen Unterschied merken würde, wenn ich eine überquere. Tatsächlich sind sie aber meist unsichtbar und wir vergessen sie leicht, was das für ein Vorteil ist. Das habe ich zum ersten Mal verstanden, als ich nach Amerika gereist bin. In der digitalen Welt gibt es auch keine Grenzen, warum also in der realen? Ich denke viel darüber nach, warum Regierungen wieder Mauern bauen und auf Abschottung setzen. Wenn Menschen gezwungen sind, zu fliehen, werden sie immer einen Weg finden.

Meine wichtigste Erfahrung mit Europa war ein dreimonatiger Austausch nach Berlin. Ich komme aus Paris und gehe noch zur Schule, aber ich weiß schon jetzt, dass ich gerne im Ausland studieren möchte, am liebsten in Deutschland.

Meine gesamte Familie kommt aus Frankreich, allerdings aus unterschiedlichen Regionen. Meine Großmütter haben sehr unterschiedliche Traditionen, Einstellungen, Kochstile und auch Akzente, deshalb bin ich oft etwas gespalten zwischen meinen nord- und südfranzösischen Wurzeln. Aber meist sage ich mir, dass mich das auch etwas multikulturell macht. Ich liebe Sprachen und meine Eltern haben mir immer nahegelegt, andere Länder zu besuchen. Das bedeutet nicht, dass ich meine Herkunft vergesse, sondern mehr, dass ich alle Möglichkeiten nutze, die mir offen stehen. Dass ich in Frankreich geboren wurde, ist nicht meine Entscheidung gewesen und ich habe noch nie verstanden, warum Menschen im Ausland in mir mein Herkunftsland repräsentiert sehen sollten und ich stolz auf die französische Geschichte sein soll.

Es frustriert mich, dass viele Medien oft nur über Probleme berichten. Das macht es auch schwerer, jetzt bei meiner ersten Wahl eine Partei zu finden, die mich am ehesten anspricht. Es ist eher so, dass ich verschiedene Ideen verschiedener Parteien teile. Ich versuche auch, mein Umfeld dazu zu bringen, wählen zu gehen, aber ich fürchte, dass viele denken, dass die Wahl nicht wichtig ist. Wir unterhalten uns über Politik, aber viele meiner Freunde nehmen sie als zu kompliziert oder zu weit weg von ihrer täglichen Realität wahr. Mit meiner Familie spreche ich eher weniger darüber, weil sich die Diskussionen oft zu Streits entwickeln. Und wenn mal über Politik gesprochen wird, dann geht es eher selten um europäische Themen.

Die Schule hier ist sehr stressig und ich habe das Gefühl, dass die Zukunft meiner Generation mehr als unsicher ist. Es gibt

ökonomische Krisen, wenige Lösungen, einen Anstieg bei der Arbeitslosigkeit. Ich habe den Eindruck, dass wir die Wahl haben, entweder die Besten zu werden oder aber auf der Schattenseite zu stehen. Für uns junge Menschen sieht das politische Geschäft von außen oft einfach nur abschreckend aus. Gleichzeitig wollen wir Dinge verändern und haben Ideen, wie das Leben von Menschen verbessert werden kann, aber eher über NGOs und Vereine. Ich bin überzeugt, dass wir in der Schule mehr über Europa und die aktuellen Handlungsbedarfe lernen sollten, damit wir die Probleme, die die Union hat, besser verstehen können. Um sich als Teil des Systems zu begreifen, muss man erfahrbar machen, was die Abgeordneten genau tun. Viele wissen zwar, dass die EU viele Projekte finanziert, aber wofür genau sie Geld gibt, das wissen wir nicht.

Flavia Sandu, 20 Jahre (Rumänien)

Ich studiere Sprachen und internationale Studien in Dänemark, komme aber aus Pitesti in Rumänien. Ich würde nicht sagen, dass ich als Bürgerin Europas erzogen wurde. Meine Mutter ist zwar keine Anti-Europäerin, aber sie gehört zu der großen Gruppe an Menschen, die nicht viel über die EU wissen. Ich habe mich schon als Jugendliche für Politik interessiert: Bei einem Sommercamp habe ich zufällig andere junge Leute aus Europa kennengelernt und wir haben uns ausgetauscht. Das war quasi meine erste europäische Erfahrung. Schon damals, mit 14, wusste ich, dass ich die Welt besser kennenlernen will. Nach dem Abitur wollte ich einen radikalen Wechsel und bin jetzt seit einhalb Jahren im dänischen Aalborg. In meiner Freizeit engagiere ich mich in verschiedenen NGOs wie der Jugendorganisation der Vereinten Nationen.

Die Wahlen Ende Mai sind ein großes Thema für mich. Ich musste mich entscheiden, entweder für die dänischen oder die rumänischen Abgeordneten zu stimmen. Es gab viel Korruption und Nepotismus in meiner Heimat und ich habe das Gefühl, dass es neue Parteien gibt im Land, denen man endlich seine Stimme anvertrauen kann. Deswegen werde ich für die rumänischen Abgeordneten stimmen. Es ist sehr wichtig für mich, dass wir kompetente Abgeordnete nach Brüssel schicken und nicht solche, die nationale Befindlichkeiten vor europäische stellen. Ich glaube, dass es einen großen Unterschied macht, ob nur 200 kompetente Abgeordnete dort sitzen oder 500. Seit einer Weile sehe ich Dänemark mehr mit einem Insider-Blick. Mir gefällt, dass viele Leute hier international unterwegs sind. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass die meisten Menschen nicht wissen, was

die EU konkret macht. Das nehme ich auch im pro-europäischen Diskurs so wahr. Desinformationen, wie wir sie beim Brexit gesehen haben, spielen deshalb eine so große Rolle, weil der Durchschnittsbürger nicht verstanden hat, um was es in der EU geht. Es wäre wichtig, dass die EU ihr Handeln auf der lokalen und regionalen Ebene transparenter macht. Ich denke nicht, dass die Union auseinanderbrechen wird. Mir gefällt der Gedanke, dass wir zu eng miteinander verbunden sind, um die Verbindungen zu kappen. Wenn ich meine Identität beschreiben müsste, würde ich sagen, dass ich als erstes Europäerin und dann Rumänin bin. Gleichzeitig kann ich mir nicht vorstellen, dass jemand, der sein Heimatland nie verlassen hat, dasselbe sagen würde. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass ich die Vorteile der EU sehr direkt erfahre. Ich

denke, in Rumänien sind wir dabei etwas abzudriften, vor allem, wenn es um Freiheitsrechte geht. Es gibt zwar immer mehr unabhängige Medien, aber die werden fast nur von jungen Menschen wahrgenommen. Ich könnte meine Mutter zum Beispiel nicht überzeugen, anstatt den Fernseher anzumachen, mal einen Podcast zu hören. Ich bin überzeugt, dass die ehemaligen kommunistischen Länder, die ja ziemlich isoliert waren, für eine europäische Identität noch eine Weile brauchen werden. Das wird mir immer wieder bewusst, wenn ich nach Hause komme: Es ist keine gute Idee, beim Weihnachtsessen anzufangen, über Politik zu sprechen. Meine Familie ist zwar nicht sehr konservativ, bei den meisten Themen sind sie relativ offen, aber vielleicht bin auch ich die, die etwas radikalere Ansichten hat, jetzt wo ich eine neuen Perspektive habe.



„Ich bin als erstes Europäerin und dann Rumänin“, sagt Flavia Sandu. © privat



Antonios Kitsios aus Thessaloniki ist überzeugt, dass er der EU viel verdankt. © privat

Antonios Kitsios, 20 Jahre (Griechenland)

Die Wahlen im Mai sind das erste Mal, dass ich den Leuten zeigen kann, dass sie falsch liegen, wenn sie behaupten, dass Jugendliche teilnahmslos, passiv und nicht interessiert sind an Politik. Ich freue mich sehr darauf, weiß aber auch nicht, was ich genau erwarten soll und ob ich nun eine andere Verantwortung habe als vorher. Ich hoffe, dass alle, die zum ersten Mal von ihrer Stimme Gebrauch machen, sie bewusst an Repräsentanten geben, die sich für eine Zukunft Europas einsetzen. Ich wurde in Thessaloniki geboren und bin auf der Halbinsel Chalkidiki aufgewachsen. Momentan studiere ich englische Philologie und Literatur. Auch wenn ich noch nie außerhalb von Griechenland gelebt habe, fühle ich mich als Europäer. Ich bin als Grieche erzogen worden und habe das griechische Bildungssystem durchlaufen, in

dem der Fokus auf der griechischen Kultur, Geschichte und Identität lag. Das erste Mal richtig in Kontakt gekommen mit „Europa“ bin ich im Geschichtsunterricht in der Oberstufe. Da haben wir an europäischen Projekten wie „Euroscola“ teilgenommen. Dabei habe ich verstanden, dass eine Identität mehrere Schichten haben kann. Es war schließlich Europa, das den griechischen Geist, die Philosophie, Wissenschaft, Geschichte, Kultur und Kunst hervorgebracht, bewahrt und verbreitet hat. Ähnlich verhält es sich für mich auch mit der Europäischen Union: Es ist die EU, der ich offene Grenzen, so wenig wie möglich transnationale Konflikte, Arbeitschancen, Sicherheit und Investitionen zum Beispiel in die Jugend verdanke. Ich kann aber nicht behaupten, dass hier in meiner Heimat täglich über europäische Angelegenheiten diskutiert wird. Wenn

über die EU gesprochen wird, dann meistens eher negativ, was natürlich auch mit der tiefen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerfahrung hier im Land zusammenhängt. Ich befasse mich im Studium und meinem Alltag viel mit den Themen Gender und Toleranz. In Griechenland ist das Akzeptieren „des Anderen“ als etwas Normales noch sehr problematisch. Es frustriert mich, zu sehen, wie sexuelle Minderheiten behandelt werden. Gleichzeitig freue ich mich, dass durch den Einsatz europäischer Politiker und Aktivisten in ganz Europa Solidarität und ein gewisses Bewusstsein überschwappt. Ich sehe große Chancen in der Technologie und den sozialen Medien, ein Bewusstsein für Probleme zu schaffen und seine Stimme hörbar zu machen – das war vorher sehr viel schwieriger. In den letzten Jahren,

in denen mehr und mehr Menschen nach Europa flohen, vor allem über mein Heimatland, habe ich realisiert, dass unsere Kultur offener und weniger verletzlich wird, je weniger Grenzen wir haben. Ich würde sogar sagen, dass die Entwicklungen der letzten Jahre und die gestiegene interkulturelle Kommunikation unseren Kontinent zum Positiven verändert haben. Trotzdem habe ich Angst davor, dass die EU sich aufspaltet in solche Länder, die ihre nationale Identität nach vorn stellen und eine konservative Politik durchsetzen, und andere Länder, die auf Liberalismus setzen und die Grundprinzipien der EU offen verteidigen. Ich kann nur hoffen, dass die Kinder heute so erzogen werden, dass die Würde des Menschen, dessen Freiheit, der gegenseitige Respekt und das Achten der Menschenrechte zu verbindenden Elementen der Länder Europas werden.

Inez Brogowska, 19 Jahre (Polen)

Ich bin in Rzeszów, einer kleinen polnischen Stadt, aufgewachsen und stehe kurz vor meinem Abitur. Polen ist der EU beigetreten, als ich vier Jahre alt war – ich kenne also gar keine andere Realität als die europäische. Ich kann mir nicht vorstellen, all die Möglichkeiten, die mir die EU bietet, nicht nutzen zu können. Weil Polen aber sehr stark mit seiner Geschichte und den Traditionen verknüpft ist, fühle ich mich meinem Heimatland sehr verbunden und auch verpflichtet, darauf stolz zu sein. Gleichzeitig nehme ich mich aber auch als Bürgerin Europas wahr, die nicht an ein Staatsgebiet gebunden ist. Seit zwei Jahren engagiere ich mich aktiv in einer Organisation, dem Europäischen Jugendparlament. Ohne sie hätte ich nie so viele unterschiedliche Ideen, Meinungen und Menschen kennengelernt – und

wüsste vor allem nicht über meine Rechte und Pflichten als Bürgerin Europas Bescheid. Ich bin ziemlich aufgeregt, endlich wählen gehen zu dürfen. Momentan ist so gar geplant, dass ich beim Auszählen der Stimmen am Wahlsonntag mithelfen werde. Mit meinen Freunden habe ich in der letzten Zeit versucht, jungen Menschen hier vor Ort mehr über die Wahlen zu vermitteln. Bei den letzten Europawahlen haben nur knapp 24 Prozent der Polen überhaupt ihre Stimmen abgegeben. Nationale Politik interessiert mich nicht so sehr. Dazu kommt, dass mich wenige Dinge noch mehr frustrieren als unsere momentane Regierung. Ihre Position zu internationaler Zusammenarbeit ist das exakte Gegenteil von dem, was ich von meiner Regierung erwarte. Diese sehr konservativen, geschlossenen und wenig toleranten Positionen führen dazu, dass ich die Tage

bis zur nächsten Parlamentswahl zähle. Mein Heimatland würde ich als sehr kritisch gegenüber Politik im Allgemeinen beschreiben – auch weil wir in unserer Geschichte immer wieder Phasen der Unterdrückung durch verschiedene Länder und Regierungen erlebt haben. Das ist auch der Grund, warum in der Familie nicht so oft über Politik gesprochen wird. Wenn wir diskutieren, dann eher über lokale oder nationale Themen – nur der Brexit bildet da eine Ausnahme, weil ein Teil meiner Familie in Großbritannien lebt und wir somit direkter davon betroffen sind. Mit der EU bin ich das erste Mal richtig in Kontakt gekommen, als ich verstanden habe, wie sehr die finanziellen Mittel meine Heimatstadt verändert haben. Es sind durch EU-Mittel nicht nur neue Straßen und Brücken entstanden, sondern es wurde auch eine neue Schule gebaut, die ich

besucht habe. Das wäre nicht möglich gewesen ohne den Beitritt Polens zur EU. Wenn ich in Europa unterwegs bin, habe ich ein Gefühl von Sicherheit und Freiheit. Nicht nur, dass ich die Möglichkeit habe, nein, ich werde von der EU sogar ermutigt, über Programme wie Erasmus und Interrail den Kontinent und seine Bewohner besser kennenzulernen. Die ukrainische Grenze ist nur zwei Stunden von meiner Heimatstadt entfernt, aber wenn ich darüber nachdenke, diese Grenze zu überqueren, ist das ein ganz anderes Gefühl. Dass die Briten nun die Union freiwillig verlassen wollen, kann ich nur als ein sehr negatives Kapitel des europäischen Integrationsprozesses werten. Ich habe Angst, dass nun, wie bei einem Domino-Spiel, andere Staaten folgen werden. Was nicht passieren darf, ist, dass dadurch die europäische Idee gefährdet oder zerstört wird.



Inez Brogowska wird im Mai beim Auszählen der Stimmen mithelfen. © privat



„Die Zukunft ist für uns unsicher“, sagt Goodness Olaoti aus dem englischen Mansfield über die Auswirkungen des Brexits. © privat

Goodness Olaoti, 18 Jahre (Großbritannien)

Ich lebe in Mansfield, komme aber ursprünglich aus Nigeria. Als ich sieben Jahre alt war, kam meine Familie hierher. Wir waren zu fünf und weil ich hier aufgewachsen bin, habe ich die britische Staatsbürgerschaft bekommen. Ich erinnere mich, dass all die verschiedenen Dialekte in den Städten komisch für mich waren, als wir nach Großbritannien kamen. Ich konnte nur wenig Englisch und Interaktionen waren deshalb ziemlich schwierig. Jetzt bin ich in meinem letzten Schuljahr und habe die Hoffnung, studieren zu können und Wissenschaftler zu werden. Meine Familie ist fest in einer baptistischen Gemeinde verwurzelt und insgesamt wird nicht so viel miteinander gesprochen. Wenn es mal um Politik geht, dann meist nur kurz. Aber das ist nichts Ungewöhnliches: Ich habe einige Freunde, die über-

haupt nicht mit den politischen Ansichten ihrer Eltern übereinstimmen. Und das ist auch der Grund dafür, warum in meinem Umfeld allgemein nur sehr wenig über Politik gesprochen wird. Mansfield hat eine der höchsten Kriminalitätsraten des Landes und die Mehrheit der Menschen hier hat für den Brexit gestimmt. Vor allem wenn es darum geht, wissen wir jungen Menschen um die Auswirkungen auf uns und unsere Zukunft – es gibt momentan kaum ein anderes Thema. Auch in der Schule sprechen wir darüber, warum es nicht ein weiteres Referendum gibt. Es ist schade, dass so viele, vor allem ältere Briten, gar nicht oder falsch über die Folgen ihrer Entscheidung informiert waren. Die Zukunft ist für Studenten unsicher, auch was Austausch und Mobilität angeht, und das ist frustrierend. Unsere Politiker hatten jahrelang Zeit, ihre Pläne

für einen Brexit zu konkretisieren und umzusetzen, aber alles was herausgekommen ist, sind Uneinigkeit und Spaltung. Vor kurzem bin ich 18 Jahre alt geworden und ich habe noch nie gewählt. Mir ist nirgendwo beigebracht worden, um was es genau bei den Wahlen zum Europäischen Parlament geht und wie das genau funktioniert. Bis vor kurzem bin ich fest davon ausgegangen, dass Großbritannien sowieso nicht daran teilnehmen wird. Bis heute wissen wir nicht genau, ob es doch noch anders kommt. Trotz alledem würde ich sagen, dass meine britische Identität nicht wichtiger ist als meine europäische. Wenn ich in die Zukunft blicke, dann habe ich Angst davor, dass andere Länder dem britischen Modell folgen und die Mühen um die europäische Integration umsonst waren. Ich kann nur hoffen, dass die EU sich stärker vereinigt und Entscheidungen von

vielen Ländern ausgearbeitet werden – und nicht, dass ein Land sagt, wo es lang geht. Mir macht Mut, dass viele Leute inzwischen die Konsequenzen des Brexit wahrnehmen und darüber nachdenken. Das hätte nur schon vor drei Jahren stattfinden müssen. Wenn ich eine Botschaft an die Politik senden könnte, würde ich ihr sagen, dass sie stärker die Meinung junger Menschen einbeziehen müsste. Wir werden es sein, die die Zukunft meistern müssen, deswegen sind unsere Perspektiven mindestens genauso relevant und wichtig.

Aufgeschrieben von Lisa Brübler



Wahl des Europäi

CHRONIK DER EU

1951: Gründung der Montanunion

Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen am 18. April 1951 das Abkommen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Mit dieser sogenannten Montanunion wird der Kohlebergbau und die Stahlproduktion unter eine gemeinsame Verwaltung (Hohe Behörde) gestellt und der Ex- und Import zollfrei. Kein Land soll zukünftig mehr im Alleingang Kriegswaffen herstellen können, um sie gegen ein anderes Land einzusetzen. Der EGKS-Vertrag wurde zunächst auf 50 Jahre abgeschlossen, trat 1952 in Kraft und ging 2002 in den Regelungsbereich des EG-Vertrags über. Grundlage der Montanunion war der Schuman-Plan, den der französische Außenminister Robert Schuman aufbauend auf einer Idee des Unternehmers Jean Monnet am 9. Mai 1950 vorgelegt hatte.

1957: Unterzeichnung der Römischen Verträge

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 gründen die Mitgliedstaaten der Montanunion die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Ziel der EWG ist die freie Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr, der keine Staatsgrenzen mehr kennt. Die Atomgemeinschaft dient der gemeinsamen, friedlichen und sicheren Nutzung der Kernenergie. Gemeinsam mit der EGKS bilden EWG und EURATOM die Europäischen Gemeinschaften, für die ein gemeinsames Parlament, ein gemeinsamer Gerichtshof sowie ein gemeinsamer Wirtschafts- und Sozialausschuss gegründet werden. Die Römischen Verträge treten Anfang 1958 in Kraft.

1967: Gemeinsamer Rat und gemeinsame Kommission

Die Unterzeichnung des sogenannten EG-Fusionsvertrages am 8. April 1965 führt zur Einsetzung einer gemeinsamen Kommission und eines gemeinsamen Rates für die drei Europäischen Gemeinschaften EWG, EGKS und EURATOM. In Kraft tritt der Vertrag am 1. Juli 1967.

1973: Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaften

Zum 1. Januar 1973 treten Großbritannien, Irland und Dänemark den Europäischen Gemeinschaften bei. In Norwegen, das ebenfalls einen Beitrittsvertrag unterzeichnet hatte, lehnt die Bevölkerung den Beitritt vor allem aus Sorge um den Wohlfahrtsstaat in einem Referendum mehrheitlich ab.

1981/1986: Erste und zweite Süderweiterung

Am 1. Januar 1981 tritt Griechenland als zehntes Mitglied den Europäischen Gemeinschaften bei. Fünf Jahre später folgen Spanien und Portugal. Diese Staaten hatten teils schon seit langem eine Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften gesucht, waren jedoch wegen ihrer autoritären Regierungen nicht zugelassen worden. Erst nach erfolgreichen Demokratisierungsprozessen konnten sie beitreten.

1992: Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht

Mit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags am 7. Februar 1992 zur Gründung der Europäischen Union (EU) werden die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die zur Einführung des Euro 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld in den Staaten der Eurozone führt, und eine engere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Innen- und Justizpolitik beschlossen. Zugleich wird die EWG in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt, da sie nun auch Zuständigkeiten in anderen Politikbereichen als der Wirtschaft, beispielsweise in der Umweltpolitik, erhielt. Die EG und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) bilden die drei Säulen der Europäischen Union. In Kraft tritt der Maastricht-Vertrag am 1. November 1993.

1995: Norderweiterung der Europäischen Union

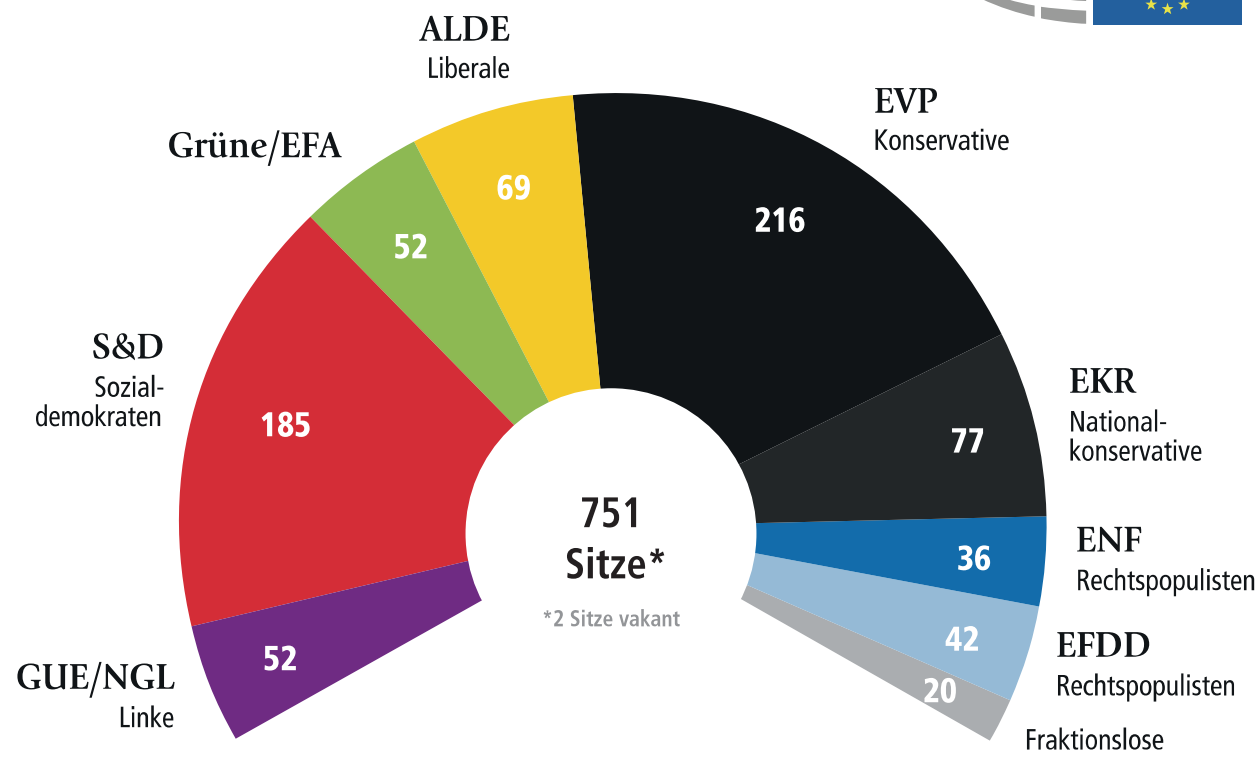
Schweden, Finnland und Österreich treten der EU am 1. Januar 1995 bei. In Norwegen stimmt in einem Referendum eine knappe Mehrheit von 52,8 Prozent der Norweger erneut gegen den Beitritt.

1995: Norderweiterung der Europäischen Union

Schweden, Finnland und Österreich treten der Europäischen Union am 1. Januar 1995 bei. In Norwegen stimmt in einem Referendum eine knappe Mehrheit von 52,8 Prozent der Wähler erneut gegen den Beitritt.

Das EU-Parlament - Aktuelle Sitzverteilung

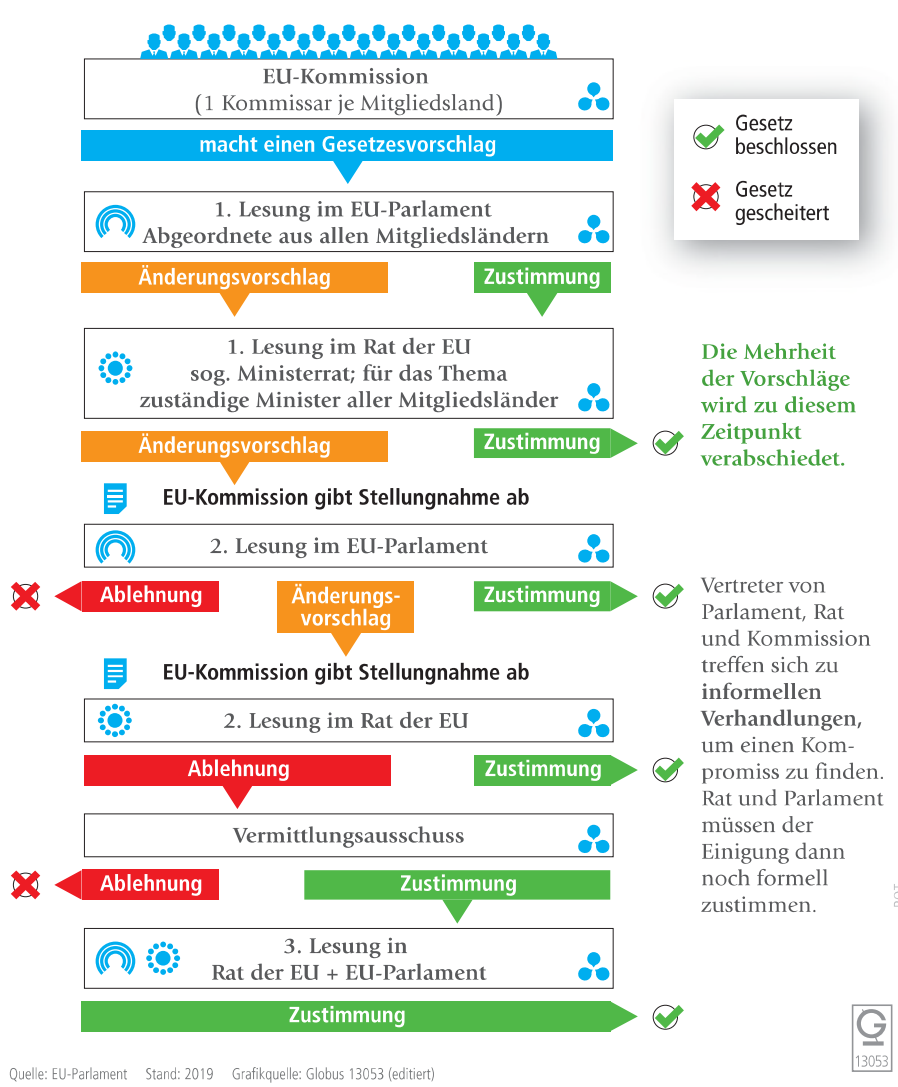
Abgeordnete nach Fraktionen



Quelle: Europaparlament Grafikquelle: dpa/30136 (editiert) Stand: 23. April 2019



Wie Gesetze in der EU entstehen



Quelle: EU-Parlament Stand: 2019 Grafikquelle: Globus 13053 (editiert)

Die Europäische Union

Gründungsstaaten	Beitrittsjahr	Einwohner 2018 ¹ in Mio.	BIP ^{1,2} 2017 pro Kopf in Tsd. Euro
Belgien	★ 1958	11,4 Mio.	35,0 Tsd. Euro
Deutschland	★ 1958	82,9	37,1
Frankreich	★ 1958	67,2	31,2
Italien	★ 1958	60,5	28,9
Luxemburg	★ 1958	0,6	75,9
Niederlande	★ 1958	17,1	38,4
Dänemark	★ 1973	5,8	38,4
Großbritannien	★ 1973	66,2	31,7
Irland	★ 1973	4,8	54,3
Griechenland	★ 1981	10,7	20,2
Portugal	★ 1986	10,3	23,0
Spanien	★ 1986	46,7	27,6
Finnland	★ 1995	5,5	32,7
Österreich	★ 1995	8,8	38,1
Schweden	★ 1995	10,1	36,3
Estland	★ 2004	1,3	23,6
Lettland	★ 2004	1,9	20,0
Litauen	★ 2004	2,8	23,5
Malta	★ 2004	0,5	29,3
Polen	★ 2004	38,0	20,9
Slowakei	★ 2004	5,4	22,9
Slowenien	★ 2004	2,1	25,5
Tschechien	★ 2004	10,6	26,9
Ungarn	★ 2004	9,8	20,3
Zypern	★ 2004	0,9	25,4
Bulgarien	★ 2007	7,1	14,8
Rumänien	★ 2007	19,5	18,8
Kroatien	★ 2013	4,1	18,5

Quelle: Eurostat Grafikquelle: Globus 13011 (editiert) ¹zum Teil vorläufig oder geschätzt ²kaufkraftbereinigt

Die EU-Staaten



Europäische Parteien und ih

Europäische Volkspartei/ EVP

Die Europäische Volkspartei (EVP) wurde 1976 gegründet und hat eine christdemokratische und konservative Ausrichtung. Sie ist ein Zusammenschluss von inzwischen mehr als 70 Parteien aus 47 europäischen Ländern. Seit 1999 bildet sie die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Im derzeitigen Europäischen Parlament verfügt die EVP-Fraktion über 217 Abgeordnete. In Deutschland gehören die CDU und die CSU der EVP an. Die CDU ist mit 29 Abgeordneten und die CSU mit fünf Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Spitzenkandidat der EVP für die Europawahl ist der deutsche CSU-Abgeordnete Manfred Weber, der derzeit auch Vorsitzender der EVP-Fraktion ist.

Im Internet: www.epp.eu

Sozialdemokratische Partei Europas/SPE

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) ging 1992 aus dem 1974 gegründeten Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft hervor. Sie vereint 53 sozialistische, sozialdemokratische und Arbeiterparteien aus Europa. Gemeinsam mit anderen der Sozialdemokratie nahestehenden Mitgliedern, die aber keiner Partei auf europäischer Ebene angehören, gehört die SPE der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) an. Mit 181 Abgeordneten ist sie die derzeit zweitstärkste Fraktion im EU-Parlament. In Deutschland gehört die SPD der SPE an. Sie ist mit 27 Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Spitzenkandidat der SPE für die Europawahl ist der Niederländer Franz Timmermans.

Im Internet: www.pes.eu

Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa/ALDE

Die Europäische Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) ging 2004 aus der 1976 gegründeten Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft hervor. Sie vereint derzeit 66 liberale Parteien aus Europa. Zusammen mit der Europäischen Demokratischen Partei (EDP) bildet sie die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE). Die ALDE-Fraktion ist mit derzeit 69 Abgeordneten die viertstärkste Fraktion im EU-Parlament. In Deutschland gehört die FDP der ALDE an. Sie ist mit drei Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Die ALDE hat keinen einzelnen Spitzenkandidaten aufgestellt, sondern ein siebenköpfiges Team aus Kandidaten.

Im Internet: www.alde.eu

Europäische Grüne Partei/ EGP

Die Europäischen Grüne Partei (EGP) ging 2004 aus der Europäischen Föderation Grüner Parteien hervor. Sie ist ein Zusammenschluss 39 grüner Parteien aus 34 europäischen Ländern. Im Europäischen Parlament bildet die EGP zusammen mit der Europäischen Freien Allianz die Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz und stellt mit insgesamt 52 Abgeordneten die fünftstärkste Fraktion. In Deutschland gehört Bündnis 90/Die Grünen der EGP an. Die deutschen Grünen sind derzeit mit elf Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Spitzenkandidaten für die Europawahl sind Ska Keller (Deutschland) und Bas Eickhout von den niederländischen Grünen.

Im Internet: www.europeangreens.eu

Allianz der Konservativen und Reformer in Europa/AKRE

Die Partei Allianz der Konservativen und Reformer in Europa (AKRE) wurde 2009 von den Mitgliedern der Europaparlamentsfraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) gegründet. In ihr sind etwa 30 konservative bis euroskeptische Parteien zusammengeschlossen. Im EU-Parlament sind die 50 Abgeordneten der AKRE Teil der 77-köpfigen Fraktion Europäische Konservative und Reformer (EKR). In Deutschland gehört die Partei Liberal-Konservative Reformer (LKR), die 2016 aus der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) hervorgegangen ist, zur AKRE. Mit dem früheren AfD-Politiker Bernd Lucke stellt sie einen Abgeordneten. Spitzenkandidat der AKRE ist Jan Zahradil von der Demokratischen Bürgerpartei (Tschechien).

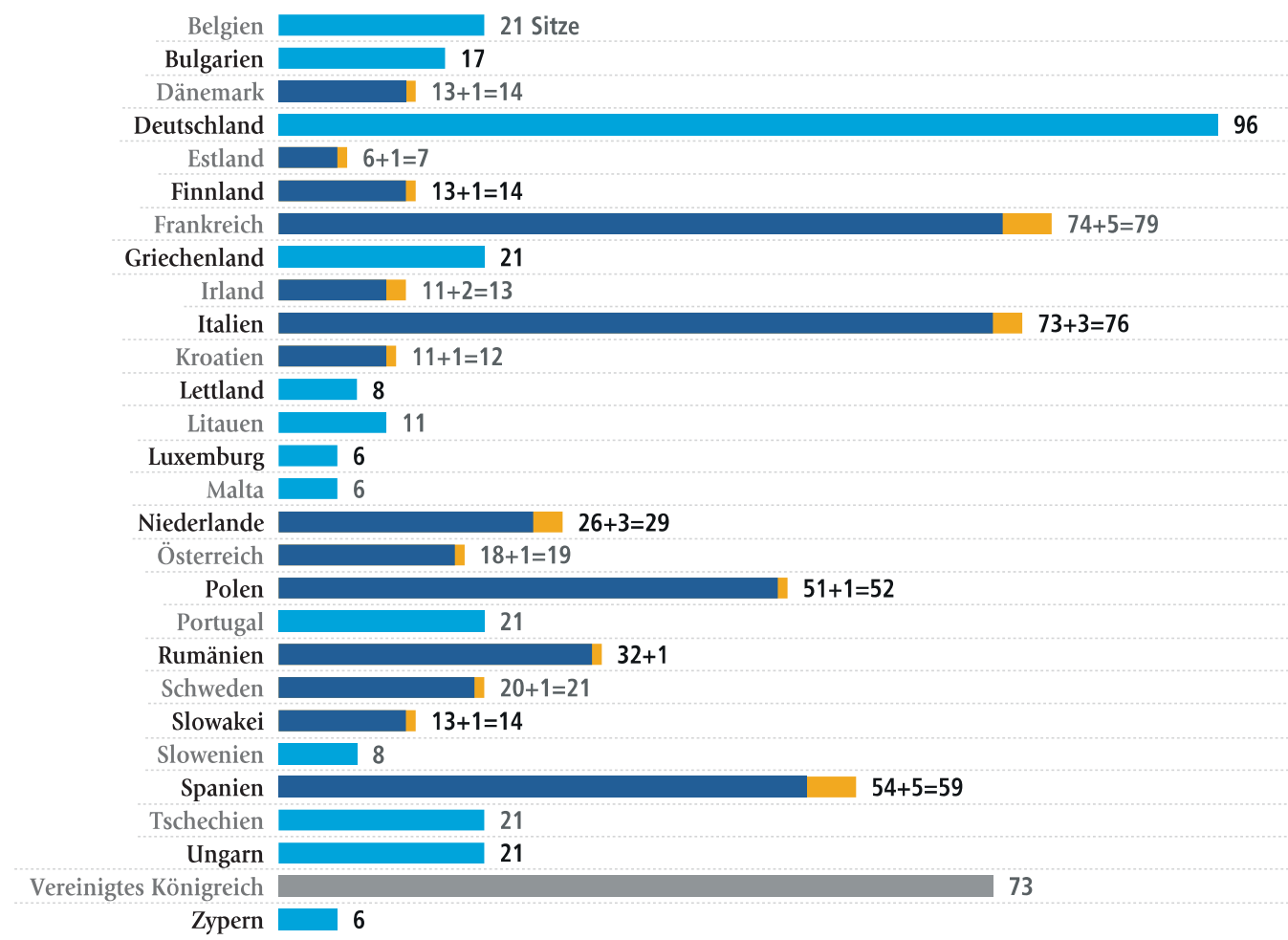
Im Internet: www.acreurope.eu

schsen Parlaments



Sitze im EU-Parlament nach Ländern vor und nach dem Brexit

Nach dem Brexit soll das Parlament von 751 auf 705 Sitze verkleinert werden. Einige Länder sollen zusätzliche Sitze erhalten.



Quelle: Europäisches Parlament Stand: 01. Februar 2018 Grafik: Stephan Roters

CHRONIK DER EU

1997: Unterzeichnung des Vertrags von Amsterdam

Mit dem am 2. Oktober 1997 unterzeichneten Vertrag von Amsterdam werden die Rechte des EU-Parlaments im Mitentscheidungsverfahren gestärkt, das nun in fast allen Bereichen, in denen der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheidet, gilt. Zudem muss das Parlament nicht nur der Ernennung der EU-Kommission als Ganzes zustimmen, sondern auch vorab der Ernennung des Kommissionspräsidenten. Im Bereich der Polizeizeichen und Justiziellen Zusammenarbeit wird das neue Entscheidungsverfahren eingeführt, das einstimmige Ratsbeschlüsse ermöglicht, ohne dass die nationalen Parlamente oder das EU-Parlament daran beteiligt werden müssen. Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird das Amt eines Hohen Vertreters eingeführt. Durchgreifende Reformen, um die Handlungsfähigkeit der EU auch nach der geplanten Osterweiterung zu garantieren, scheitern jedoch.

2001: Unterzeichnung des Vertrags von Nizza

Mit dem Vertrag von Nizza, der am 26. Februar 2001 unterzeichnet wird und am 1. Februar 2003 in Kraft tritt, wird die Sitzverteilung im EU-Parlament stärker an die Bevölkerungsgröße der Mitgliedstaaten angepasst. Zudem treten die Zahl der Kommissare auf je einen pro Mitgliedstaat beschränkt. Auch im Rat werden die Stimmen neu gewichtet.

2004/2007: Erste und zweite Osterweiterung der EU

Mit der ersten Osterweiterung treten am 1. Mai 2004 zehn Staaten der EU bei. Es sind die ehemals kommunistisch regierten Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei und Ungarn. Zudem treten die Mittelmeer-Inselstaaten Malta und der griechische Südtel Zyperns bei. Am 1. Januar 2007 treten Rumänien und Bulgarien der Union bei.

2004/2005: Scheitern der EU-Verfassung

Der Entwurf für eine EU-Verfassung wird am 29. Oktober 2004 zwar von den Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten unterzeichnet, kann jedoch nach gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden nicht in allen Mitgliedstaaten ratifiziert und damit insgesamt nicht in Kraft treten. Die Verfassung sollte der EU eine einheitliche Struktur und die bis dahin gültigen Grundlagenverträge (vor allem EU-, EG- und Euratom-Vertrag) ablösen.

2007: Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon

Mit der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon am 13. Dezember 2007 wird die rechtliche Fusion von Europäischer Union und Europäischer Gemeinschaft, die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auf die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente bei der Rechtsetzung der EU, die Einführung einer Europäischen Bürgerinitiative, das neue Amt des Präsidenten des Europäischen Rates, der Ausbau der Kompetenzen des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die Gründung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes, die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta und die erstmalige Regelung eines EU-Austritts beschlossen. Die Regelungen zu EU-Militäreinsätzen aus dem Nizza-Vertrag werden erweitert und damit die Union zum Verteidigungsbündnis weiterentwickelt. Ein gescheitertes Referendum über den Vertrag in Irland im Sommer 2008 verzögert den ursprünglichen Zeitplan. Nach einer Wiederholung des Referendums im Herbst 2009 tritt der Vertrag schließlich zum 1. Dezember 2009 in Kraft.

2013: Fünfte Erweiterung der Union

Mit Kroatien tritt am 1. Juli 2013 der 28. und vorerst letzte Staat der EU bei. Weitere Beitrittsverhandlungen eröffnet wurden zuvor mit Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und der Türkei.

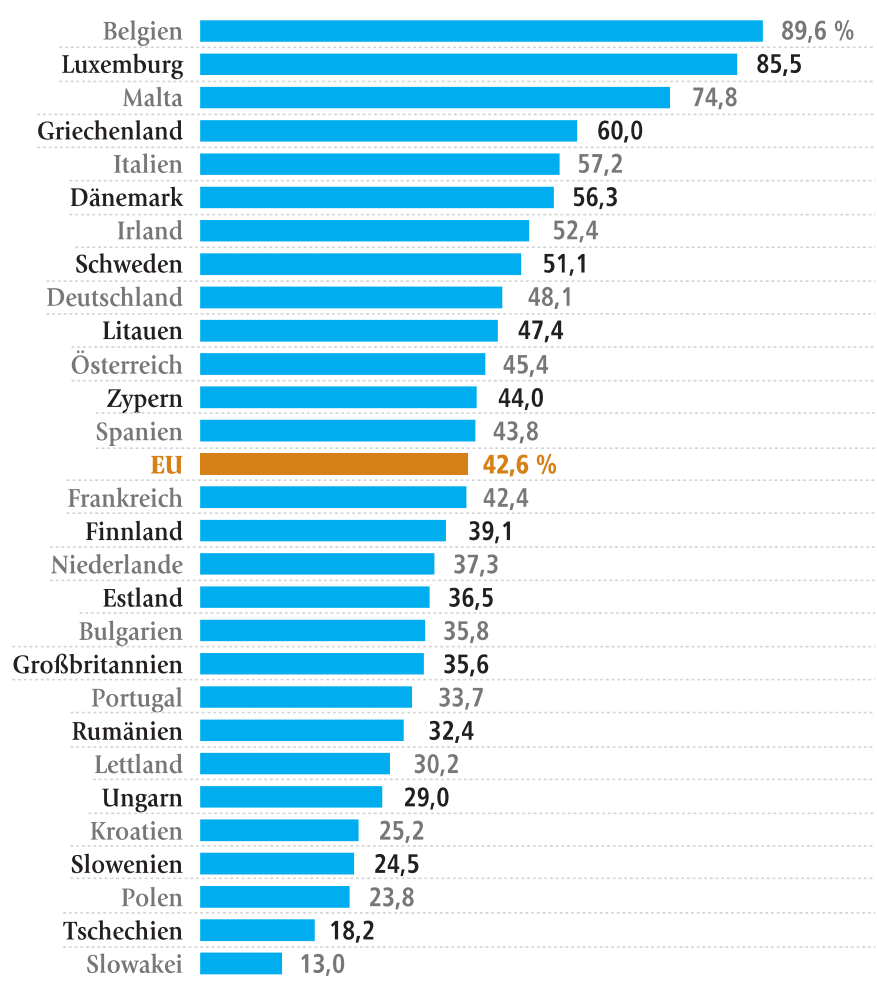
2016/2017: Brexit-Referendum und Austrittsverhandlungen

In einem Referendum entscheiden sich am 23. Juni 2016 51,9 Prozent der Wähler in Großbritannien für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Am 29. März 2017 übermittelte Premierministerin Theresa May erstmals in der Geschichte der EU ein Austrittsgesuch gemäß Artikel 50 des EU-Vertrags von Lissabon.



Wer geht zur Europawahl?

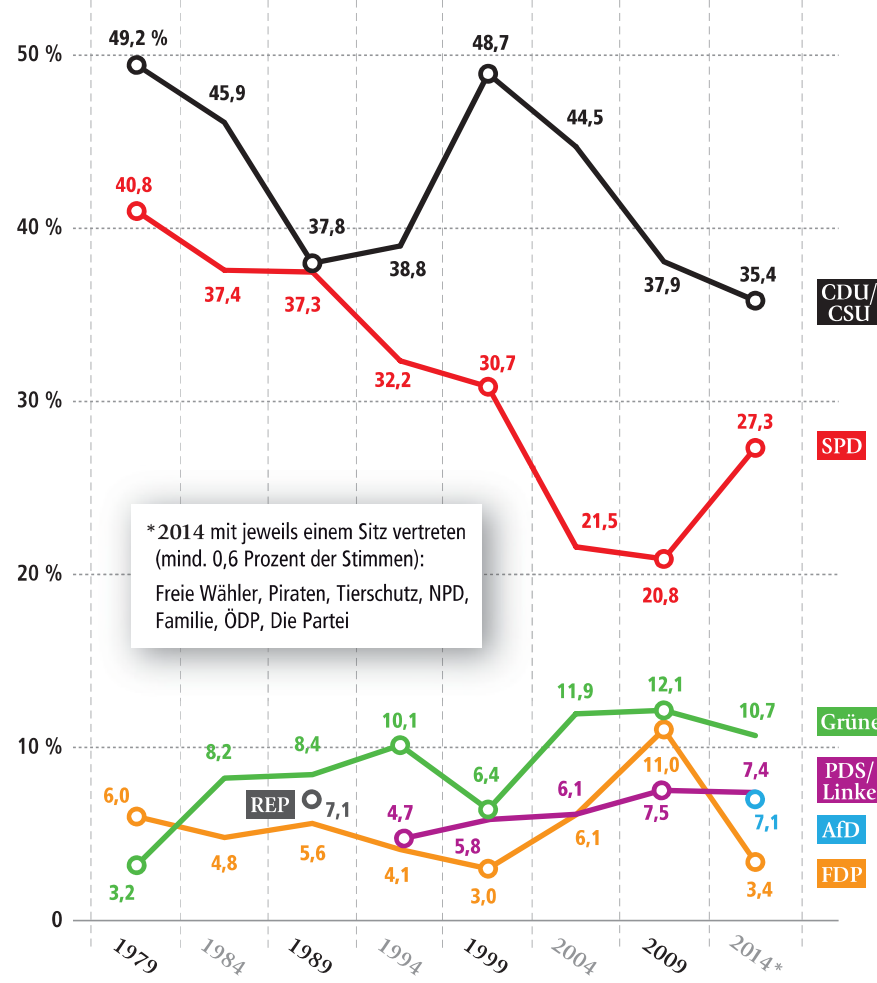
Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Europawahlen in Deutschland

Stimmenanteile in Prozent



* 2014 mit jeweils einem Sitz vertreten (mind. 0,6 Prozent der Stimmen): Freie Wähler, Piraten, Tierschutz, NPD, Familie, ÖDP, Die Partei

Quelle: Bundeswahlleiter Grafikquelle: Globus 12948 (edittiert)

re Fraktionen im Parlament

Europäische Linke/EL

Die Partei Europäische Linke wurde 2004 gegründet und umfasst derzeit 25 Parteien des linken und alternativen Spektrum aus ganz Europa. Im Europäischen Parlament gehört die EL der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen (GUE/NGL) an, die insgesamt über 52 Mandate verfügt. In Deutschland gehört Die Linke der Europäischen Linken an. Die Linke ist derzeit mit acht Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Spitzenkandidaten der EL sind Violeta Tomić von der slowenischen Partei Levica und Nico Cué von der belgischen Metallarbeitergewerkschaft.

Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit

Der 2014 gegründeten Partei Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (MENL) gehören derzeit neun europäische Parteien an, die als rechtskonservativ, rechts-populistisch, nationalistisch und euroskeptisch eingestuft werden. Zu den bekanntesten Parteien gehören die französische Rassemblement National (RN), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die italienische Lega Nord. Im Europaparlament sind 29 Abgeordnete der MENL-Parteien in der 2015 gegründeten Fraktion Europa der Nationen und Freiheit (ENF). Seit 2016 gehört der ehemalige AfD-Politiker Markus Pretzell (Die blaue Partei) der MENL an.

Europäische Freie Allianz/EFA

Die Partei Europäische Freie Allianz (EFA) wurde 1981 gegründet und umfasst inzwischen über 40 Parteien aus den Ländern der Europäischen Union, die stark regionalistisch und autonomistisch ausgerichtet sind. Im derzeitigen Europaparlament sind zwölf Abgeordnete der EFA vertreten. Sie gehören der 52-köpfigen Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz an. In Deutschland gehören die Bayernpartei, die Friesen, der Südschleswigsche Wählerverband, die Schleswig Partei und die Lausitzer Allianz der EFA an. Vertreter der deutschen EFA-Parteien sind derzeit nicht im EU-Parlament vertreten.

Europäische Demokratische Partei/EDP

Der 2004 gegründeten Europäischen Demokratischen Partei (EDP) gehören inzwischen 19 Parteien aus europäischen Ländern an. Sie versteht sich als Partei der politischen Mitte und tritt für Vertiefung der europäischen Integration ein. Im Europäischen Parlament ist die EDP derzeit mit acht Abgeordneten vertreten, die zur 69-köpfigen ALDE-Fraktion gehören. In Deutschland gehören die Freien Wähler zur EDP. Sie sind derzeit mit einem Abgeordneten im EU-Parlament vertreten.

Europäische Christliche Politische Bewegung/ECPM

Die Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM) ist eine politische Vereinigung christlich-demokratischer Parteien und Organisationen. Gegründet wurde sie 2005 und 2010 als politische Partei auf europäischer Ebene anerkannt. Inzwischen gehören ihr 20 Parteien aus 18 europäischen Ländern an. Im Europäischen Parlament ist die ECPM derzeit mit sechs Abgeordneten, die der 77-köpfigen Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (EKR) angehören. In Deutschland ist die Partei Bündnis C - Christen für Deutschland Mitglied der ECPM. Bündnis C ist mit einem Abgeordneten im EU-Parlament vertreten.





Manfred Weber

»Ich will ein neues Kapitel für Europa aufschlagen«

Herr Weber, was würden Sie als Erstes anpacken, wenn Sie Kommissionspräsident wären?

Ich will gemeinsam mit den Bürgern ein neues Kapitel für Europa aufschlagen. Ein Europa, das wir mutig, optimistisch und ambitioniert anpacken; aber auch ein Europa, das kein abgehobenes Projekt sein darf. Mir ist wichtig, dass wir Europa von den Menschen her denken, nicht aus den Amtsstuben. Das heißt, dass wir uns den Themen widmen, die die Menschen bewegen – etwa dem Thema Sicherheit mit seinen vielen Facetten, Migration, Identität, die Grenzen Europas, die Wohlstandssicherung oder die Veränderungen durch die Digitalisierung oder den Klimawandel. Und ganz konkret: Ich möchte erreichen, dass die Hälfte meiner Kommission aus Frauen besteht.

Was antworten Sie jungen Wählern auf die Frage, welche Vorteile die EU ihnen bringen kann?

Die junge Generation wächst mit vielen Vorzügen Europas auf – Frieden, Freizügigkeit, Wohlstand, Stabilität und offene Grenzen. Die jungen Europäer können in alle EU-Länder reisen, an anderen Universitäten studieren oder im EU-Ausland arbeiten. Heute ist die wichtigste Frage: Wie können wir unseren European Way of Life in der globalisierten Welt sichern? Angesichts der riesigen Herausforderungen muss Europa zusammenstehen, wenn wir nicht zum Spielball anderer werden wollen.



Manfred Weber (CSU) ist Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP).

Was sollte die Europäische Union unbedingt besser machen?

In Gesprächen höre ich viel Zustimmung zur Zusammenarbeit in Europa, spüre aber auch, dass die EU als kaltes Projekt der Technokraten und Eliten wahrgenommen wird. Europa muss lebendiger werden, transparenter und demokratischer. Oft fehlt Empathie, der Blick zum Nachbarn, welche Probleme beispielsweise die Süd- oder Ostländer haben. Doch wir können stolz sein: Eine gute Wirtschaftsentwicklung, Finanz- und Migrationskrise bewältigt und beim Klimaschutz sind wir Vorreiter.

Wie können die Staaten der Eurozone mit ihren großen wirtschaftlichen Unterschieden einander angeglichener werden?

Zuerst ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik Sache der Staaten selbst. Sie tragen die Verantwortung für ihre Arbeitsmärkte, Sozialsystem und Staatsfinanzen. Aber: Mein Ziel ist auch, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft europaweit greift und dazu gehört die Solidarität. Es kann nicht sein, dass die Chancen massiv unterschiedlich verteilt sind. Deshalb will ich für mehr Fairness in Europa sorgen. Aber nicht mit neuen Umverteilungsverordnungen oder einer Schuldunion. Wir können vieles über die Strukturpolitik, Technologieförderung oder eine EU-weite Arbeitsvermittlung verbessern. Je gezielter, desto besser. Um die Eurozone dauerhaft krisenfest zu machen, muss der Kurs aus Reformen, Konsolidierung und Investitionen fortgesetzt werden.

Ist der Brexit ein Super-Gau oder eine Chance für Europa?

Der Brexit ist eine Tragödie. Gemeinsam sind wir so viel stärker. Wir müssen aufpassen, dass die Unsicherheit nicht auf die gesamte EU überschwappt. Jeder kann sehen, welche Probleme für die Briten entstehen. Die Menschen spüren, wie wichtig die EU ist.



Die Europäische Union liegt in naher Zukunft in den Händen der jungen Generation. Sie entscheiden mit ihren Stimmzetteln über die Zukunft dieses Projektes für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

© picture-alliance/dpa

Reform als Hürdenlauf

WAHLRECHT In diesem Jahr werden die Europaabgeordneten nach neuen Regeln gewählt

Als sich die Europaabgeordneten vor vier Jahren erstmals mit einer Reform des Europawahlrechts befassten, hatten sie Großes vor. Attraktiver sollte die Europawahl werden und vor allem weniger national, wie es der für das Thema zuständige Europaabgeordnete Jo Leinen (SPD) formulierte. Von dem Neun-Punkte-Plan, den Leinen damals ausarbeitete, blieb am Ende wenig übrig. Bei den Verhandlungen ließen die Mitgliedstaaten wenige Änderungen an den bisherigen Regeln zu, ehe sie die Reform im vergangenen Jahr endgültig beschlossen.

Sperrklausel Künftig wird den EU-Bürgern die Teilnahme an der Wahl erleichtert – zum einen durch die Einführung der Briefwahl, zum anderen durch das Recht, auch in Drittstaaten außerhalb der EU das Europäische Parlament (EP) zu wählen. Das betrifft unter anderem die 1,4 Millionen EU-Bürger in der Schweiz. Die illegale mehrfache Stimmabgabe soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, weil die Mitgliedstaaten ihre Wahlregister besser abgleichen wollen. Außerdem gilt nun eine

Sperrklausel. Parteien in größeren EU-Mitgliedstaaten, die mehr als 35 Abgeordnete nach Straßburg entsenden, müssen zwischen zwei und fünf Prozent der Stimmen erreichen, um in die Volksvertretung einzuziehen zu können. Vorangetrieben wurde die Neuregelung von der Bundesregierung, die den Einzug kleinster und extremistischer Parteien in das Europaparlament in Zukunft verhindern wollte.

Gerichtsurteil Pikanterweise hatte ausgerechnet das Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) erst 2014 die Drei-Prozent-Hürde im deutschen Europawahlgesetz ersatzlos gestrichen und damit Kleinstparteien wie den Freien Wählern und den Piraten den Einzug ins das Parlament überhaupt erst ermöglicht. Seither haben sie sieben von insgesamt 96 deutschen Sitzen im Straßburger Parlament inne. Diese Gerichtsentscheidung umgeht die Politik nun mit der Einführung der Sperrklausel im EU-Recht. Deutschland hat die Novelle allerdings nicht rechtzeitig vor der na-

henden Europawahl umsetzen können. Grund ist die Ablehnung der Grünen, die der Neuregelung in Bundestag und Bundesrat zustimmen müssen. Zusammen mit FDP und Linken warnen sie, dass die Klausel größere Parteien wie CDU und SPD bevorzuge. Die Grünen berufen sich bei ihrer Ablehnung auch auf den europäischen Verhaltenskodex für Wahlen, der vorsieht, dass es in den zwölf Monaten vor Wahlen keine grundlegenden Änderungen am Wahlrecht geben sollte. Die Bundesregierung muss nun spätestens bis zur nächsten Europawahl im Jahr 2024 eine Lösung finden.

Mindestalter Viele Teile des Neun-Punkte-Plans von Leinen sind bei den zweijährigen Verhandlungen über die Wahlrechtsreform auf der Strecke geblieben. So wird das Mindestalter von Kandidaten in den Mitgliedsländern weiter variieren. Im Europaparlament war außerdem auch wegen der schwachen Wahlbeteiligung die Vorstellung vertreten worden, EU-Bürger sollten schon vor der Volljährigkeit

ab dem Alter von 16 Jahren wählen können, wie das in Österreich bereits möglich ist. Junge Menschen sollten sich schon früh mit der europäischen Idee befassen, argumentierte Leinen. Die EU-Staaten hielten jedoch nichts von einer allgemeinen Absenkung des Wahlmindestalters. Auch ist die Idee von transnationalen Listen, bei der Parteien Kandidaten aus unterschiedlichen Ländern nominieren könnten, gescheitert. Das EU-Parlament hatte zudem ein ausgewogenes Verhältnis von männlichen und weiblichen Kandidaten auf den Parteilisten gefordert. Die EU-Staaten teilen eine feste Quote jedoch abgemessert.

Spitzenkandidaten Kassiert haben sie auch das Anliegen, den Spitzenkandidatenprozess für die Wahl des EU-Kommissionspräsidenten formal anzuerkennen. Bei der Europawahl 2014 hatte sich das Parlament durchgesetzt und Wahlsieger Jean-Claude Juncker zum EU-Kommissionspräsidenten gewählt. Doch viele Staats- und Regierungschefs wollten das Prinzip des Spitzenkandidaten nicht dauerhaft akzeptieren. Nach ihrer Lesart des Vertrags von Lissabon steht ihnen das letzte Wort bei der Personalauswahl zu. Tatsächlich sieht der

EU-Vertrag vor, dass die Staats- und Regierungschefs über die Personalie an der Spitze der EU-Kommission im Lichte des Ergebnisses der Europawahl entscheiden. Entsprechend ist unklar, wie die Topposition in diesem Jahr besetzt wird.

Für Jo Leinen geht die Wahlrechtsreform trotz aller Abstriche dennoch in die richtige Richtung. Sie ist ein Schritt, die Europawahlen nach gleichen Regeln in allen EU-Mitgliedstaaten zu organisieren und den europäischen Charakter dieser Wahlen zu verdeutlichen, betonte er nach der Abstimmung im Juli 2018. Der Grünen-Politiker Sven Giegold bedauerte hingegen, es sei noch ein langer Weg bis zu wirklich europäischen Europawahlen.

Ob die Reform wie erhofft dazu beitragen wird, die traditionell niedrige Wahlbeteiligung auf europäischer Ebene zu erhöhen, muss sich erst noch zeigen. Seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 1979 ist sie jedenfalls kontinuierlich gefallen. Lag sie 1979 bei immerhin 62 Prozent, so erreichte sie 2014 nur noch 43 Prozent.

Silke Wettach/joh
Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

»Es ist noch ein langer Weg bis zu wirklich europäischen Europawahlen.«

Sven Giegold
(Grüne)

Von Roaming bis Plastikmüll

STRASSBURG Verbraucher profitieren von Entscheidungen der Europaabgeordneten

„Große Dinge groß und kleine Dinge klein“ zu machen, das war eines der Versprechen, mit dem EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 2014 sein Amt antrat. Das hatte Auswirkungen auf das Europäische Parlament: Weil die EU-Kommission weniger neue Richtlinien und Verordnungen vorschlug als zuvor, sank die Zahl der angenommenen Legislativvorschläge in der achten Legislaturperiode von rund 1.000 auf rund 600. Die Europaabgeordneten befassten sich mit Themen, die in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein großes Echo fanden, zuletzt etwa mit der umstrittenen Urheberrechtsreform, die in Deutschland Tausende Demonstranten auf die Straßen trieb. Das mindestens genauso umstrittene Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) hatte ebenfalls heftige Reaktionen in Mitgliedsländern zur Folge.

Praktische Vorteile Von vielen der in Straßburg gefällten Entscheidungen profitieren Bürger unmittelbar. So schafften die Europaabgeordneten Roaming-Kosten für Telefonate und den Abruf von Daten auf dem Handy im EU-Ausland ab Juni 2017 komplett ab. Verbraucher können nun in der gesamten EU ohne Mehrkosten telefonieren und im Internet surfen. Nach vier Jahren Vorarbeit brachten die Europaabgeordneten 2016 die außerdem Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auf den Weg. Sie gibt Verbrauchern das Recht, über die Nutzung ihrer Daten selbst zu entscheiden. Den Unternehmen drohen

empfindliche Geldstrafen, wenn sie fahrlässig mit Verbraucherdaten umgehen. Die Verordnung soll die EU fit für das digitale Zeitalter machen. Der EU ist es damit gelungen, einen Maßstab auch auf globaler Ebene zu setzen.

Kampf dem Plastik Die Europaabgeordneten gingen in der ablaufenden Legislaturperiode auch entschieden gegen den zunehmenden Plastikmüll vor. In einem ersten Schritt schränkten sie den Gebrauch von Plastiktüten ein, ehe sie in diesem Jahr für ein Verbot von Einweggeschirr und Strohhalmen ab dem Jahr 2021 stimmten.



Das EU-Parlament in Straßburg

Auch der Kampf gegen den Klimawandel war erneut ein wichtiges Thema. Für den CO₂-Ausstoß von Autos beschlossen die Abgeordneten verschärfte Grenzwerte. Erstmals wird es künftig auch für Lkw verbindliche Emissionslimits geben.

Regulierung der Banken Die jetzt zu Ende gehende Legislaturperiode war weniger von Krisen geprägt als die vorhergehende. Die Nachwehen der Finanzkrise beschäftigten die Europaabgeordneten aber immer noch. Sie bemühten sich, die Architektur der Eurozone zu festigen und stimmten für eine einheitliche Bankenaufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main angesiedelt wurde. Sie richteten außerdem einen Abwicklungsmechanismus für marode Banken ein, damit bei Bankenpleiten nicht mehr die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden. Zum letzten Element der Bankenunion – einer gemeinsamen Einlagensicherung – gibt es allerdings keinen Konsens unter den Mitgliedstaaten.

Die achte Legislaturperiode brachte auch Personalveränderungen. Unter anderem wechselte der langjährige Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), in die Bundespolitik mit dem Ziel, Kanzler zu werden – was nicht gelang. Die liberale französische Abgeordnete Sylvie Goulard war in ihrer Heimat kurz Verteidigungsministerin und ist nun Vizegouverneurin der Französischen Notenbank. Der CDU-Abgeordnete Burkhard Balz wechselte als Vorstand in die Bundesbank. tt

Nicht ohne den Bundestag

KOMPETENZEN Abgeordnete mischen in Europapolitik mit

In der Europapolitik geht ohne den Deutschen Bundestag heute wenig. Würden die Abgeordneten bis Anfang der 1990er Jahre nur lückenhaft von der Bundesregierung unterrichtet, haben sie inzwischen umfassende Informations- und Mitbestimmungsrechte erstritten. Grundlage ist Artikel 23 des Grundgesetzes in der Fassung von 1992. Danach wirkt der Bundestag an der politischen Meinungsbildung des Bundes zu Angelegenheiten der Europäischen Union mit; die Bundesregierung muss Parlament und Bundesrat „umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ über EU-Angelegenheiten unterrichten. Um das zu untermauern, konstituierte sich im Bundestag im selben Jahr der EU-Ausschuss, den derzeit der CDU-Abgeordnete Gunther Krichbaum leitet (siehe Interview auf Seite 2).

25.000 Dokumente Doch erst 2006 konkretisierte die „Vereinbarung von Bundestag und Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (BBV) die Informationsrechte des Bundestages. Um sie bestmöglich umzusetzen, wurde Anfang 2007 zum einen das Verbindungsbüro des Bundestages in Brüssel eröffnet. Zum anderen wurde in der Bundestagsverwaltung das Europa-Referat geschaffen, aus dem inzwischen eine Unterabteilung mit sechs Referaten geworden ist. Eines von ihnen ist ausschließlich damit befasst, sämtliche EU-Dokumente – es sind mehr als 25.000 pro Jahr – sowie die Unterrichtungen der Bundesregierung zu registrieren, in das bundestagsinterne

EU-Informationssystem EuDoX einzuspeisen und den Ausschüssen inhaltlich zuzuordnen. Über EuDoX können die Abgeordneten dann sämtliche Informationen sowie Dossiers über einzelne Themen und Termine abrufen.

Reformvertrag Der 2009 in Kraft getretene Reformvertrag von Lissabon billigte den nationalen Parlamenten in vielen Bereichen zusätzliche Rechte zu. Im selben Jahr entschied das Bundesverfassungsgericht in seinem „Lissabon-Urteil“, das deutsche Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag müsse dem Bundesrat und Bundestag mehr Rechte einräumen. Daraufhin entstanden das „Integrationsverantwortungsgesetz“ (IntVG) als neues Begleitgesetz und das „Zusammenarbeitengesetz zwischen Bundestag und Bundesrat“ (EUZBBG) als Nachfolger der BBV.

Die Bundesregierung muss Bundesrat und Bundestag seither „frühzeitig, umfassend und fortlaufend“ unterrichten. Eine der wohl wichtigsten Neuerungen ist jedoch, dass der Bundestag nun Stellungnahmen abgeben kann, welche die Bundesregierung bei Verhandlungen auf europäischer Ebene berücksichtigen muss („Parlamentvorbehalt“). Auch sind Änderungen des EU-Primärrechts und Kompetenzerweiterungen der EU nach dem IntVG nur noch möglich, wenn ein Zustimmungsgesetz des Bundestages vorliegt. 2012 urteilten die Karlsruher Richter außerdem, dass der Bundestag bei Maßnahmen zur Euro-Rettung eingebunden sein muss.

Johanna Metz



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Mitreden vor dem Abgang

BREXIT Trotz Austrittsfrist bis zum Herbst nehmen die Briten an der Wahl zum Europäischen Parlament teil

Immer wieder hat Theresa May im Unterhaus die Warnung wiederholt: Wenn ihr Brexit-Deal keine Zustimmung bekomme, dann sei die Teilnahme an den EU-Wahlen irgendwann unvermeidlich. „Ich denke, das darf nicht das Ergebnis sein“, sagte die britische Premierministerin noch Mitte März. Spätestens seit dem Sondergipfel am 10. April aber ist es so gut wie sicher, dass es genau so kommen wird. Denn die 27 EU-Staaten schrecken vor einem „No Deal“, einem ungeordneten Austritt zurück und haben den Briten noch einmal sieben Monate Zeit gegeben. Weshalb diese am 23. Mai an die Urnen gehen, um das nächste Parlament der Europäischen Union mitzubestimmen – obwohl sich eine Mehrheit vor fast drei Jahren für den Austritt entschieden hat. Damit bestimmen die EU-kritischen Briten auch mit, wer in den kommenden Jahren die Chefposten in Brüssel besetzt. 73 Mandate stehen dem Land zu, deren Verteilung maßgeblichen Einfluss auf die Personalien haben wird. Die neue Kommission wird sich wie üblich der Anhörung durch die Abgeordneten stellen müssen, weil das Parlament die bisher 27 EU-Kommissare einschließlich des Präsidenten laut Vertrag bestätigen muss. Letzterer wird zuvor vom Rat der Staats- und Regierungschefs bestimmt, und auch dabei hat Theresa May oder möglicherweise ihr Nachfolger mitzureden. Allerdings besteht keine Veto-Gefahr, denn das Votum benötigt eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

»Wenn Labour sich nicht hinter ein zweites Referendum stellt, profitieren andere.«

Richard Corbett, Labour-Abgeordneter im EP

Taubenschlag Trotzdem sind Nervosität und Ärger in den EU-Institutionen spürbar. Das neue Parlament werde „ein Taubenschlag“, in den britische Vertreter ein- und wieder ausflügen, wenn der Brexit dann doch vollzogen werde, schimpft beispielsweise Guy Verhofstadt, Chef der Liberalen. Das Abgeordnetenhaus hatte durch den Brexit von 751 auf 705 Sitze verkleinert werden sollen. Mitgliedern wie Spanien oder Frankreich, die bisher leicht unterrepräsentiert waren, sollten mehr Mandate bekommen. Nun müssen deren Träger, die bei den Wahlen zwischen dem 23. und 25. Mai erfolgreich sind, auf der Ersatzbank ausharren. Wenn die Briten denn überhaupt austreten. Das Parlament drohe „ein Zirkus“ zu werden, schloss sich Gabi Zimmer, Fraktionschefin der Linken, der generellen Kritik an. Auch die Wahl der Fachausschüsse werde durch die Verlängerung des Brexit bis Ende Oktober unsicher, weil diese möglicherweise doppelt besetzt werden müssten. Besonders unliebt ist die verlängerte Brexit-Frist Manfred Weber. Der CSU-Politiker ist Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP). Er habe ein Problem damit, dass ein zum EU-Austritt entschlossenes Land noch über die Zukunft der Gemeinschaft mitentscheiden dürfe, so Weber. „Das ist eine Frage, die ich nicht voll verstehe und nicht voll unterstütze.“ Treffen würde Weber vor allem, dass seine EVP durch das britische Votum geschwächt wird. Denn die kon-

servativen Tories sind 2009 aus der Fraktion ausgetreten und sitzen seither im Block der euroskeptischen EKR (Europäische Konservative und Reformier). Freuen kann sich hingegen Webers sozialdemokratischer Kontrahent Frans Timmermans aus den Niederlanden. Ersten Umfragen zufolge wird die Labour-Partei wesentlich stärker als die Tories bei den Wahlen abschneiden. Deren Abgeordnete reihen sich weiterhin in die Gruppe der Linken ein. Noch größere Aufmerksamkeit und absehbar auch Stimmen aber wird eine ganz neue Partei bekommen, deren Chef ein alter und in Straßburg wenig beliebter Bekannter ist. The Brexit Party von Nigel Farage, ehemals Vorsitzender der Anti-EU-Partei Ukip, kann sich schon jetzt über viel Unterstützung im eigenen Land freuen. Eine Mitte April gemachte Umfrage von YouGov sieht Farage aus dem Stand bei 27 Prozent auf dem ersten Platz vor Labour mit 22 Prozent und Mays Konservativen mit 15 Prozent.

Doch es heißt abwarten, wie sich der Wahlkampf im Vereinigten Königreich entwickelt. Und den nicht nur die Anti-EU-Vertreter, sondern auch die Proeuropäer heiß erwarten. Sechs Millionen Briten haben jüngst eine Petition unterzeichnet, dass der Ausstiegsartikel 50 zurückgenommen und damit der Exit vom Brexit eingeleitet wird. Mehr als eine Million Demonstranten gingen am 23. März für ein zweites Referendum auf Londons Straßen. Mithin ist eine Massenbewegung gegen den EU-Austritt im Gange, die noch mehr Bürger mobilisieren könnte. Zumal die EU-Wahlen seit der Neuwahl im Juni 2017 die erste Gelegenheit sind, um an der Wahlurne die Meinung für oder gegen den Brexit auszudrücken. Die erwartete herbe Niederlage der Tories, da sind sich die Beobachter in London einig, könnte Premierministerin May mit ihrem Amt bezahlen. Der parteiinterne Druck, dass sie Platz machen muss für einen Nachfolger, wird in jedem Fall massiv sein. Zumal es ihr angelastet werden wird, wenn Nigel Farage möglicherweise auf dem ersten Platz landet. Die Brüssel-feindliche Wählerbasis der Tories könnte in Scharen verführt sein, dem „echten Brexiter“ Farage ihre Stimme zu geben. Dadurch wiederum werden sich die Hardliner bei den Tories bestätigt sehen, dass der einzig richtige Weg der klare Bruch mit der EU ist, im schlechtesten Fall auch in Form eines No Deal. Mays Kontrahenten wie Ex-Außenminister Boris Johnson und der ehemalige Brexit-Minister Dominic Raab positionieren sich bereits für den Machtkampf. Möglicherweise wird es über den Sommer eine Kampfkandidatur bei den Tories geben, ein neuer Vorsitzender und damit Premierminister beim Parteitag Anfang Oktober gekürt werden.

Auf der proeuropäischen Seite steht ebenfalls eine neue Partei: Change UK, ein Zusammenschluss von acht ehemaligen Labour-Abgeordneten und drei Ex-Tory-Parlamentariern. Sie hatten ihre Parteien im Februar aus Protest gegen die Brexit-Politik verlassen, im Fall von Labour auch wegen des



Mit der neuen „Brexit-Partei“ treibt der Ex-Ukip-Chef und EP-Abgeordnete Nigel Farage die Tories wieder einmal vor sich her und führt in den Umfragen auf der Insel im Vorfeld der Europawahl

gravierenden Antisemitismus unter einigen Mitgliedern. Alle Vertreter wollen ein zweites Referendum und den Brexit verhindern. Allerdings schneidet Change UK in ersten Umfragen mager ab, die Partei ist zu unbekannt. Zudem stellen sich auch die Liberaldemokraten und die Grünen gegen den EU-Austritt.

Klarheit Die entscheidende Frage wird sein, wie sich Labour-Chef Jeremy Corbyn positioniert. Er ist kein EU-Freund, hat sich aber aus politischem Kalkül nie klar erklärt und lehnt lediglich einen „Tory-Brexit“ ab, der

Jobs und Wohlstand gefährde. Seine Partei und Abgeordneten aber sind in ihrer klaren Mehrheit für den Verbleib. Vor allem sind dies auch die jungen Labour-Anhänger, denen ein zweites Referendum vom Parteitag im September 2018 versprochen wurde. Aber auch in dieser Hinsicht sind Corbys bisherige Aussagen schwammig. „Wenn Labour sich nicht klar hinter ein zweites Referendum stellt, dann werden andere Parteien davon profitieren, die sich klar dazu bekennen“, fordert Richard Corbett, langjähriger EU-Abgeordneter. Er fordert seinen Parteivorsitzenden jetzt zur klaren Linie auf.

Währenddessen hat Erz-Euroskeptiker Nigel Farage seine Linie lange gefunden. Er münzt seinen Wahlkampf geschickt auf sich als wahren Vertreter des Anti-Establishments. „Unsere Demokratie wird von den alteingesessenen Mächten verraten“, verkündet er, der seit 1999 im Europäischen Parlament sitzt. Damit trifft der Instinkt-Politiker einen Nerv vieler Briten, die des anhaltenden und zunehmend verwirrenden Spektakels im Unterhaus müde sind. **Stefanie Bolzen**

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.



Katarina Barley

»Beste Chancen auf Bildung und gute Jobs«

Frau Barley, was würden Sie als Erstes anpacken, wenn Sie Kommissionspräsidentin wären?

Wichtig ist für mich ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen dafür sorgen, dass es in Europa gerecht zugeht und wirtschaftlicher Erfolg bei den Menschen ankommt, überall. Deshalb brauchen wir vor allem faire Löhne. Es muss heißen: Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort, und natürlich die gleiche Bezahlung für Männer und Frauen. Gerechtigkeit heißt auch, dass jeder seinen Teil für die Gesellschaft leistet. Wer Milliarden erträgt erwirtschaftet, muss auch angemessen besteuert werden. Das gilt für alle, auch für die digitalen Großkonzerne. Alles andere ist nicht fair und deshalb nicht akzeptabel.

Was antworten Sie jungen Wählern auf die Frage, welche Vorteile die EU ihnen bringen kann?

Zu meinem sozialen Europa gehört es, jungen Menschen die besten Chancen auf Bildung, Ausbildung und gute Jobs zu schaffen. Wir wollen, dass jeder arbeitslose Jugendliche innerhalb von vier Monaten ein Angebot für einen Job, eine Ausbildung oder ein Praktikum erhält. Gerade in den letzten Monaten sehen wir, dass junge Leute politisch viel aktiver sind, als es oft heißt. Gerade vor denjenigen, die für den Klimaschutz auf die Straßen gehen, habe ich großen Respekt. Solche jungen Leute wünschen wir uns überall. Ich möchte, dass sie schon mit 16 Jahren wählen können, damit sie früher über ihre Zukunft mitentscheiden können.

Was sollte die EU besser machen?

Das Sozialdumping auf dem Rücken der Beschäftigten muss endlich aufhören. Dafür will ich einen Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne und Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme. Europa braucht das Vertrauen der Menschen. Sie müssen an europäischen Debatten und Prozessen teilhaben und Entscheidungen besser nachvollziehen können. Ich möchte auch, dass die europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter selbst Initiativen für Gesetzesvorhaben starten können.



Katarina Barley ist Spitzenkandidatin der SPD.

Wie können die Staaten der Eurozone mit ihren großen wirtschaftlichen Unterschieden einander angeglichen werden?

Die Angleichung der Lebensverhältnisse der Menschen ist für die innere Einheit Europas von zentraler Bedeutung. Deshalb wollen wir einen europäischen Mindestlohn, der sich an der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes orientiert. Er führt dazu, dass viele mehr verdienen – auch hier in Deutschland. Wenn 60 Prozent des mittleren Einkommens des jeweiligen Landes als Untergrenze verankert werden, bekommen wir in Deutschland einen Mindestlohn von zwölf Euro. Jeder muss von seiner Arbeit leben können, egal wo.

Ist der Brexit ein Super-Gau oder eine Chance für Europa?

Ich habe die deutsche und die britische Staatsbürgerschaft, der Brexit bewegt mich tief. Durch die verfahrenen, nach wie vor unklare Situation verlieren ja die Britinnen und Briten genauso wie Europa. Ich finde es richtig, die Menschen noch einmal zu befragen. Der Brexit rüttelt aber auch viele auf und weckt das Bewusstsein für den Wert der EU. Bei meinen Begegnungen stelle ich immer wieder fest, dass die Begeisterung für Europa groß ist und dass viele verstanden haben, dass es diesmal um eine Richtungsentscheidung geht. Es geht um Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander in Europa. Das wird sich auch bei der Wahlbeteiligung zeigen, da bin ich sicher.

Wissenschaftler wollen im Club bleiben

BILDUNG Der britische Hochschulstandort könnte durch den Brexit an Attraktivität verlieren. Einbußen drohen etwa in der Forschungsförderung

Das Votum lässt an Deutlichkeit nichts vermissen: 70 Prozent der Wahlberechtigten im Stimmbezirk Cambridge votierten beim Referendum 2016 für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU, im Stimmbezirk Oxford waren es sogar 73 Prozent. In ihren Wahlregionen Südost-England und Ost-England nahmen sie damit jeweils den Spitzenplatz ein. Auch in anderen prominenten akademischen Zentren der Insel ist das Stimmungsbild eindeutig: Als „schlimmste nationale Selbstdemontage“ bezeichnet etwa der Rektor der Universität Glasgow, Anton Muscatelli, den geplanten Austritt seines Landes aus der EU. Muscatelli, einer der Top-Ökonomen Großbritanniens, ist Vorsitzender der Russel-Group, das ist der Verbund der 24 führenden britischen Forschungsuniversitäten.

Brandbrief Über Jahrzehnte ist ein großer, weltweit geschätzter und sehr erfolgreicher Hochschulraum in der EU aufgebaut worden, von dem insbesondere Großbritannien überproportional profitiert – in der Forschungsförderung ebenso wie als attraktives Zielland für akademische Karrieren. Ein Austritt des Königreichs, erst recht ein unregelmäßiger, ist schlecht für den Forschungsstandort Großbritannien, so sehen es viele Wissenschaftler auf der Insel. Grundlegende Forschungsverbindungen,

der wertvolle Austausch von Studenten, Forschern und Wissen würde aufs Spiel gesetzt – so haben es die Hochschulverbände Russell Group, Guild HE, Million Plus und University Alliance, die zusammen mehr als 150 Hochschulen im Land repräsentieren, in einem Brandbrief ans britische Unterhaus geschrieben.

Auf rund 30 Prozent wird in Großbritannien der Anteil der Wissenschaftler und der Studenten aus anderen EU-Ländern beziffert. Insbesondere unter Deutschen genießt

das britische Hochschulsystem einen tadellosen Ruf. Mit mehr als 5.000 deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und mit rund 13.500 Studentinnen und Studenten stellen sie nach Angaben des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (daad) die größte nationale Gruppe aus EU-Ländern. Welche Bleibeperspektiven haben sie und andere Europäer, wenn mit einem EU-Austritt die Personenfreizügigkeit fällt? Bisher sind die Studiengebühren für Studenten aus EU-Staaten wie für britische

Studenten auf 9.250 Pfund im Jahr (10.435 Euro) in der Regelstudienzeit gedeckelt. Die Regierung in London hat zwar zugesichert, dass das vorerst so bleiben soll, ob das aber auch für die Zeit nach dem akademischen Lehrjahr 2020/2021 gilt, ist alles andere als sicher. Dann könnten auf EU-Studenten Kosten von rund 20.000 Pfund pro Lehrjahr zukommen, die Studenten aus Drittstaaten für ein Studium an britischen Universitäten zahlen.

Auch für die Studenten aus EU-Staaten, die durch das Programm Erasmus+ gefördert werden und für die das Studium im Königreich bisher gebührenfrei ist, ist die Zukunft unklar. Im Falle eines unregelmäßigen Austritts verlore das Vereinigte Königreich im laufenden Programm Erasmus+ seinen Status als Programmland, mit der Folge, dass Projekte mit britischer Beteiligung nicht mehr förderfähig seien, heißt es beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Eine Notfallregelung sehe aber vor, dass zumindest die bereits begonnenen Auslandsaufenthalte abgesichert werden. Bei der Forschungsförderung könnten britische Unis das Nachsehen haben. Rund 20 Prozent der öffentlichen Finanzierung ihres Forschungshaushaltes bestreiten die Spitzenuniversitäten Cambridge, Oxford, das University College London und Imperial College London und die University of Edinburgh aus EU-Mitteln. Laut BMBF gibt

es im Forschungsförderprogramm Horizont 2020 derzeit 6.400 laufende Projekte mit britischer Beteiligung, davon 2.500 mit deutscher. Bei einem „No-Deal“-Brexit könnten britische Institutionen zwar weiterhin teilnehmen, erhielten aber keine EU-Förderung mehr. Die Regierung in London hat angekündigt, die Förderung für britische Teilnehmer des Programms künftig zu übernehmen. Für Verbundprojekte rechnet man im BMBF deshalb nur mit begrenzten Auswirkungen. Bei Projekten aus Einzelfördermaßnahmen mit einer Gast-einrichtung im Königreich sei die Lage hingegen unsicher.

Bürokratie Ob nun chaotischer Austritt oder ein geregelter Ausgang mit einem Abkommen: Britische Universitäten dürften sich künftig mit den Behörden wegen Aufenthaltsgenehmigungen für viel mehr ihrer Wissenschaftler und Studenten herumschlagen als bisher. Und sie werden für jedes einzelne wegfallende EU-finanzierte Forschungsprojekt neue Förderanträge schreiben, die dann wiederum von fleißigen Beamten in London gelesen und beschieden werden müssen. Was genau diese behördlichen Prozeduren von der so häufig geschmähten EU-Bürokratie unterscheiden soll, das werden die Brexit-Befürworter den klügsten Köpfen im Lande noch erklären müssen. **Alexander Heinrich**



Akademiker schreiten in einer Prozession zur Encaenia, der traditionellen Zeremonie für die Verleihung von Ehrendoktorwürden der Universität Oxford.





Jörg Meuthen

»Mir schwebt ein Europa der Vaterländer vor«

Herr Meuthen, was würden Sie als Erstes anpacken, wenn Sie Kommissionspräsident wären?

In der EU wird ständig das Hohelied der Subsidiarität gesungen. Faktisch wird aber das Subsidiaritätsprinzip durch zunehmende Zentralisierung von der EU ausgehöhlt. Als erstes wäre zu prüfen, inwiefern die Gesetzgebung der EU überhaupt noch den Kriterien der Subsidiarität standhält, im nächsten Schritt müssten viele Gesetzgebungskompetenzen auf die Mitgliedsstaaten rückübertragen werden. Das hätte massive Kürzungen des EU-Haushalts zur Folge.

Was antworten Sie jungen Wählern auf die Frage, welche Vorteile die EU ihnen bringen kann?

Als Vater von fünf Kindern und als Hochschullehrer bin ich es gewohnt, sehr viel mit jungen Menschen zu sprechen. Viele junge Menschen sehen sich zunehmenden Gefahren ausgesetzt, die maßgeblich durch die EU geschaffen wurden: Das Migrationschaos, die Enteignung fleißiger und sparer Bürger durch die un-rechtmäßige Eurorettungspolitik, aber auch hohe Jugendarbeitslosigkeit. Diesen jungen Menschen sage ich, dass wir die EU dringend reformieren müssen, und zwar dahingehend, dass sie sich auf ihre wesentlichen Aufgaben beschränkt, diesen dann aber umso wirkungsvoller nachgeht, etwa bei der Sicherung der Außengrenzen. Sichere Außengrenzen sind notwendige Bedingung für eine Reisefreiheit im Inneren der EU. Das ist gerade für junge Menschen, die mobil sind und gerne reisen, von unschätzbarem Wert.



Jörg Meuthen ist bei der Europawahl Spitzenkandidat der AFD.

Was sollte die EU unbedingt besser machen?

Mir schwebt ein Europa der Vaterländer vor, in dem nationale, regionale und kulturelle Eigenheiten geachtet und verteidigt werden. Wenn Politiker wie Orban, Salvini oder Strache die nationalen Interessen ihrer Länder verteidigen, die der Vision der Vereinigten Staaten von Europa zuwider laufen, dann verdient das Lob. Stattdessen aber wird deren Politik auf EU-Ebene krampfhaft bekämpft. Das schadet Europa. Der große Ökonom Wilhelm Röpkke hat richtigweise erkannt, dass es „das Wesen Europas ausmacht, eine Einheit in der Vielfalt zu sein, weshalb dann alles Zentristische Verrat und Vergewaltigung Europas ist“. Die EU muss lernen, nationale Eigenheiten zu respektieren, und sollte sich nicht anmaßend und arrogant über diese hinwegsetzen.

Wie können die Staaten der Eurozone mit ihren großen wirtschaftlichen Unterschieden einander angeglichen werden?

Der Denkanstoß ist schon falsch: Die künstliche Angleichung wirtschaftlicher Unterschiede der Staaten der Eurozone ist Superstaatssozialismus, der – wie die Geschichte lehrt – nur zu einer Nivellierung nach unten führen kann, weil falsche Anreize gesetzt werden, die Fleiß bestrafen und Müßiggang belohnen.

Ist der Brexit ein Super-Gau oder eine Chance für Europa?

Vor dem Brexit galt das Dogma der „ever closer union“. Der Brexit hat aber gezeigt, dass es auch anders geht. Einerseits bedauere ich den Brexit, da die Briten für Freiheit und Souveränität standen. Andererseits hoffe ich, dass er die EU diszipliniert. Noch mehr Zentralisierung, Vereinheitlichung und Bürokratie werden sich viele Mitgliedsstaaten nicht mehr bieten lassen.



Ankunft von Flüchtlingen in Südspanien im Juli vergangenen Jahres

© picture-alliance/CITYPRESS 24

Verfahrenere Lage

ASYL Der Streit zwischen Süd- und Ost-Staaten der EU blockiert die Reform der Migrationspolitik

Auf jedem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hat in den vergangenen Jahren das Thema Migration eine zentrale Rolle gespielt – bis zum 21. März. Als der Europäische Rat zu seiner Frühjahrstagung zusammentraf, ging es vor allem um den Dauerbrenner Brexit, aber auch um Wachstum und Arbeitsplätze, den Klimawandel oder die Bekämpfung von Desinformation im Europawahlkampf. In der Abschlusserklärung wurde das Thema Migration mit keinem Wort erwähnt. Nicht einmal der übliche, noch Ende 2018 bekräftigte Aufruf „zu weiteren Bemühungen“ um die Verabschiedung eines sieben EU-Rechtsakte umfassendem Gesetzespakets zur Überarbeitung der Regelwerks der europäischen Asyl- und Migrationspolitik tauchte in den offiziellen Schlussfolgerungen des Treffens auf. Der Verzicht auf ein Thema, das auch vier Jahre nach dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in vielen EU-Ländern Emotionen auslöst, ließ sich – wohlwollend – als Vermeidung eines abermals offen ausgetragenen Streites der 28 Partner deuten. Tatsächlich mutete es eher wie ein stummes Eingeständnis dafür an, dass die jahrelangen Verhandlungen endgültig in eine Sackgasse geraten sind. Da das Europa-Parlament, das gleichberechtigt mit den 28 Regierungen über EU-Gesetze entscheidet, vor dem

Ende seiner Wahlperiode stand, schien ohnehin die Zeit zu knapp dafür geworden zu sein, wenigstens Teile des Gesetzespakets anzunehmen. So zerschlug sich die Hoffnung, jetzt fünf der sieben Gesetze zu verabschieden. Eine Regelung betrifft die Angleichung der Aufnahmebedingungen für Asylbewerber. Der sogenannten Sekundärmigration – Flüchtlingsbewegungen zwischen EU-Staaten – soll eine Richtlinie zur Harmonisierung der Schutzstandards für Asylbewerber einen wirksamen Riegel vorschreiben. Weitgehend Einigkeit besteht auch zu drei weiteren Regelungen. Sie zielen auf den Aufbau einer EU-Asylagentur, die überarbeitete „Eurodac“-Verordnung zur systematischen Erfassung von Fingerabdrücken illegal in die EU eingereisender Menschen sowie auf eine Neuregelung zur freiwilligen Aufnahme außerhalb Europas anerkannter Flüchtlinge durch EU-Staaten.

Eigentlich sollten nur die besonders umstrittenen Vorhaben zur Reform einer auf faire Lastenteilung in der Flüchtlingspolitik zielenden Dublin-Verordnung sowie zur Überarbeitung der Richtlinie zu Asylverfahren auf die lange Bank geschoben werden. Auch die Bundesregierung, die lange aus verhandlungstaktischen Gründen ein Aufschüben des Gesetzespakets abgelehnt hatte, schien zuletzt zu einem schrittweisen Vorgehen bereit – getreu dem Motto: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube

auf dem Dach. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte daher beim Treffen mit seinen EU-Amtskollegen im März eine flexible Haltung erkennen lassen. Vereitelt hatten den Plan, die inhaltlich unstrittigen Gesetze durchzuwinken, unüberbrückbare Gegensätze zur Lastenteilung zwischen süd- sowie ostmitteleuropäischen Staaten. So stand zur Diskussion, dass die EU-Staaten zur Solidarität wahlweise durch Aufnahme von Flüchtlingen oder durch finanzielle oder sonstige Leistungen zu dem bis 2027 geplanten Ausbau der EU-Agentur Frontex zu einer Einrichtung für den Schutz der Küsten- und Außengrenzen mit dann insgesamt 10.000 Einsatzkräften beitragen könnten. Letztlich wurde beim EU-Innenministertreffen die für eine Verabschiedung einzelner Teile des Pakets erforderliche sogenannte qualifizierte Mehrheit wegen der harten Haltung Spaniens verfehlt. So stehen sich unverändert zwei Blöcke gegenüber – hier die von Ungarn und Polen angeführte Gruppe der Ostmitteleuropäer, die sich gegen Quoten zur Verteilung der Flüchtlinge sperrt, dort die Südeuropäer, die weiter darauf bestehen.

50.000 gerettet Wie verfahren die Lage derzeit ist, zeigte sich kurz darauf, als die EU-Partner nicht umhinkamen, die 2015 begonnene, derzeit unter der Bezeichnung „Sophia“ firmierende Operation im zentralen Mittelmeer vorerst nur noch auf Luftüberwachung und die besonders durch Unterstützung von Ausbildungsmaßnahmen geleistete Hilfe für die libysche Küstenwache zu begrenzen. Hauptgrund dafür war ebenfalls ein von den für die Operati-

on federführend zuständigen italienischen Behörden ausgelöster Streit um die Lastenteilung. Rund 50.000 Flüchtlinge waren bisher im Rahmen von „Sophia“ vor dem Ertrinken bewahrt worden. Hauptaufgabe der Operation ist es, den Menschen schmugglern auf der lange als Haupttroute für Migranten geltenden Strecke von Libyen nach Süditalien das Handwerk zu legen. Auch die 2018 aufkeimende Hoffnung, Flüchtlinge in großer Zahl auf sogenannten regionalen Ausschiffungsplattformen in Nordafrika zu sammeln und dort Anträge von Asylbewerbern positiv zu bescheiden oder ihnen die Weiterreise nach Europa zu verweigern, hat sich zerschlagen. Bei einem Gipfeltreffen der EU und der Arabischen Liga im ägyptischen Sharm el-Sheikh gab es Ende Februar zwar warme

Worte, aber keine konkreten Absprachen zur Flüchtlingspolitik. Der Migrationsdruck hat, wie jüngste „Frontex“-Zahlen zeigen, zuletzt weiter nachgelassen. So gab es im ersten Quartal 2019 mit knapp 18.000 illegalen Übertritten an den EU-Außengrenzen rund 13 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im März sank die Anzahl gegenüber dem Vormonat um sieben Prozent auf knapp 4.600. Auf der westlichen Mittelmeerroute, zuletzt die wichtigste Route für Flüchtlinge, wurden im März nur noch 450 illegale Grenzübertritte registriert. Auf der zentralen Mittelmeerroute sank die Zahl im ersten Quartal im Jahresvergleich um 92 Prozent auf weniger als 500. Zeitgleich gab es indes im östlichen Mittelmeerraum eine Zunahme um zehn Prozent auf mehr als 9.000 Grenzübertritte. Mitte April deutete sich zudem an, dass es dank besserer Witterungsbedingungen im Mittelmeer abermals zu mehr Überfahrten kommen dürfte.

Erneuter Appell Ungeachtet der jüngsten Entwicklung mahnte die EU-Kommission jetzt abermals, bei den Bemühungen um eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik nicht nachzulassen. „Die EU kann sich nur dann der Herausforderung durch Migration stellen, wenn sie einen umfassenden Ansatz verfolgt – solidarisch und mit einer fairen Teilung der Verantwortlichkeiten“, sagte ihr Erster Vizepräsident, Frans Timmermans. Michael Stabenow

Der Autor ist EU-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Brüssel.

STICHWORT

EU-Flüchtlingszahlen in 2018

> **Erstantragssteller** Im Jahr 2018 haben 581.000 Menschen erstmals in einem EU-Staat einen Asylantrag gestellt und damit 74.000 weniger als 2017.

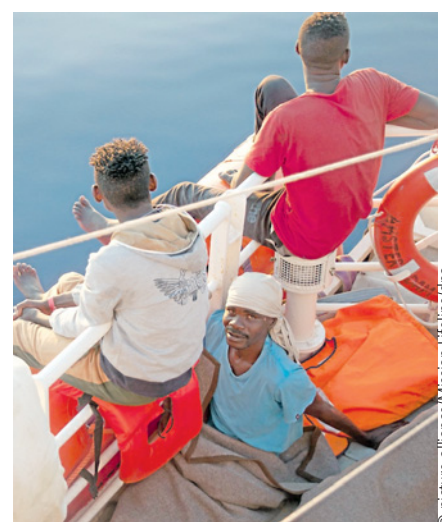
> **Zielländer** Mit 162.000 Bewerbern registrierte Deutschland 28 Prozent aller Asylantragsteller in der EU; gefolgt von Frankreich mit 110.000 (19 Prozent), Griechenland mit 65.000 (elf Prozent), Spanien mit 53.000 (neun Prozent), Italien mit 49.000 (acht Prozent) und Großbritannien mit 37.000 (sechs Prozent). (Quelle: Eurostat)

Lebensretter oder Lockmittel

SEENOT-RETTUNG Private Hilfsorganisationen haben zehntausende Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken bewahrt. Doch ihr Einsatz ist umstritten

„Es gibt plötzlich zwei Meinungen darüber, ob man Menschen, die in Lebensgefahr sind, retten oder lieber sterben lassen soll“, schrieb vergangenes Jahr die „Süddeutsche Zeitung“. Dies sei „der erste Schritt in die Barbarei“. Die Worte machten Furore, trafen aber die Sache nicht ganz. Zwei Meinungen darüber gab es schon lange. Aber die, die gegen private Rettungsmissionen sind, haben diese Ansicht seit dem Sommer 2018 in praktische Politik umgesetzt. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex wandte sich schon 2014 gegen Italiens Marine-Rettungsmission „Mare Nostrum“ vor Libyen. Diese sei ein „Pull-Faktor“, also ein Lockmittel: Sie verleite Flüchtlinge, in See zu stehen, weil sie schon bald auf Aussicht auf Rettung hoffen können. Ohne sie würden „nennenswert weniger Migranten“ den Aufbruch riskieren, erklärte Frontex laut einem Sitzungsprotokoll aus dieser Zeit. Frontex wollte, dass die Operation vor Libyen gestoppt wird. So geschah es. Die Todeszahlen im Meer stiegen in der Folge weiter an: Von Januar 2015 bis Februar 2019 ertranken mindestens 12.046 Menschen vor Libyen. Zugleich traten mehr als ein Dutzend Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Seerettung auf den Plan. 2015 trägt der Brandenburger Kleinunternehmer Harald Höppner beim Amtsge-

richt in Berlin-Charlottenburg den Verein „Sea Watch“ ein. Drei Wochen später startete unter gleichem Namen ein von ihm für 100.000 Euro gekaufter, umgebauter Fischkutter Richtung Malta, um auf dem Mittelmeer Ausschau nach Flüchtlingen zu halten und Hilfe zu leisten. An Bord sind Trinkwasser und Rettungsinsel für bis zu 500 Menschen. Das Schiff soll keine Flüchtlinge aufnehmen, sondern im Notfall die Küstenwache alarmieren. Ein „kompliziertes Unterfangen“, sagt Höppner. Aber „nichts zu tun, ist für uns keine Alternative“. Er findet Nachahmer: Bis 2018 schickten weitere NGOs – teils internationale wie „Ärzte ohne Grenzen“, andere aus Deutschland, Malta, Spanien, den Niederlande und Italien – Rettungsboote auf das Mittelmeer, alle spendenfinanziert. Von Anfang 2013 bis Mitte 2018 kamen etwa 681.000 Migranten nach Italien. Ginge es in Europa gerecht zu, hätte sich Italien gemäß seiner Größe und Wirtschaftskraft – rund ein Neuntel der EU – um etwa 75.000 von ihnen kümmern müssen. In fünfzehn Jahren. Doch bei der Flüchtlingsverteilung geht in der EU nicht gerecht zu. 2015 hatte sie sich geeinigt, Griechenland und Italien insgesamt 160.000 Flüchtlinge abzunehmen, davon etwa 45.000 aus Italien. Selbst das wäre viel zu wenig gewe-



Flüchtlinge im Sommer 2018 an Bord des privaten Rettungsschiffes „Lifeline“

Stattdessen setzte die EU auf die libysche Küstenwache. Die EU bildet sie aus und stellt ihr Schiffe zur Verfügung. Seit dem Sommer 2017 kreuzt diese vor der libyschen Küste. Wenn sie Flüchtlinge erspäht, bringt sie sie zurück. Nach kurzer Versorgung durch die UN-Organisationen UNHCR und IOM geht es für sie in staatliche Internierungslager des Department for Combating Illegal Migration (DCIM). Berichte, wonach es dort „zu äußerst schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen“ gekommen sei, nennt das Auswärtige Amt in Berlin glaubhaft. Amnesty International schätzt, dass 2017 etwa 20.000 Menschen zurückgebracht wurden; 2018 waren es nach einem Bericht der UN-Mission in Libyen bis August weitere 29.000. Doch die libysche Küstenwache hält nicht alle Flüchtlinge auf. Von Januar 2016 bis Mai 2018 werden nach einer Zählung der IOM im zentralen Mittelmeer 301.491 Menschen gerettet und nach Europa gebracht – 97.236 davon von den NGOs. Frontex-Direktor Fabrice Leggeri sagte, ihre Arbeit führe dazu, „dass die Schleuser noch mehr Migranten als in den Jahren zuvor auf die seeuntüchtigen Boote zwingen. Wir sollten deshalb das aktuelle Konzept der Rettungsmaßnahmen vor Libyen auf den Prüfstand stellen.“

Im August 2017 ruft die Rettungsleitstelle in Rom das Rettungsschiff „Luventa“ in den Hafen von Lampedusa. wo Staatsanwälte es an die Kette legen. Der Vorwurf: „Begünstigung der illegalen Einreise“. Anderen Schiffen wird das Auslaufen untersagt oder die Flaggen entzogen. Manche laufen trotzdem aus, ohne zu wissen, wohin sie Gerettete bringen können. Im Winter kreuzen sie teils wochenlang auf dem Meer, weil kein Land sie mit Flüchtlingen in einen Hafen lassen will. Die Rate der Toten im zentralen Mittelmeer steigt im Verhältnis zu denen, die Europa erreichen. Die privaten Hilfsorganisationen fordern eine staatlich finanzierte Rettungsflotte. Doch damit diese arbeiten könnte, bräuchte es einen festen Mechanismus zur Aufteilung der Geretteten. Dafür gibt es im EU-Rat derzeit keine Mehrheit. Die Alternative wäre ein Verteilungssystem nur unter aufnahmewilligen EU-Staaten. Hier indes scheitert ein Konsens derzeit daran, dass manche Länder prinzipiell bereit wären, Gerettete aller Nationalitäten für eine Asylprüfung aufzunehmen, andere – wie Deutschland – aber nur solche mit guter Bleibeperspektive. Christian Jakob

Der Autor ist Redakteur der „tageszeitung“ in Berlin.



Die Faszination der Höhlenwohnungen

ITALIEN Matera galt lange als Armenhaus. Heute ist die Kleinstadt Teil des Unesco-Weltkulturerbes und eine von zwei europäischen Kulturhauptstädten

Den prächtigsten Blick auf Matera hat man von der Murgia: Steht man auf dem mit mediterraner Macchia und wilden Karpfen überwucherten Hochplateau, das durch die tiefe Schlucht des Flusses Gravina von der Stadt getrennt ist, wirkt Matera auf den Betrachter wie eine überdimensionale, italienische Weihnachtskrippe. Die in die gegenüberliegende Wand des Canyon gebauten kleinen Häuser und Kirchen scheinen wie übereinander gestapelt; verbunden sind sie durch enge Gässchen und steile, verwinkelte Treppen. In der Abendsonne leuchtet der Tuffstein, aus dem ganz Matera gebaut wurde, in warmen Farben, die von hellem Orange bis zu zartem Violett reichen.

Das pittoreske Häusergewir sind die berühmten „Sassi“. Das bedeutet auf Italienisch „Steine“ – und tatsächlich handelt es sich bei den beiden Quartieren „Sasso Caveoso“ und „Sasso Barisano“ um in den Tuffstein gehauene Höhlensiedlungen, die schon von den Steinzeitmenschen als Behausungen genutzt und in der Spätantike und danach im Mittelalter weiter ausgebaut wurden. Im Laufe der Jahrhunderte ist ein ganzes System von übereinander liegenden und oft miteinander verbundenen Höhlenwohnungen in die Felsen des Canyon gegraben worden. Zusammen mit dem syrischen Aleppo gilt Matera, das bereits vor 9.000 Jahren urbane Strukturen aufwies, als älteste Stadt der Welt.

Rund 3.000 Höhlenwohnungen hat man in den Sassi von Matera gezählt. Hinzu kommen 162 zum Teil mit farbigen Fresken ausgestattete Höhlenkirchen. Von aussen sieht man wenig von den Grotten: Im Mittelalter wurden vor die Höhleneingänge die kleinen Häuser und Kirchenfassaden gebaut, die den Sassi heute ihren Charme verleihen. Oberhalb, im flachen Teil Materas, befindet sich die barocke Altstadt mit ihren schönen Palazzi, den stets sehr beliebten Plätzen und der eleganten Via del

Corso. Was heute als atemberaubende Filmkulisse dient – unter anderem für US-Regisseur Mel Gibson, der 2004 in den Sassi zahlreiche Szenen seines Monumentalfilms „Die Passion Christi“ gedreht hatte – war bis vor wenigen Jahrzehnten ein Ort bitterer Armut gewesen. Noch in den 1950er Jahren hatten 15.000 Menschen in den Sassi gewohnt, die meisten von ihnen verarmte Bauern. „Wir lebten in den Höhlen ohne fließendes Wasser, ohne Kanalisation, ohne Heizung“ erzählt der 95-jährige Angelo Raffaele Lamanna, der in den Sassi geboren wurde. „Die Kinder halfen den Eltern auf den Feldern, kaum eines ist zur Schule gegangen“, sagt der spätere Grundschullehrer. Das Elend von damals sei heute nicht mehr vorstellbar – aus Armut hätten die meisten Kinder keine Schuhe getragen und seien barfuß gegangen. Wegen ihrer Armut und ihren unhygienischen Zuständen galt die Stadt nach dem Zweiten

„Wir wollen weniger uns selber präsentieren, sondern Europa.“

Paolo Verri, Stiftungsdirektor

Weltkrieg als „Schande Italiens“. Der damalige Ministerpräsident Alcide De Gasperi ließ sie im Jahr 1953 räumen. Für die Bewohner wurden Dutzende von Wohnblöcken am Rand der heute 60.000 Einwohner zählenden Stadt erstellt. Damit die Evakuierten nicht in die Sassi zurückkehren, wurde das Viertel eingezäunt und abgesperrt. Die Sassi begannen zu verfallen. Als bereits niemand mehr daran glaubte, erlebten Matera und seine Sassi eine Wiedergeburt. 1964 drehte Pier Paolo Pasolini seinen Jesus-Film „Das 1. Evangelium – Mattäus“ (Originaltitel: „Il Vangelo secondo Matteo“) in den damals verlassenen Sassi. Von da an galt Matera unter den italienischen Linksinrektuellen als Geheimtipp. In den Achtzigerjahren wagten sich die ersten Bewohner wieder in das Quartier und begannen die Höhlenwohnungen zu renovieren. 1986 förderte der italienische Staat die Wiederaufstehung der Sassi mit einem Kredit von 100 Milliarden Lire (was heute 50 Millionen Euro entspräche): Mit dem Geld wurden die Höhlenwohnungen an die Frischwasserversor-

gung, an das Stromnetz und die Kanalisation angeschlossen. Heute verfügen die renovierten Wohnungen über jeden Komfort; in den Sassi gibt es mittlerweile sogar Fünf-Sterne-Unterkünfte.

1993 erfolgte eine weitere, entscheidende Wende in Richtung einer besseren Zukunft: Die Sassi von Matera wurden von der Unesco zum Weltkulturerbe erklärt. Inzwischen wohnen und arbeiten dort wieder rund 3.000 Personen – wobei die meisten von ihnen vom Tourismus leben. Seit 2010 hat sich die Zahl der Gästebetten in Matera auf 5.000 vervielfacht; in den Gassen der Sassi sind Dutzende von Bars und Trattorien entstanden, die Dichte an Ferienwohnungen ist die höchste der Welt. Die Wiedergeburt Materas ist auch eine europäische Erfolgsgeschichte: Zum neuen Glanz der Sassi haben EU-Strukturfonds ihren Teil beigetragen. Der „europäische Horizont“ sei für die Kulturhauptstadtkandidatur von Anfang an zentral gewesen, betont Paolo Verri, Direktor der Stiftung Matera-Basilicata 2019, die für die Organisation des Kulturjahres verantwortlich ist. Das bedeutet: „Europa ist überall, Matera ist Europa. Wir wollen, vielleicht im Unterschied zu anderen Kulturhauptstädten, nicht in erster Linie uns selber präsentieren, sondern Europa“, unterstreicht Verri. So hätten bei der Eröffnungsfeier 19 Musikkapellen aus 19 europäischen Städten gespielt. „Mehr als 80.000 Zuschauer haben die schöne Seite Europas gesehen, die fröhliche und lebendige Seite.“ Matera setzt damit auch einen Kontrapunkt zur europaskeptischen Regierung aus der fremdenfeindlichen Lega und der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung.

Sorge um Authentizität Die Wahl zur Kulturhauptstadt hat die Bewohner mit Stolz erfüllt. Aber nicht wenige Bürger haben auch Bedenken. „Ja, das Kulturjahr wird der Stadt zu neuen Touristenströmen verhelfen, aber wir müssen aufpassen, dass wir dabei nicht die Seele verlieren“, betont die in Rom lebende, aber aus Matera stammende Schriftstellerin Mariolina Venezia. Tatsächlich wirken die Sassi schon heute wie ein Freilichtmuseum – es besteht die Gefahr einer touristischen Übernutzung, bei der die Authentizität dieses magischen

Ortes verloren gehen könnte. Letztes Jahr zählte Matera 450.000 Übernachtungen – im Kulturjahr sollen es 800.000 werden. Etliche Bewohner fragen sich, wie die Stadt diesen Ansturm überhaupt bewältigen soll. Mario Cresci ist weniger pessimistisch. „Natürlich werden die Sassi touristisch genutzt. Aber wenn ich das mit den Zuständen von früher vergleiche... Ohne die Alberghi und die Bars und Restaurants wären die Sassi doch längst tot“, betont der 83-jährige Fotograf aus Ligurien, der jahrzehntlang in Matera gelebt und die Entwicklung vom Armenhaus zur Kulturhauptstadt dokumentiert hat. Wenn schon, dann befürchtet Cresci, dass das Kulturjahr zum Strohfeuer werden könnte: „Wenn es einmal vorüber ist, sollte auch etwas zu-

rückbleiben. Ich bin da etwas skeptisch. Denn ich bin nicht sicher, ob die politischen Behörden sich darüber bewusst sind, welch enormes Potenzial Matera hat.“ Laut Cresci müsste neben dem Tourismus vor allem die der Kultur gefördert werden: „Matera ist eine Stadt der Künste, nicht der Industrie. Auch die Kunst generiert Einkommen, wenn man Ausstellungen, Konzerte und Konferenzen organisiert.“ Die Region ist in der Tat nicht auf Rosen gebettet: Die Basilicata zählt zusammen mit Molise und Kalabrien zu den ärmsten Regionen im wenig entwickelten Mezzogiorno, dem Süden Italiens. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt bei 40 Prozent; viele Junge wandern ab. Es fehlt an staatlichen Infra-

strukturen und privaten Investitionen. Matera ist ein gutes Beispiel für die Vernachlässigung des Südens durch die Regierung in Rom: Es ist vermutlich die erste Kulturhauptstadt Europas, die nicht an das staatliche Eisenbahnnetz angeschlossen ist. Die italienische Staatsbahn hält, von Rom und Neapel her kommend, in Ferrandina, das 35 Kilometer von Matera entfernt ist. Als Alternative bietet sich einzig eine kleine Privatbahn an, mit der man von Bari an der Adria aus in die Kulturhauptstadt Europas gelangt – aber diese benötigt für die 70 Kilometer lange Strecke über zwei Stunden.

Dominik Straub
Der Autor ist freier Korrespondent in Rom.



Blick auf das Häusergewir in den „Sassi“ von Matera

© picture-alliance/Westend61

Kunst, Kaffee und »Aylyak«

BULGARIEN Mit kosmopolitischem Flair und einer äußerst lebendigen Kreativszene hat Plovdiv den Kulturhauptstadt-Titel erobert

Die Marktfrau am Ponedelnik Pazar, dem „Montagsmarkt“, der seinem Namen zum Trotz täglich geöffnet ist, hebt ihren Blick während sie routiniert Walnuss um Walnuss knackt und für den Verkauf säubert: „Was wir Alten von der EU haben? Nichts! Die meisten bekommen nur 200 Lewa Pension und müssen weiterarbeiten, so wie wir.“ Ihr Mann steht schweigend hinter dem Marktstand, wo die beiden auch eigenen Honig anbieten, und nickt zustimmend. „Und die Preise steigen und steigen. Die EU ist nur für die großen Fische.“ Der Markt liegt am Fuße der denkmalgeschützten Altstadt Plovdivs mit ihren prächtigen Kaufmannshäusern, malerischen Kopfsteingassen und dem römischen Amphitheater, das heute wieder – vor der imposanten Kulisse der Rhodopen – als Freilichtbühne dient. Die Altstadt ist der

Touristenmagnet der bulgarischen Stadt, auf den Markt aber verirren sich nur wenige Reisende. „Naja, im Sommer haben wir schon etwas mehr Kunden durch die Touristen“, sagt die Marktfrau und lacht. „Viel leicht sollte ich auf meine alten Tage doch noch Englisch lernen?“ Wesentlich mehr Leute zieht es in das Ausgeh- und Kreativviertel „Kapana“ auf der anderen Seite der drei Altstadtthügel. Zwischen den zweistöckigen Häusern fühlt man sich in eine französische Kleinstadt versetzt, es reihen sich Cafés an Boutiquen, Restaurants an Werkstätten, Galerien an Gemischtwarenläden. Hier trifft die Bohème der Stadt auf hippe Touristen aus aller Welt. Das „Café Nevi“ allerdings war lange vor den Hipstern da: Seit 1997 trinkt man hier, hinter der Fassade mit Graffiti-Portraits von John Lennon und Jimi Hendrix,

auf dunkelgrünen Plastikstühlen den erschwinglichsten Kaffee in Kapana. Regelmäßig zu Gast ist der renommierte Fotograf Nedyalko Kostov. Seit mehr als 40 Jahren dokumentiert er Plovdiv und seine Menschen. Der Endsiebziger sieht sich als Bürger Europas: „Wenn ich ins Ausland gehe und mich mit jemandem unterhalte, denkt niemand: Das ist ein Bulgare!“ Das Kapana-Viertel kennt er seit seiner frühesten Kindheit: „Hier waren überall kleine Werkstätten. Einer schmiedete Kupfer, der nächste reparierte Uhren, ein anderer beschlug Pferde und der nächste machte Speiseeis. Hier lebten Armenier, Juden und eine Handvoll Türken.“ Im Sozialismus verschwanden die Handwerker, das Viertel verfiel; erst in den vergangenen Jahren wurde es durch geschickte Stadtentwicklung und zahlreiche Veranstal-

tungen wiederbelebt: sichtbares Ergebnis auch der Bewerbung zur Kulturhauptstadt. Über den Titel hat Nedyalko Kostov sich gefreut: „Die Kreativen haben immer in Plovdiv gelebt: Maler, Musiker, Gelehrte. Wir waren immer schon eine Art Kulturhauptstadt.“ Und eine Stadt, die nach Europa blickte. Der Fotograf zitiert einen Reisebericht aus dem 19. Jahrhundert: „Die Plovdiver leben nach westlicher Manier, nach französischer, deutscher und italienischer Art.“

Kosmopolitisches Flair kann man auch heute wieder atmen, wenn man sich wie die Einheimischen an der Dzhumaya-Moschee verabredet und durch die Hauptstraße flanieren. Sie ist von Bauten aus der Epoche von Klassizismus bis Postmodernismus gesäumt. Fünf Meter unter den Ladenzeilen schlummert ein komplettes römisches Stadion, an manchen Stellen ist es freigelegt. „Egal an welchem Wochentag, die Hauptstraße ist immer voller Leute, und man fragt sich: Arbeiten die überhaupt? Es hat etwas Mediterraanes.“ Manol Peykov, Jahrgang 1970, gefällt das entschleunigte Leben in Plovdiv, und trotz vieler Möglichkeiten hat er seiner Heimatstadt nie den Rücken gekehrt. Der Verleger beobachtet aufmerksam das Leben in der Stadt, die er als „westlich in ihren Werten und östlich in ihrer Spiritualität“ charakterisiert. Die Veränderungen seit dem EU-Beitritt siedelt er eher im nicht-sichtbaren Bereich an: „Klar, die Menschen sind etwas besser angezogen und verdienen etwas mehr. Aber entscheidend ist, wie isoliert wir uns früher gefühlt haben. Man brauchte ein Visum für überall, immer lastete der misstrauische Blick eines Beamten auf uns. Wir mussten um Erlaubnis bitten, in den Westen gehen zu dürfen.“

Florierende Kunstszene Heute bewegen sich die Plovdiver frei durch Europa und Europa kommt in ihre Stadt. „Plovdiv 2019“ bringt Aufmerksamkeit und füllt die Hotels. Manol Peykov war persönlich an der Bewerbung um diesen Titel beteiligt: „Die Idee kam aus der Zivilgesellschaft, aus

dem Herzen der Stadt. Anfangs glaubte kaum jemand, dass es tatsächlich klappen könnte.“ Aber dann hat man sich sogar gegen die Hauptstadt Sofia durchgesetzt. Heute lassen sich in der herausgeputzten Innenstadt die positiven Effekte auf Schritt und Tritt beobachten.

Auch die junge Kuratorin Vesselina Sariaeva kennt Plovdiv noch ganz anders. Das Büro ihrer „Open Arts Foundation“ liegt in einer ruhigen Seitenstraße. „Als wir 2004 angefangen haben, waren hier vor allem Wechselstuben und Leihhäuser – nicht sehr einladend. In anz Plovdiv gab es keinen Raum für zeitgenössische Kunst. Der Kunstbetrieb war sehr elitär. Zudem haben wir noch all diese Denkmäler aus dem Sozialismus. Uns war wichtig zu zeigen, dass der öffentliche Raum nicht der Politik gehört, sondern den Bürgern.“

Über die Jahre hat Vesselina Sariaeva sich einen Ruf als eine der führenden Organisatorinnen in der arischen Kunstszene aufgebaut. Ihr Team hat viele Projekte angestoßen, die heute Teil des Kulturhauptstadtkonzepts sind. Sie betreibt eine Galerie und ein Café und betreut ein europaweites Netz von jungen bulgarischen Künstlern, die von den neuen Möglichkeiten innerhalb der EU profitieren. Positive Effekte sieht sie auch in der alltäglichen Kulturarbeit: „Früher hat das Rathaus nach Lust und Laune entschieden, wer Förderung bekommt. Dank der EU ist heute alles transparenter und man muss gründlich dokumentieren.“

Umgekehrt könne Europa auch von Plovdiv lernen: „Hier leben Armenier, Juden, Bulgaren und Türken freundschaftlich zusammen, die Nachbarschaft ist von Respekt und Toleranz geprägt – das kann ein Modell für Europa sein. Dieser Glaube, dass ein Zusammenleben möglich ist. Leider wissen unsere Politiker das nicht im-

mer zu schätzen. Aber Plovdiv – das sind letztendlich die Menschen.“ Und das spezielle Plovdiver Lebensgefühl, für das es sogar ein eigenes Wort gibt. „Wie erkläre ich aylyak?“ Die Kuratorin lächelt nachdenklich. „Es bedeutet, dass du dich hier vors Café setzt und mit einem zufälligen Passanten ein Gespräch beginnst, sei es der Straßenkehrer oder der Bürgermeister: Kommunikation, Gemeinsamkeit und Muße – das ist aylyak. Darüber hinaus heißt es: Was auch immer passiert, wir kommen zu Recht!“

Andreas Kunz

Der Autor ist freier Journalist und lebt seit 2014 in einem Dorf bei Plovdiv.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Ausgehviertel Kapana: Die Bohème der Stadt trifft hier auf hippe Touristen aus aller Welt.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Freie Demokraten
FDP

Nicola Beer

»Europa muss schneller handeln«

Frau Beer, was würden Sie als Erste anpacken, wenn Sie Kommissionspräsidentin wären?

Danke für die Blumen, auch wenn das nicht sehr wahrscheinlich ist. Wenn es denn so wäre, würde ich eine umfassende Reformagenda anstoßen. Die Kommission verkleinern, auf maximal 18 Kommissare. Auf die großen Herausforderungen konzentrieren: Nationale Alleingänge beenden, stattdessen eine gemeinsame Migrationspolitik schaffen, die steuert und ordnet, eine europäische Klima- und Energiepolitik entwickeln. Mehr Investitionen in Bildung und Innovation. Digitalisierung vorantreiben. Allen jungen Menschen ein halbes Jahr im Ausland ermöglichen, damit sie erfahren, welch unglaublichen Wert Europa hat.

Was antworten Sie jungen Wählern auf die Frage, welche Vorteile die EU ihnen bringen kann?

Wir Europäer leben auf einem Kontinent des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, des Rechtsstaats, der uns über den Binnenmarkt Wohlstand, Selbstbestimmung und auch soziale Sicherheit bringt. Es wird gelebt und geliebt. Frei gereist, geforscht, gegründet, gearbeitet. Der skandinavische Lebensstil ist ebenso möglich wie der italienische. Dafür müssen wir alle uns täglich einsetzen. Die Welt ist unübersichtlicher geworden. Wo steht da Europa? Wir alle sind einzeln zu schwach, nur zusammen können wir den europäischen Lebensstil erhalten. Keine Sorge: Es droht kein vereintliches Europa, doch die Einheit droht beschädigt zu werden. Und das darf nicht sein, um der Menschen willen.



Nicola Beer ist Spitzenkandidatin der FDP.

Was sollte die EU unbedingt besser machen?

Europa muss schneller handeln. Wir müssen unsere Selbstzufriedenheit ablegen. Wir sollten Innovationskontinent werden, nicht als Museum erstarren. Wir brauchen Mut zum Mut, Mut zum Ungewöhnlichen, Mut zum Disruptiven. Wir brauchen Mut zur Garage, wo vielleicht der nächste »Apfel« entsteht. Vertrauen in die Menschen, ihre Potentiale. Der Staat, das gilt auch für die EU, schafft Rahmenbedingungen. Aber nicht mehr.

Wie können die Staaten der Eurozone mit ihren großen wirtschaftlichen Unterschieden einander angeglichen werden?

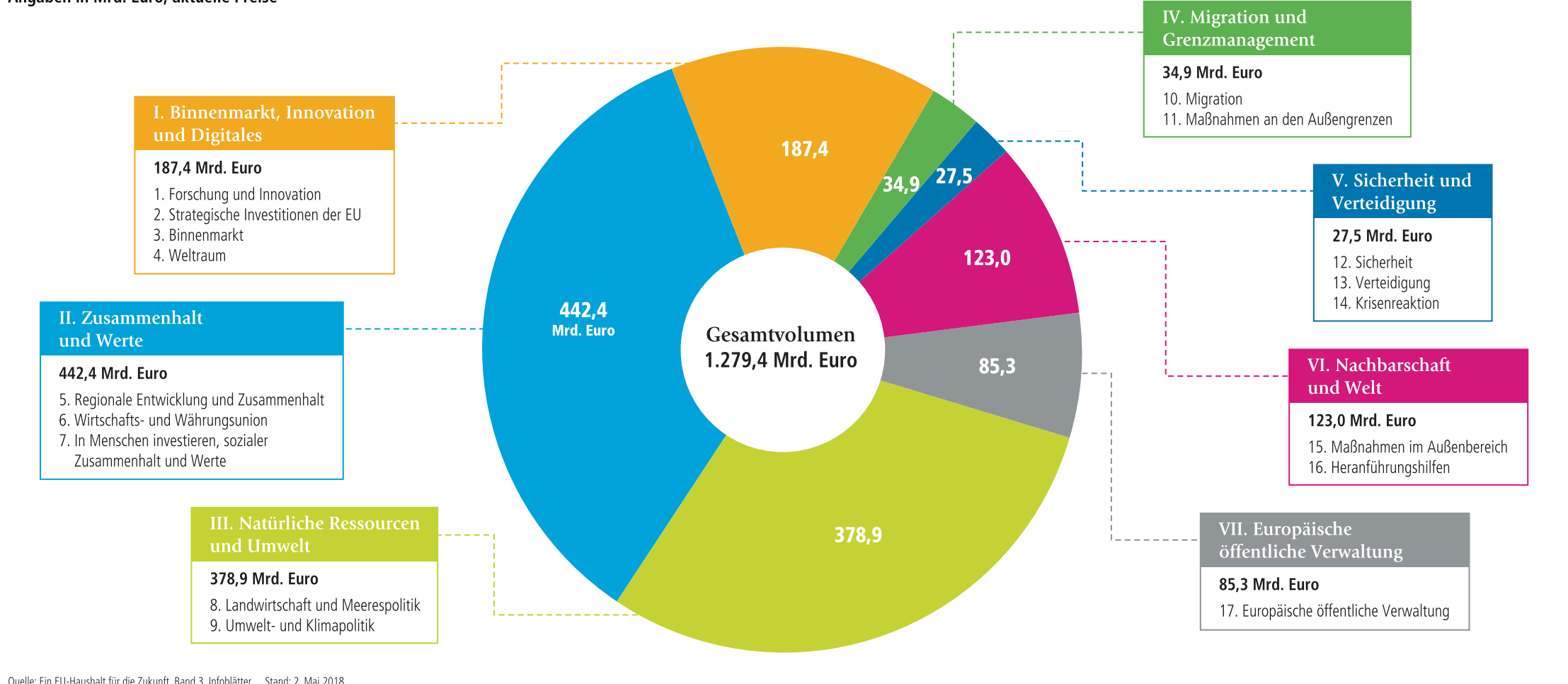
Der Binnenmarkt ist eine Wohlstandslokomotive. Und das Eintreten der EU für Freihandel weltweit ein Versprechen, dass es so bleibt. Wir müssen durch Investitionen unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Strukturwandel in den Regionen durch einen effizienteren Einsatz der Kohäsionsmittel begleiten, neue Chancen schaffen. Gute Rahmenbedingungen setzen, offene Märkte und fairen Wettbewerb garantieren. Mit einem soliden Euro und Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten. Solidarität in Notlagen ja, aber die Währungsunion darf keine Schuldenunion sein.

Ist der Brexit ein Super-Gau oder eine Chance für Europa?

Der Brexit ist ein politischer Alptraum. Der Verlust Großbritanniens schmerzt sehr. Gleichzeitig muss er Auftrag sein, die EU grundlegend zu reformieren. So gut zu machen, dass keiner gehen will. Das ist auch eine Chance. Bis dahin gilt für uns: Großbritannien mag die EU verlassen. Aber es bleibt ein Teil Europas.

Der mehrjährige EU-Finanzrahmen 2021 bis 2027 – Vorschlag der EU-Kommission

Angaben in Mrd. Euro, aktuelle Preise



Quelle: Ein EU-Haushalt für die Zukunft, Band 3, Infoblätter Stand: 2. Mai 2018

Milliarden gegen Skepsis

EU-HAUSHALT Nach den Wahlen steht die Finanzplanung an. Kommission und EP wollen mehr Geld

Die Posse um den Brexit, wirtschaftliche Unwägbarkeiten, der Aufstieg EU-skeptischer Rechtspopulisten, Zweifel am Rechtsstaatsverständnis in Polen oder Ungarn – die Herausforderungen für die Europäische Union sind groß. Geht es nach Willen der Kommission und des Europäischen Parlaments (EP) soll die Staatengemeinschaft mit finanzieller Ausrüstung darauf antworten. Ein Budget für eine »Union, die schützt, stärkt und verteidigt« gab die Kommission um Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) im Mai vergangenen Jahres bei der Vorstellung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 als Motto aus. Ziel des kräftig aufgestockten Budgetvorschlags müsse sein, einen »echten europäischen Mehrwert« zu schaffen, sagte Oettinger. Dieser Mehrwert muss den Mitgliedstaaten offenbar noch vermittelt werden. Die von der Kommission und vom EP gewünschte Deadline, den MFR vor den Europawahlen zu beschließen, ließen diese verstreichen. Zu komplex und strittig gestalteten sich die Verhandlungen, die nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums »vermutlich die schwierigsten in der Geschichte der Europäischen Union« werden dürften. Nun drängt und hofft die Kommission darauf, den MFR im Herbst 2019 über die Bühne zu bringen. Das ist aber einigermaßen fraglich, dürfte doch die Zusammensetzung von Parlament und künftiger Kommission nochmal zu erheblichen Verschiebungen der Prioritäten führen. Denn hinter dem MFR steht ein umfangreiches Verfahren. So müssen neben der MFR-Verordnung zahlreiche begleitende Rechtsakte durch Rat und Parlament gebracht und entsprechenden Mehrheiten organisiert werden. Dazu laufen die Gespräche teils schon. Streitpunkte gibt es viele, etwa auch die Frage, ob und wie ein Eurozonen-Budget Teil der Finanzplanung sein könnte (siehe Text unten).

Es könnten nicht alle Wünsche erfüllt werden, mahnt das Bundesfinanzministerium.

Im MFR schreibt die EU Obergrenzen für Ausgaben für die siebenjährige Haushaltsperiode fest. Konkret sieht der Kommissionsvorschlag vor, die Obergrenze der sogenannten Mittel für Verpflichtungen für die neue Haushaltsperiode auf insgesamt 1.279 Milliarden Euro (jeweils aktuelle Preise) zu erhöhen. Auf die Jahre runtergerechnet würden der EU für den Haushalt 2021 damit maximal 166,7 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, 2027 wären es rund 196 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2019 beläuft sich auf 356,4 Milliarden Euro. Gegenüber dem MFR 2014-2020 fällt der Kommissionsvorschlag laut Darstellung des Bundesfinanzministeriums 18 Prozent höher aus. Rechnet man den Teil der EU-Ausgaben raus, der aktuell dem Briten zugutekommt, dann ergebe sich aus dem Kommissionsvorschlag sogar ein Anstieg um 24 Prozent.

Höhere Beiträge Innerhalb des Rahmens will die Kommission neue politische Prioritäten angehen. Für unter anderem Forschung, Grenzschutz und Verteidigung sollen mehr als 100 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission setzt dabei zur Finanzierung vor allem auf »frisches Geld«: neue Eigenmittel und höhere Beiträge der Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung hat sich zwar grundsätzlich zu höheren Beiträgen bereit erklärt. Allerdings übersteigt das von der Kommission vorgeschlagene MFR-Ausgabenniveau – die veranschlagten Mittel für Verpflichtungen würden 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27 betragen – diese Bereitschaft offenbar. Denn so könnten die deutschen EU-Beiträge von aktuell rund 30 Milliarden nicht um die bisher avisierte zehn, sondern um 15 Milliarden Euro auf durchschnittlich 45 Milliarden Euro jährlich steigen. »Das ist realistisch nicht darstellbar«, warnte das Bundesfinanzministerium im Oktober. Selbst wenn der Ausgabebereich bei einem Prozent des BNE der EU-27 verbleibe, sei die finanzielle Mehrbelastung für die Mitgliedsländer erheblich. Eine Auffassung, die auch von anderen Nettozahler-Staaten wie den Niederlanden oder Österreich geteilt wird. Die Forderung aus dem Bundesfinanzministerium war dann auch eindeutig: Am Volumen des MFR muss noch gedreht, die inhaltliche Ausrichtung noch stark verändert werden: Es könnten »nicht alle Wünsche erfüllt werden«.

Das sieht das EP anders. Die Parlamentarier präsentierten vergangenen November eine eigene Wunschliste. Das Parlament sei »der Auffassung, dass es der EU auf der Grundlage des vorgeschlagenen Umfangs des MFR nicht möglich sein wird, ihren politischen Verpflichtungen nachzukommen und auf die wichtigen bevorstehenden Herausforderungen zu reagieren«, heißt es in der entsprechenden Entschließung. Gegenüber dem Kommissionsvorschlag will das EP weitere 215 Milliarden Euro drauflegen und die Obergrenze auf 1,3 Prozent des BNE der EU-27 anheben. So will das EP bei den traditionellen Ausgaben Schwerpunkten Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Strukturpolitik gegenüber dem Kommissionsvorschlag mehr Mittel zur Verfügung stellen. Dieser hatte eigentlich vorgesehen, beispielsweise bei der GAP die Direktzahlungen moderat zu kürzen. Auch den Europäischen Sozialfonds (120,5 statt rund 101,2 Milliarden Euro) und das Programm »Erasmus+« (46,8 statt 30 Milliarden Euro) wollen die Parlamentarier besser ausstatten als die Kommission. Das gilt ebenso für den Forschungsbereich: Das »Horizont 2020«-Programm soll bis zu 135,2 statt 94,1 Milliarden Euro verausgaben dürfen. Wie auch die Kommission will das Parlament die Finanzierungsbasis der EU erwei-

tern und so den Anteil der BNE-Beiträge der Mitgliedsstaaten mittelfristig reduzieren. Aktuell bezieht die EU ihre jährlichen Haushaltsmittel aus einem Teil der in den Mitgliedsstaaten erhobenen Mehrwertsteuer sowie aus Zöllen. Den Großteil der Mittel machen aber die BNE-Beiträge der Mitgliedsstaaten aus. So führt die Bundesrepublik laut Finanzplan des Bundes (19/3401) in diesem Jahr insgesamt 36,54 Milliarden Euro als Eigenmittel ab, davon werden 28,65 Milliarden Euro als BNE-Beitrag erhoben. Die Kommission schlägt neben einer Vereinfachung der Mehrwertsteuer-Abführung sowie geringeren Erhebungskostenanteilen bei den Zöllen drei neue Eigenmittelkategorien vor: Demnach soll die EU an den jeweiligen nationalen Einnahmen aus dem Emissionshandel beteiligt werden. Auch eine Abgabe auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen sowie eine Beteiligung an der vorher noch zu harmonisierenden Körperschaftsteuer kann sich die Kommission vorstellen. Bis zu 22 Milliarden Euro sollen so künftig zusätzlich jährlich in die Kassen der EU fließen. Hinter diese Vorschläge stellt sich auch das EP, geht aber noch darüber hinaus. So bringen die Parlamentarier die schon lange diskutierte Finanztransaktionssteuer und die gezielte Besteuerung von Internet-Unternehmen ins Spiel sowie ein neues CO2-Grenzaus-

gleichsystem; Vorschläge, die nicht unumstritten und deren Einführung gerade im Steuerbereich fraglich sind – mit entsprechenden Folgen für jedwede Finanzplanung. Für Verstimmung zwischen den Mitgliedstaaten und Zoff im Wahlkampf sorgt zudem die Frage, inwiefern EU-Mittel aufgrund von Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien einbehalten werden können. Geht es nach der Kommission, soll ihr künftig ein Instrumentarium an die Hand gegeben werden, um bei festgestellten Verstößen, Mittel einzubehalten oder aussetzen. »Nur wenn in allen Mitgliedstaaten eine unabhängige Justiz die Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit wahrt, ist letzten Ende garantiert, dass Gelder aus dem EU-Haushalt ausreichend geschützt sind«, schreibt die Kommission dazu mit einem deutlichen Fingerzeig nach Warschau, Budapest und Bukarest. Dort kommt diese Idee – die grundsätzlich im westlichen Europa auf Unterstützung trifft – allerdings weniger gut an. Sie warnen vor einer übergriffigen EU. Fest steht: Am Ende müssen die diversen gordischen Knoten – Volumen, Programme, Eigenmittel, Sanktionsmechanismen – mit viel Verhandlungsgeschick im Konsens zerschlagen werden. Denn der MFR erfordert Einstimmigkeit. Den Staatschefs dürften lange Nächte bevorstehen. Sören Christian Reimer

STICHWORT

Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union

> **Bedeutung** Mit dem MFR legt die EU verbindliche Obergrenzen für Verpflichtungen und Zahlungen für die verschiedenen Politikbereiche fest.

> **Verfahren** Der Kommission obliegt es, einen MFR-Vorschlag vorzulegen. Darüber verhandelt dann der Rat, in dem die Verordnung einstimmig beschlossen werden muss. Zudem muss das Parlament zustimmen – es kann aber keine Änderungen vornehmen.

> **Haushalt** Die Haushaltspläne der EU müssen sich an den Obergrenzen des MFR orientieren. In der Regel werden die Grenzen nicht ausgeschöpft, um Spielraum für unvorhergesehene Ereignisse zu haben.

Die geschrumpfte Vision eines »machtvollen Gebildes«

EUROZONE Kein Finanzminister, keine Eigenständigkeit, keine Stabilisierungsfunktion – von Macrons Idee eines Euro-Haushalts ist nicht viel übrig geblieben

Das von Deutschland und Frankreich vorangetriebene Eurozonen-Budget nimmt Formen an – wenn auch Formen, die eher für Zufriedenheit in Amsterdam und Helsinki sorgen dürften, als in Paris, Rom oder Athen. Nachdem sich zunächst Deutschland und Frankreich nach langen Verhandlungen im November 2018 geeinigt hatten, stimmte im Dezember 2018 der Europäische Rat grundsätzlich dem neuen Instrument in eher vagen Formulierungen zu. Weitere Details wurden dann im Februar 2019 zwischen Deutschland und Frankreich festgeklippt. Nun scheint sich auch der Umfang abzuzeichnen: 50 Milliarden Euro sollen im mehrjährigen Finanzrahmen der EU speziell für Investitionen in Euro-Ländern reserviert werden, verteilt über sieben Jahre. Das berichtete jüngst der »Spiegel« mit Verweis auf die laufenden Verhandlungen in der Euro-Gruppe. Im Juni soll die Einigung auf Rats-Ebene stehen, wie sich die weiteren Verhandlungen nach den Europawahlen gestalten werden, wird sich indes noch zeigen.

Stabilität durch Budget Die Idee eines eigenen Budgets für die Eurozone geht auf Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron zurück. In seiner viel beachteten Rede an der Sorbonne imrisse er Ende September 2017 die Vision eines »machtvollen Gebildes« im »Zentrum der Eurozone«. Eine stärker koordinierte Wirtschaftspolitik sowie das Budget könnten – neben nationalen Reformen – für mehr Konvergenz und Stabilität im Euro-Raum sorgen, führte Macron aus. Gerade im Fall von Wirtschaftskrisen in einzelnen Euro-Ländern könne das Budget kurzfristig für Stabilität

sorgen. »Ein Staat kann eine Krise nicht alleine durchstehen, wenn er nicht mehr über seine Währungspolitik entscheidet«, so Macron. Eine nicht näher umrissene, »anspruchsvolle parlamentarische Kontrolle auf europäischer Ebene« sowie ein eigener Euro-Finanzminister sollten dem neuen Instrument das entsprechende Gewicht verleihen. Allerdings hat das, was aktuell als Eurozonen-Budget diskutiert wird, relativ wenig mit dem zu tun, was Macron vor eineinhalb Jahren vorgestellt hatte. Der Euro-Finanzminister ist vom Tisch – und das Eurozonen-Budget wird auch nicht eigenständig insti-

tutionalisiert, sondern im Rahmen des EU-Haushalts. Nicht ganz ausgeschlossen ist allerdings weiterhin, dass das Budget auch durch direkte Beiträge der Euro-Staaten im Rahmen zwischenstaatlicher Vereinbarungen erweitert werden könnte – also abseits des EU-Haushalts. Ebenso wird es die von Macron – und von der Kommission – gewünschte Stabilisierungsfunktion des Budgets, um asymmetrische Schocks in einzelnen Euro-Ländern abzufedern, in dieser Form wohl nicht geben. Entsprechend geringer soll nun auch das Volumen ausfallen, die Franzosen hatten eigentlich

mehrere 100 Milliarden Euro als Zielgröße in den Raum gestellt. **Widerstand** Grund dafür waren und sind die erheblichen Widerstände gegen zu viel Eigenständigkeit der Eurozone und die damit mögliche Entkopplung von Euro- und Nicht-Euro-Staaten in der EU. Die Sorge, dass ein neues Euro-Budget abseits der strenger Regeln des EU-Haushalts Reformbestrebungen unterlaufen könnte, spielte ebenfalls nicht nur in Berliner Überlegungen zu Macrons Vorschlägen eine Rolle. Denn vor allem die Widerstände in den Nordstaaten sorgten letztlich dafür, dass Macrons Vision geschrumpfte. Sie fordern, sich vor allem auf die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und die Bankenunion zu konzentrieren. Vorerst erfolgreich. scr



Nürnberger für Japan

WIRTSCHAFTSPOLITIK Freihandelsabkommen erleichtern den Warenverkehr. Doch es gibt auch Kritik

Der Handel mit Iran begann für die Condio GmbH vielversprechend: Auf der einen Seite eine wachsende Wirtschaft mit fortschreitendem Wohlstand und Technologisierung, auf der anderen Seite der mittelständische Stabilisatorhersteller aus dem Potsdamer Umland, der in seiner Branche zu den Weltmarktführern zählt. „Wir sind überall da gefragt, wo es interessant und lohnenswert wird, Lebensmittel haltbar zu machen“, sagt Condio-Finanzchef Michael Weltzien. Vom Firmensitz in einem Gewerbegebiet vor den Toren von Werder (Havel) aus hat das Unternehmen in den vergangenen Jahren Geschäftsbeziehungen in 40 Länder geknüpft – auch in den Iran, gerade seit dem vorsichtigen Annähern in Handelsfragen zwischen der EU und dem Iran. Doch seit die USA das Atomabkommen mit der Regierung in Teheran aufgekündigt hat, ist der Handel mit den potenziellen Geschäftspartnern dort nahezu zum Erliegen gekommen. „Der Geldfluss ist nur noch sehr stark eingeschränkt möglich“, sagt Weltzien. Die Interessenten im Iran kämen kaum mehr an Währungen, mit denen sie Lieferungen aus Werder bezahlen könnten. Condio wiederum kann mit iranischen Rial nichts anfangen – keine Bank würde das tauschen. Abgesehen davon dauerten Wege über Importgenehmigungen und Zölle generell zu lang für die Branche. Dazu komme die Unsicherheit, die eine ungestörte Außenpolitik wie die der USA mit sich bringt: Im Lebensmittelsektor zählen durchgehende und stabile Lieferketten zu den Grundpfeilern jeglicher Geschäftsbeziehungen, schließlich verdirbt die Ware schnell. Nun hoffen Geschäftsführung und Mitarbeiter auf ein beherrschtes Vorgehen in Brüssel etwa bei der geplanten Tauschbörse Instex, die Handelsflüsse ohne den Einsatz von US-Dollar ermöglichen soll – für Unternehmen ist die EU in Sachen Freihandel eine gewichtige Stimme.

Gespräche in Brüssel Mit 35 Ländern weltweit hat das Bündnis mittlerweile Abkommen geschlossen, weitere solcher Vereinbarungen sind in Vorbereitung. Gerade die traditionell exportorientierte deutsche Industrie sei auf freien Handel mit verlässlichen Rahmenbedingungen angewiesen, sagt der Hauptgeschäftsführer des bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK), Manfred Gößl. „Jeder zweite Euro der bayerischen Industrie wird im Ausland erwirtschaftet.“ Auch er betont die Bedeutung einer engagierten EU, gerade als Gegengewicht zur aktuellen US-Politik. „Freihandel ist kein Selbstläufer mehr, Absichten ist zugleich erst recht keine Lösung.“ Der starke Landesverband nutzt sein Gewicht, um für Erleichterungen für seine Mitgliedsunternehmen zu werben: Gößl und seine Mitarbeiter treffen sich regelmäßig in Brüssel zu persönlichen Gesprächen mit Entscheidungsträgern, im Netz stehen Argumentationshilfen und Videokampagnen bereit, in denen Firmeneinhaber die Bedeutung von ungehemmtem Handel für ihr Unternehmen erläutern.

Konkretes Beispiel: Das in diesem Jahr in Kraft getretene Abkommen mit Japan (Japan-EU Free Trade Agreement, Jfta). Das Land ist der sechstgrößte Handelspartner der EU. Jahrelang hat man um das Abkommen gerungen, ein Einsatz, der sich nach Ansicht der IHK gelohnt hat. „Das sind keine Peanuts, um die es hier geht“, sagt Gößl und spricht unter Verweis auf die EU-Kommission von zusätzlich bis zu 36 Milliarden Euro an Handelsvolumen pro Jahr zwischen der EU und Japan.

Zölle und Handelsbeschränkungen fallen dank Jfta fast komplett weg. Die bayerische IHK rechnet mit Einsparungen von bis zu 65 Millionen Euro. Der verminderte bürokratische Aufwand werde sich vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen auszahlen – eine Argumentation, die Weltzien für die brandenburgische Condio bestätigt. „Mit dem Abbau von Zöllen sparen wir Geld und verringern den Aufwand rund um Warenlieferungen.“

»Ökologische und soziale Belange müssen verbindlich ausgehandelt werden.«

Jürgen Knirsch, Greenpeace

Schutz Auch bei den nicht-tarifären Handelsbeschränkungen stehen dank Jfta Erleichterungen in Aussicht; dabei geht es etwa um die Zertifizierung von Produkten, den Schutz von Herkunftsbezeichnungen (also dass Nürnberger Bratwürste als solche in Japan verkauft werden dürfen) und die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen. Ein Angleichen von Produktstandards und Normen erleichtert den Warenverkehr ebenfalls, so müssen beim Export von Autos keine besonderen Tests oder Zertifizierungen mehr durchgeführt werden.

Freilich bedeuten Zölle auch Schutz, und ihr Wegfall einen schärferen Wind auf dem Markt. Die Konkurrenz nimmt zu. Bange macht das Weltzien nicht. Als weltweite Nummer zwei sei Condio in der Branche bekannt, und Märkte, auf denen die Aussichten von vornherein düster sind, betreue man gar nicht erst. Gößl vom BIHK hegt ebenfalls wenig Befürchtungen, dass es zu einem Preiskampf kommen werde. Made in Germany gelte als Qualitätssiegel, daran seien Geschäftskunden und Endverbraucher interessiert. Zudem sei die deutsche Wirtschaft für den internationalen Wettbewerb gut aufgestellt.

Eine der Dreh- und Angelpunkte dabei bleiben Ursprungszeugnisse, Geburtsurkunden für Waren quasi, die Herkunft und Hergang eines Produkts dokumentieren und beglaubigt sein müssen. Stellen wie die IHK nehmen solche Zeugnisse entgegen. Für die in der sensiblen Lebensmittelbranche tätige Condio hängen Glaubwürdigkeit und damit wirtschaftlicher Erfolg von der Rückverfolgbarkeit von Produktbestandteilen ab – neun Leute kontrollieren in der Zentrale selbst und ständig „jede Produktkette vom Feld bis in den Supermarkt“, wie es Weltzien formuliert.

Sinkende Preise für Produkte Bürger dürften Jfta konkret spüren, wenn die Preise für japanische Waren wie Tee oder Fisch sinken. Auch Autos aus Japan könnten perspektivisch billiger werden, hier gilt eine Übergangsfrist von sieben Jahren auf den Zollabbau. Im Gegenzug können sich



Würstchen sind im Land der aufgehenden Sonne urheberrechtlich geschützt.

© picture-alliance/imageBROKER/Collage: Stephan Roters

Japaner für weniger Geld mit europäischen Waren wie Käse, Wein, Fleisch oder Kosmetika eindecken. Aus dem Blickwinkel der Befürworter in Wirtschaft und Politik klingen solche Vereinbarungen folglich nach einer rundum formidablen Sache. Trotzdem gab es Kritik an Jfta – nicht so laut und so emotional wie zuvor etwa bei den (später geplatzen) Verhandlungen um TTIP, aber doch beharrlich. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace beispielsweise präsentiert sich im Netz ähnlich gut aufgestellt wie ihr Konterpart im bayerischen München und hat Argumentationshilfen und Kampagnenunterlagen online gestellt, in denen Kritikpunkte an Jfta plakativ dargelegt werden. Das hoch umstrittene Thema Schiedsgerichte und Investitionsschutz haben die Verhandlungspartner im übrigen

vom eigentlichen Handelsabkommen getrennt, nachdem sich zu diesem keine rasche Einigung abzeichnete; an den geplanten Mechanismen zur Beilegung von Investorenstreitigkeiten hatte sich europaweit Kritik entzündet, nun sucht die Politik für die Beschwerdemöglichkeiten von Konzernen nach einer Lösung mit mehr Transparenz. Für mittelständische Unternehmen mit Interesse an flüssigen Import-Export-Strömen ist es eher nachrangig.

Kritik an Absprachen Greenpeace fokussiert in einer gemeinsam mit weiteren Nichtregierungsorganisationen verfassten Analyse auf einzelne kritische Aspekte des Abkommens, auf die Art der Verhandlungsführung und fordert mehr Transparenz auf europäischer und nationaler Ebene. Vor allem aber müssten ökologische

und soziale Belange ebenso verbindlich ausgehandelt werden wie die konkreten ökonomischen Inhalte, erklärt Greenpeace-Handelsexperte Jürgen Knirsch. „Vereinbarungen etwa zum Waldschutz oder zu Kernarbeitsnormen sind häufig reine Absichtserklärungen, die im Falle eines Vertragsbruchs folgenlos bleiben.“ Dabei habe der Europäische Gerichtshof klargestellt, dass auch solche Verstöße von einer Seite zu Sanktionen der anderen Seite führen könnten, sagt Knirsch.

Unternehmer Weltzien fühlt sich durch solche Kritik zu Unrecht in die Ecke der reinen Profitgier getrieben. „Wir halten uns an alle Vorschriften und gehen nicht in Märkte, weil es irgendwo einfacher ist.“ Es sei an der Politik, den Rahmen vorzugeben, in dem sich Unternehmen dann bewegen könnten, sagt er. *Kristina Pezzer*

DIE LINKE.

Özlem Alev Demirel

»Europaweit soziale Mindeststandards«

Frau Demirel, was würden Sie als Erstes anpacken, wenn Sie Kommissionspräsidentin wären?

Ich würde mich für eine ökologisch nachhaltigere und sozial gerechtere Politik sowie für Abrüstung stark machen. Als erstes würde ich mich dafür einsetzen, europaweit soziale Mindeststandards zu verankern und eine soziale Fortschrittsklausel zum Primärrecht zu machen. Mit dem Ziel, dass in jedem europäischen Mitgliedsstaat Mindestsicherungssysteme, armutsfeste Mindestrenten und Mindestlöhne eingeführt werden. Und natürlich würde ich eine Verordnung erlassen, die Rüstungsexporte der EU – insbesondere in Krisengebiete – strikt verbietet.

Was antworten Sie jungen Wählern auf die Frage, welche Vorteile die EU ihnen bringen kann?

Die Bewegungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit sind große Errungenschaften, die es zu verteidigen gilt. Zur Wahrheit gehört jedoch, dass diese sowohl durch autoritäre Rechte in einigen Mitgliedsstaaten als auch an den EU-Außengrenzen mit Füßen getreten werden. Wer die Freiheit für Menschen verteidigen möchte, der darf nicht länger zuschauen, wie Geflüchtete im Mittelmeer dem Tod überlassen werden.

Was sollte die EU unbedingt besser machen?

Wir brauchen konsequente Maßnahmen, um das Klima zu retten. Die 20 schmutzigsten Meiler müssen jetzt vom Netz genommen werden. Statt Milliarden in Aufrüstung zu investieren, könnten wir dieses Geld etwa in den Ausbau der Schienensysteme europaweit investieren und damit unsere Umwelt nachhaltig schonen. Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen gestärkt werden. Und wir brauchen endlich europaweite Standards zur Unternehmensbesteuerung. Steuerschlupflöcher für Konzerne müssen endlich gestopft werden.



Özlem Alev Demirel ist Spitzenkandidatin der Linken.

Wie könnten die Staaten der Eurozone mit ihren großen wirtschaftlichen Unterschieden einander angeglichen werden?

Indem der europäische Binnenmarkt nicht mehr für Lohndumping missbraucht werden kann. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss ausnahmslos gelten. Dafür haben wir Linken bereits in der vergangenen Legislatur erfolgreich gestritten. Jetzt müssen die Ausnahmen wegfallen. Gemessen an der Wirtschaftskraft in Deutschland sind die Löhne niedrig und grundsätzlich die Tarifbindung europaweit zu gering. Daneben braucht es Investitionsprogramme für eine soziale Infrastruktur, gute Arbeitsplätze und eine funktionierende Wirtschaft. Um die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse anzugleichen, sind regionale Förderprojekte und Kohäsionsfonds wichtig. Doch diese werden zugunsten gemeinsamer Aufrüstungsprojekte gekürzt. Das ist der falsche Weg.

Ist der Brexit ein Super-Gau oder eine Chance für Europa?

Das wird sich zeigen. Für uns als Linke ist klar, dass es sozialverträgliche Lösungen für die Menschen hier und in Großbritannien braucht. Betroffene EU-Bürger in Großbritannien und Briten in der EU müssen Rechtssicherheit haben.

Klimapolitik in Trippelschritten

KLIMA Bis zu einer klimaneutralen EU ist der Weg noch weit. Auch Deutschland zählt dabei zu den Bremsern, wenn es um strengere Ziele geht

Seit dem Abkommen von Paris soll es beim Klimaschutz nur noch einen Weg geben: nach oben. Klimaneutralität „in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts“ ist das Ziel. Das bedeutet, dass sich die Emissionen von Klimagasen und die Aufnahme in Senken wie Wäldern die Waage halten. Stand der Wissenschaft ist sogar, dass Klimaneutralität schon 2050 erreicht werden muss, um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Die EU-Kommission hat vergangenen Herbst vor der Klimakonferenz in Polen eine Langfriststrategie für den Umbau der EU zu einer klimaneutralen Volkswirtschaft bis 2050 vorgelegt.

Bei der Vorstellung äußerten sich EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete und der Kommissar für die Energieunion, Maroš Šefcovic, geradezu euphorisch: Die Strategie sei nicht nur machbar und für den Klimaschutz unerlässlich, sondern am Ende auch ein gutes Geschäft. Den nötigen zusätzlichen Investitionen von bis zu 290 Milliarden Euro pro Jahr stünden noch höhere Einsparungen bei Energieimporten und Gesundheitsausgaben gegenüber. Etwa, weil die Luft besser wird, wenn weniger fossile Brennstoffe verbrannt werden und weniger Menschen krank werden. Und auch der Wirtschaft soll es in einem klimaneutralen

Europa gut gehen: Das Bruttoinlandsprodukt läge mit dem Umbau nach Berechnungen der Kommission im Jahr 2050 um zwei Prozent höher als ohne. Durchgespielt hat die EU acht Szenarien, von denen zwei zur Klimaneutralität im Jahr 2050 führen. Ausgegangen ist sie dabei von Maßnahmen, die für die Zeit bis 2030 schon feststehen: Ein reformiertes EU-Emissionshandelssystem, nationale Reduktions-

ziele für Treibhausgasemissionen, die Erhaltung von Wäldern als Senken, die gerade überarbeiteten Richtlinien für Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie eine geringerer CO₂-Ausstoß von Autos und Lastwagen.

Strategie und Gesetzespaket Hinzu müssten folgende Maßnahmen kommen: Mehr Energieeffizienz und gut isolierte Ge-

bäude mit null Emissionen, noch mehr erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft in der Industrie, smarte Stromnetze und Wasserstoffpipelines, die Nutzung von Technologien zum Entfernen von CO₂ aus der Atmosphäre und der Umbau des Finanzsystems, um nachhaltige Investments zu fördern. Dafür hat die EU parallel zur Langfriststrategie ein umfangreiches Gesetzespaket auf den Weg gebracht. In ihren Reaktionen peilten mehrere Umweltorganisationen aber schon gleich die nächste Verschärfung an: Um auf der sicheren Seite zu sein und die Erderwärmung auf 1,5-Grad zu begrenzen, bräute die EU ein Null-Emissionsziel bis 2040, sagt Michael Schäfer, Leiter Klimaschutz und Energiepolitik beim WWF Deutschland. Beraten haben die EU-Staats- und Regierungschefs über die Strategie nun erstmals im März. Ob man sich auf 2050 als Zeitpunkt einigen kann, steht nicht fest. Es bremsen nicht nur Länder wie Polen, die noch stark auf die Kohle setzen. Auch Deutschland als Industriestandort hat Gründe, vorsichtig zu sein. Der Präsident des Industrieverbands BDI, Dieter Kempf, sagte kürzlich, eine Minderung der Emissionen bis 2050 um 95 Prozent – die bisher höchste Zielmarke in Deutschland und der EU – sei derzeit „völlig undenkbar“.

Vorwärts geht es also nur in Trippelschritten. Beim nächsten EU-Gipfel im Mai müsse die Klimapolitik im Vordergrund stehen, fordern Kläger in einem Klima-Rechtsstreit mit der EU. Fest steht, dass der EU-Gipfel im Juni erneut über die Langfriststrategie beraten wird. Ein endgültiger Beschluss wird aber weiterhin erst für 2020 angestrebt. „Das ist nicht schnell genug“, sagte Audrey Mathieu von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Germanwatch. Sie schließt aber nicht aus, dass ein Beschluss beim Europäischen Rat im Dezember 2019 fällt.

2020 ist deshalb eine Wegscheide, weil dann neue Selbstverpflichtungen im Rahmen des Klimaabkommens beim Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention abgegeben werden müssen. Hier spricht die EU für alle Staaten der Union. Gescheitert ist Cañete zuletzt mit dem Versuch, die Minderungsziele der EU für 2030 von 40 auf 45 Prozent zu erhöhen. Sein Argument war, dass dies durch die Novellierung der Erneuerbare-Energien- und der Energieeffizienz-Richtlinie ohnehin eingepreist sei. Der Plan scheiterte unter anderem am Veto der deutschen Kanzlerin Angela Merkel (CDU).

Susanne Ehlerding

Die Autorin ist „Tagesspiegel“-Redakteurin.



Protest für eine wirksamere Klimapolitik – hier in Hamburg

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Ska Keller

»Die EU darf nicht so bleiben, wie sie ist«

Frau Keller, was würden Sie als Erstes anpacken, wenn Sie Kommissionspräsidentin wären?

Klimaschutz hier und jetzt! Es gibt nur noch ein sehr begrenztes Zeitfenster, in dem wir etwas tun können, um den Klimawandel aufzuhalten. Deshalb ist es wichtig, Klimaschutz nicht auf die lange Bank zu schieben, damit Hochwasser oder anhaltende Dürreperioden nicht zur dauerhaften Bedrohung werden. Es geht darum, dass Europa in der Welt jetzt die Führungsrolle beim Klima-, Umwelt- und Artenschutz übernimmt. Nur, wenn wir in Europa ökologischen Fortschritt mit sozialem Ausgleich verbinden, können wir die Klimakrise noch rechtzeitig abwenden.

Was antworten Sie jungen Wählern auf die Frage, welche Vorteile die EU ihnen bringen kann?

Europa ist der Ort, an dem wir gemeinsam die Weichen für die Zukunft stellen. Egal ob es um Klimawandel geht oder um Digitalisierung – nur mit einem starken und solidarisches Europa haben wir die Kraft, unsere Zukunft zu gestalten. Dafür darf die EU aber nicht so bleiben, wie sie ist. Wenn Europa nicht in einen gefährlichen Nationalismus zurückfallen soll oder vor der Globalisierung kapitulieren, müssen wir den Zusammenhalt in Europa stärken und die EU neu begründen.



Ska Keller ist Spitzenkandidatin der Grünen für das Europaparlament.

Was sollte die EU unbedingt besser machen?

Europa muss beim Klimaschutz vorangehen und es muss sozialer und demokratischer werden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass Europa sie nicht hängen lässt. Das gilt für die vielen arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland genauso wie für die Menschen in Rumänien, die gegen Korruption und die politische Gängelung des Rechtsstaats auf die Straße gehen. Das europäische Versprechen auf Frieden, Wohlstand und Freiheit darf keine leere Floskel bleiben. Die EU muss den sozialen Zusammenhalt und unsere gemeinsamen demokratischen Grundwerte und überall in Europa stärken.

Wie können die Staaten der Eurozone mit ihren großen wirtschaftlichen Unterschieden einander angeglichen werden?

Wir brauchen ein soziales und gerechtes Europa, das die soziale Sicherheit erhöht und Abstiegsgänge mindert. Dafür brauchen wir soziale Mindeststandards und Mindestlöhne in allen Staaten der EU. Aber das reicht nicht. Wir müssen aber auch massiv in Europas Zukunft investieren: in Schulen, in schnelles Internet, in die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Damit stärken wir den sozialen Zusammenhalt in Europa und verbessern das Leben der Menschen in strukturschwachen Regionen. Damit wir das verwirklichen können, müssen wir Steuerschlupflöcher schließen und dafür sorgen, dass große Digitalkonzerne wie Amazon genauso ihre Steuern zahlen wie die Buchhändlerin vor Ort.

Ist der Brexit ein Super-Gau oder eine Chance für Europa?

Der Brexit ist eine Tragödie, bei der alle Seiten verlieren werden. Klar. Die EU wird den Austritt Großbritanniens meistern. Aber uns steht ein schmerzhafter Trennungsprozess bevor. Wir werden alles dafür tun, dass der Frieden in Nordirland durch den Brexit nicht gefährdet wird.



In der EU kluft nicht nur zwischen Nord- und Mitteleuropa sowie Ost- und Südeuropa eine soziale Kluft. Auch innerhalb einzelner Länder, wie hier in Rumänien, ist der Kontrast groß.

© picture-alliance/Alexander Farnsworth

Gegenmittel gesucht

SOZIALPOLITIK Die Folgen der Finanzkrise und die Angst vor Nationalisten sorgen für neuen Schwung

Emmanuel Macron, französischer Staatspräsident seit 2017, schreckt die europapolitische Bühne in regelmäßigen Abständen mit seinen Visionen auf. Erst Anfang März sorgte ein Gastbeitrag Macrons in mehreren europäischen Tageszeitungen für Diskussionen, warnte er darin doch eindringlich davor, nicht zu „Schlafwandern in einem erschlafenen Europa“ zu werden und forderte, sich den Nationalisten entschlossen entgegenzustellen. Als Gegenmittel schlug er unter anderem eine soziale Grundsicherung und einen an jedes Land angepassten europaweiten Mindestlohn vor. Der Widerspruch folgte prompt. Europäischer Eatismus, eine Europäisierung der Sozialsysteme und des Mindestlohns seien der „falsche Weg“, entgegnete die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer. Wie viel Europa soll es sein? Das ist längst nicht mehr nur eine Frage für Wirtschaftspolitiker. Spätestens seit der Finanzkrise und den sozialen Verwerfungen in Südeuropa ist das „soziale Europa“ stärker in den Fokus der Brüsseler Bühne gerückt. In seiner Antrittsrede forderte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 2014, Europa brauche, um seine Bürger wieder näher an Europa zu binden, ein „soziales Triple-A-Rating“ – eine Anspielung auf die Bestnote, die Ratingagenturen für die Kreditwürdigkeit von Staaten vergeben.

Immer schon da Nun ist es keineswegs so, dass eine Sozialpolitik für Europa erst 2014 erfunden werden musste. Bereits der Ver-

trag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 führte den Europäischen Sozialfonds (ESF) ein, der bis heute wichtigste der zahlreichen Fördertöpfe europäischer Sozialpolitik, mit dem die Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt gefördert wird. Seit 1971 gibt es die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme, die dafür sorgt, dass Ansprüche auf Sozialleistungen in allen Ländern anerkannt werden. 1989 wurde die Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte, 2000 die EU-Grundrechtecharta entworfen. Im Jahr 2010 einigten sich die Mitgliedstaaten auf die Strategie Europa 2020. Sie sieht unter anderem vor, dass die Beschäftigungsquote bis 2020 auf 75 Prozent angehoben und die Zahl der von Armut bedrohten Menschen um 20 Millionen reduziert wird. 2017 proklamierte Jean-Claude Juncker schließlich die Europäische Säule sozialer Recht (ESSR), die zwar überwiegend den Rechtsbestand der EU zusammenfasst. In zwei Punkten geht sie jedoch darüber hinaus, weil sie ein Recht auf Mindesteinkommensleistungen (eine Art Grundsicherung) und einen Anspruch auf Mindestlöhne formuliert. Jedoch ist die ESSR rechtlich nicht bindend, sondern ein Referenzrahmen für Maßnahmen der Mitgliedsländer im Bereich Sozialpolitik, die diese im Rahmen der „Offenen Methode der Koordinierung“ (OMK) abstimmen. Genau das sei das Problem, wenden Kritiker ein: Es gebe viele Dialogforen (zum Beispiel die „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“) und

Zielvorgaben, aber keine Sanktionen, wenn Länder diese nicht erfüllen. Um dies zu ändern, müsste man allerdings die Grundstruktur der Arbeitsweise der EU (AEUV) ändern, die nach dem Prinzip der geteilten Zuständigkeit funktioniert. So kann die EU beispielsweise Rechtsangleichungen in vielen arbeitsrechtlichen Fragen (Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Schutz vor Diskriminierung) vorantreiben und tut dies auch. Es liegt jedoch nicht in ihrer Kompetenz, die Strukturen einer europäischen Sozialordnung zu bestimmen oder über Lohn- oder Streikfragen zu entscheiden. Diese können ausschließlich von den Mitgliedstaaten gesetzlich geregelt werden, was sie abhängig von wirtschaftlichen Bedingungen und kulturellen Traditionen tun.

Große Unterschiede Und diese Bedingungen sind sehr unterschiedlich: Griechenland hatte im Januar 2019 eine Arbeitslosenquote von 18,5 Prozent, in den Niederlanden waren es 3,6 Prozent. Der EU-Durchschnitt lag bei 6,5 Prozent. Bei der Jugendarbeitslosigkeit ist das Bild noch drastischer: Knapp 40 Prozent der jungen Griechen und 33 Prozent der Italiener waren im Januar arbeitslos, in Deutschland nur sechs Prozent. Die Armutsgefährdungsquote lag im Januar 2019 in Rumänien bei 23,6 Prozent, ähnlich in Bulgarien. In Deutschland lag sie bei 16,1 Prozent, was in etwa dem EU-Durchschnitt entspricht, der sich seit 2008 kaum verändert hat. Noch immer sind nach Informationen von eurostat rund 113 Millio-

nen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Zwar waren es 2014 noch 122 Millionen, doch müsste sie gemäß den Europa 2020-Zielen im nächsten Jahr bei rund 95 Millionen liegen. Das wird wohl nicht zu schaffen sein. Aber auch wenn EU-Parlament und Kommission in vielen arbeitsrechtlichen Fragen (Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Schutz vor Diskriminierung) vorantreiben und tut dies auch. Es liegt jedoch nicht in ihrer Kompetenz, die Strukturen einer europäischen Sozialordnung zu bestimmen oder über Lohn- oder Streikfragen zu entscheiden. Diese können ausschließlich von den Mitgliedstaaten gesetzlich geregelt werden, was sie abhängig von wirtschaftlichen Bedingungen und kulturellen Traditionen tun.

senderichtlinie reformiert, um das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchzusetzen. Noch in diesem Jahr soll die Europäische Arbeitsbehörde (ELA) ihre Arbeit starten. Sie soll vor allem darauf achten, dass Sozialstandards für im EU-Ausland arbeitende Bürger besser eingehalten werden. Ideen für ein wirkungsmächtigeres „soziales Europa“ gibt es viele, von der Schaffung einer „Sozialunion“, über neue Umverteilungsmechanismen bis zur – kurzfristig möglichen – Umsetzung von Richtlinien zur Reduzierung der Arbeitszeit oder zum Recht auf Bildung. Es wird sich zeigen, ob das Thema nach der Wahl immer noch Konjunktur hat. Claudia Heine

STICHWORT

Soziales Europa – Was wollen die Parteien?

- Sozialsysteme** Union, FDP und AfD fordern, dass für diese Sicherungssysteme weiter die Mitgliedsländer verantwortlich sein sollen und lehnen daher auch einen Fonds für eine europäische Arbeitslosenversicherung klar ab (dies fordern SPD und Linke). Sie wollen Zuwanderung in Sozialsysteme anderer Länder verhindern.
- Mindestlohn und Grundsicherung** Beides ist für Union, FDP und AfD kein Thema in den Wahlprogrammen. Anders bei SPD, Linken und Grünen. Die SPD will einen länderspezifischen Mindestlohn von mindestens 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens, für die Linke soll er oberhalb dessen liegen. Die Grünen nennen keine Zahl.
- Lohndumping** Alle Parteien wollen gegen Lohndumping vorgehen. Die FDP kritisiert jedoch gleichzeitig die Verschärfung der Entsenderichtlinie. Union und Die Linke verweisen unter anderem auf die Europäische Arbeitsbehörde, um dies durchzusetzen. Eine Stärkung der Tarifbindung wollen Grüne, SPD und Linke erreichen.

Der Kampf gegen die Steuerhydra

FINANZEN Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind in den vergangenen Jahren schwieriger geworden. Das politische Klima hat sich verändert

Die Erkenntnisse des britischen Ökonomen Richard Murphy klingen paradox. 825 Milliarden Euro wurden in der EU nach einer jüngst von ihm veröffentlichten Studie im Jahr 2015 an Steuern hinterzogen. Und doch nennt Murphy die EU die „effektivste internationale Institution im Kampf gegen Steuerbetrug“. Die beiden Aussagen sind weniger widersprüchlich, als sie klingen. Denn immerhin lag 2009 die von Murphy nach derselben Methodik ermittelte Summe noch bei rund einer Billion Euro. Es scheint in der EU also zumindest in die richtige Richtung zu gehen – auch wenn die vor drei Jahren veröffentlichten „Panama Papers“ enthüllt haben, in welchem Umfang gerade auch Europäer Steuern hinterzogen haben und es weiterhin tun. Doch hat sich im Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Steuerflucht und (legaler) Steuervermeidung in der EU in den vergangenen Jahren tatsächlich einiges getan. Der Grund ist vor allem ein verändertes politisches Klima. Einige EU-Staaten, zu deren Geschäftsmodell es jahrzehntelang gehörte, legale und illegale Steuervermeidung zu erleichtern, verschließen sich diesem Kampf nicht mehr kategorisch. Viele Jahre lang hatten diese Länder – vor allem Luxemburg, aber auch Österreich und Irland – die Verschärfung der EU-Rahmregeln erfolgreich blockiert. Sie profi-

tierten davon, dass die EU-Staaten steuerpolitische Entscheidungen nur einstimmig treffen können. Diese Länder gerieten aber von 2010 an zunehmend unter internationalen Druck. Die USA zwangen im Kampf gegen die Steuerflucht alle Partnerländer in den „Fatca“-Abkommen zum Informationsaustausch vor allem über Auslandskonten. Diesem Druck konnten sich auch die EU-Staaten nicht entziehen. Die entscheidende Kursänderung vollzog die EU kurz vor der Europawahl 2014, kurz nachdem der langjährige luxemburgische Premier- und Finanzminister Jean-Claude Juncker sein Amt verloren hatte. Luxemburg und Österreich gaben ihren Widerstand gegen die Verschärfung der EU-Zinsrichtlinie auf. Sie bedeutete praktisch das Ende des Bankheimnisses und der steuerpolitischen Intransparenz. Alle Mitgliedstaaten praktizieren seither den automatischen Datenaustausch über Zinseinkünfte, Dividendenzahlungen und Versicherungserträge. Der automatische Informationsaustausch der Steuerbehörden soll für Transparenz sorgen und verhindern, dass Privatpersonen Vermögen und Einkünfte unversteuert

ins Ausland verschieben. Einkünfte lassen sich mittlerweile nicht mehr so leicht verstecken. Das gilt zumindest für die EU-Staaten und solche Länder, die sich ebenfalls den internationalen Standards für den Informationsaustausch unterworfen haben. Jene Staaten, die sich jeder internationalen Zusammenarbeit komplett verweigern, stellt die EU seit einiger Zeit auf einer schwarzen Liste von Steuerparadiesen an den Pranger. Die Liste ist freilich bemerkenswert kurz. Nicht einmal Panama findet sich dort mehr, und die ebenfalls als Steueroasen geltenden britischen Kanalinseln und die Isle of Man sind dort noch nie auftaucht. Alle Schlupflöcher für Steuerflüchtlinge sind also sicher nicht geschlossen.

Immer mehr EU-Staaten schneiden Steuersparmodelle für Superreiche.

Der Kampf gegen Steuerflucht hat nicht nur Privatpersonen im Blick. Auch die „Optimierung“ der Steuerlast, die Unternehmen mit einigem Aufwand betreiben, ist der EU zunehmend ein Dorn im Auge. Auch hier haben Beschlüsse auf globaler Ebene, besonders jene gegen die Kürzung und Verlagerung von Gewinnen (Base Erosion and Profit Shifting, Beps), Druck auf den Aufbau. Ein wichtiges Element ist die ver-

schärfte EU-Amtshilferichtlinie, in der ein einheitliches „Country-by-Country-Reporting“ vorgesehen ist. Globale Konzerne werden so gezwungen, den Finanzbehörden der Mitgliedstaaten nach Ländern aufgeschlüsselte Steuer- und Gewinndaten zu präsentieren und diesen so offenzulegen, wo sie wie viel Steuern zahlen. Die nationalen Behörden sollen die Informationen untereinander austauschen. Der Vorschlag, diese Informationen auch zu veröffentlichen, wird aber bis heute (unter anderem von Deutschland) blockiert. Weiter ist in der neuen Richtlinie vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten einander Auskunft über ihre jeweiligen „Tax Rulings“ erteilen. Das sind Regeln, mit denen die Behörden den Unternehmen mitteilen, wie sie bestimmte Steuerfragen behandeln. In manchen EU-Staaten sagen die Finanzbehörden mittels solcher „Rulings“ aber auch Steuervergünstigungen zu, die nur für sie gelten. Wegen solcher Fälle hat sich die EU-Kommission die „Tax Rulings“ auch mit den Mitteln des Wettbewerbsrechts vorgeknöpft. Denn selektive staatliche Begünstigungen von Unternehmen sind nach dem EU-Beihilfenrecht verboten. Nach den Erkenntnissen der Brüsseler Behörde haben mehrere Mitgliedstaaten gegen das Beihilferecht einzelner Unternehmen – in der Regel

handelte es sich um globale Konzerne – billigten. Das spektakulärste Verfahren war jenes gegen Apple in Irland. Die dortigen Spezial-Steuerbegünstigungen für den amerikanischen Technologiekonzern liefen nach Erkenntnissen der EU-Behörde auf einen Steuersatz von gerade einmal 0,05 Prozent hinaus. Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager verfügte deshalb, Apple müsse 13 Milliarden Euro Steuern an Irland zurückzahlen. Von solchen Spezialregeln profitieren nicht nur Großkonzerne, sondern auch Privatpersonen. Nach einer kürzlich vorgestellten Studie der Grünen-EU-Parlamentsfraktion schneiden immer mehr EU-Staaten Steuersparmodelle für Superreiche. Über 160.000 Großverdiener kämen so in zehn EU-Ländern um ihren Anteil an der Einkommensteuer herum, kritisiert der Grünen-Politiker Sven Giegold. Beihilfeverfahren sind für diese Fälle kaum vorstellbar. Sie sind eher ein Beleg für den Befund des früheren Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU). Er sagte über seinen Kampf gegen Steuerflucht, dieser gleiche dem gegen eine Hydra, der für jeden abgeschlagenen Kopf ein neuer nachwächst. In diesem Kampf wird der EU die Arbeit sicher nicht ausgehen. Werner Mussler

Der Autor arbeitet für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in Brüssel.



Es ist nicht zu leugnen, dass die seit der Ukraine-Krise angespannten Beziehungen zwischen Russland und „dem Westen“ zu so manchem Déjà-vu-Erlebnis geführt haben. Der Kalte Krieg ist dennoch nicht zurückgekehrt und damit auch nicht die bipolare Weltordnung, die ihn kennzeichnete. Was die Europäer beschäftigt, ist weltpolitisch nur ein Randphänomen, und der Trend zu einer multipolaren Weltordnung mit immer mehr relevanten Akteuren nimmt weiter zu. Wer in ihr bereits eine wichtige Rolle spielt oder in Zukunft spielen dürfte, ist nicht in allen Fällen eindeutig zu bestimmen. Außer Frage steht, dass die USA unverändert eine globale Supermacht sind und auch bleiben werden. Allerdings haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt, dass auch sie nicht über ausreichende Machtmittel verfügen, um überall auf der Welt ihre Interessen durchzusetzen zu können. Keinen Widerspruch erntet darüber hinaus, wer China den Status eines dieser Pole der Weltordnung des 21. Jahrhunderts zuerkennt. Schwieriger ist allerdings schon die Frage zu beantworten, wie es sich mit Russland verhält. Die schiere Größe des Staatsgebietes ist nicht ausreichend, um das sinkende demographische Gewicht und die anhaltende ökonomische Schwäche zu kompensieren.

Reich der Spekulation Ins Reich der Spekulation gerät schließlich, wer darüber nachdenkt, welche Rolle die Europäer wohl zukünftig in der Weltpolitik spielen mögen. Als Kolonialmächte konnten Großbritannien und Frankreich bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hinein als globale Akteure gelten. Dies ist jedoch längst Geschichte und lebt nur noch in dem von vielen als Anachronismus angesehenen Phänomen fort, dass beide Staaten weiterhin zu den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gehören, die dessen Entscheidungen mit ihrem Veto-Rechts blockieren können. Alle Bemühungen, den außenpolitischen Bedeutungsverlust der Nationalstaaten unseres Kontinents durch die Europäische Union aufzufangen, haben bislang nur wenig gefruchtet. Als Wirtschaftsraum verfügt sie zwar immer noch über globales Gewicht. Doch selbst auf diesem Gebiet verliert sie an Terrain. Die Wachstumsdynamik ist ihr schon vor geraumer Zeit abhanden gekommen, und die Treiber des technologischen Fortschritts sind zu einem großen Teil längst auf anderen Kontinenten zu finden. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um als einer der Pole der Weltpolitik gelten zu können, verschlechtern sich somit.

Vor allem aber fehlt es der Europäischen Union an politischen Voraussetzungen, um diese Rolle spielen zu können. Dies ist insofern ernüchternd, als sie seit mehr als einem halben Jahrhundert darüber diskutiert wird, wie man die Außenpolitik bündeln kann und diese seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 immerhin als eine der drei Säulen der EU gilt. Gut zwei Jahrzehnte liegt nun auch bereits der Kölner Gipfel zurück, auf dem sie sich, maßgeblich auf Betreiben der damaligen Bundesregierung, zu der Ansicht durchdrang, dass eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch einer militärischen Komponente bedürfe, und das, was wir heute als Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) verstehen, seinen Anfang nahm. Betrachtet man lediglich die institutionelle Aufstellung der EU, könnte der Eindruck entstehen, dass Außenpolitik tatsächlich einen hohen Stellenwert hat und klare Zuständigkeiten definiert sind. Die strategischen Grundsätze legt der Europäische Rat



Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Europa keine gemeinsame Stimme.

© picture-alliance/dpa

Europa verliert

AUSSENPOLITIK Die Bedeutung der Alten Welt nimmt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ab

der Staats- und Regierungschefs fest. Die konkrete Ausgestaltung der GASP obliegt dem Rat der Außenminister. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) aus Diplomaten der Mitgliedstaaten überwacht die operative Umsetzung. Eine Scharnierfunktion kommt der Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik zu. Sie ist zugleich Vorsitzende des Außenministerrates und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Überdies untersteht ihr der Europäische Auswärtige Dienst. Dieser Apparat zeigt heute mit etwa 140 EU-Delegationen in Drittländern und bei internationalen Organisationen große Präsenz auf der diplomatischen Bühne, kann aber seine Möglichkeiten nicht ausschöpfen, solange das Strukturproblem der politischen Willensbildung auf diesem Gebiet ungelöst bleibt. Was als Außenpolitik der EU gilt, wird von den Mitgliedstaaten einstimmig entschieden. Ein derartiges Votum lässt sich zu abstrakten Grundsätzen, denen man sich verpflichtet fühlt, zwar recht einfach herstel-

len. Dort, wo es zu konkreten Fragen Interessen und Positionen der EU als Ganzes zu bestimmen gilt, tun sich aber häufig Gegensätze zwischen Mitgliedstaaten auf, die eine Entscheidungsfindung verzögern und zu einem Formelkompromiss führen, mit dem sich keine Außenpolitik betreiben lässt. Der Beitrag, den die EU zur Krisenbewältigung auch und gerade in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft leistet, entspricht daher nicht dem Gewicht, das sie eigentlich in die Waagschale werfen könnte.

Rotationsprinzip Einen neuen Ansatz zur Überwindung des durch den Zwang zu einstimmiger Entscheidungsfindung hervorgerufenen Dilemmas hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am 13. November 2018 in ihrer Rede im Europäischen Parlament zur Diskussion gestellt. Sie schlägt einen Europäischen Sicherheitsrat vor, dem auf der Grundlage des Rotationsprinzips immer nur einige der EU-Mitglieder angehören und der seine Tätigkeit mit der Hohen Beauftragten sowie den europäischen Mitgliedern

im UN-Sicherheitsrat zu koordinieren hätte. Eine neue EU-Institution vertraglich zu vereinbaren, würde aber erneut der Einstimmigkeit bedürfen. Nicht wenige der kleineren EU-Staaten fürchten, von den größeren für deren Interessen vereinnahmt zu werden. Diese Vorbehalte sind nicht ohne Weiteres aus der Welt zu schaffen. Regierungen haben ihnen Rechnung tragen, weil sie dies als ihren Wählerauftrag ansehen müssen. Immer wieder wurde, nicht zuletzt von deutscher Seite, die Idee lanciert, man solle die ständigen Sitze der Franzosen und Briten im UN-Sicherheitsrat durch einen solchen der EU ersetzen. Abgesehen davon, dass Großbritannien nach dem Brexit hier nicht mehr einzubeziehen ist und die EU dazu erst einmal Mitglied der Vereinten Nationen werden müsste: Wie soll ein französischer Präsident mit einem solchen Vorschlag die Zustimmung der Öffentlichkeit finden können?

Peter Boßdorf

Der Autor ist Fachjournalist für Sicherheitspolitik in Bonn.

Der richtige Umgang mit Russland

OSTPOLITIK Opposition warnt vor zu viel Nähe zu Putin

„Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“ Es ist fast 60 Jahre her, dass der Sowjetdichter Jewgenij Jewtuschenko diese rhetorische Frage stellte. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag, zielt die Verszeile auch heute noch gern. „Ich bin aus meiner Kenntnis der damaligen Sowjetunion und heute Russlands sicher, dass die Antwort immer noch nein ist.“ Allerdings hat Russland 2014 Krieg in der Ostukraine angezettelt. Die politischen Eliten in Deutschland wurden davon und von der vorübergehenden völkerrechtswidrigen Annexion der Krim kalt erwischt und suchen seitdem nach dem richtigen Umgang mit Russland. Vertreter von CDU/CSU und SPD mahnen, den „Dialogfaden“ nicht abreißen zu lassen, betonen jedoch die Unrechtmäßigkeit der Krim-Annexion. Links wie rechts der Mitte wird um „Verständnis“ für Russland geworben. Am weitesten ging die AfD, die kürzlich einen Antrag „für eine neue Russlandpolitik“ in den Bundestag einbrachte, Untertitel „Kooperation statt Konfrontation“. Sie fordert darin unter anderem, den Jugendaustausch mit Russland auszubauen. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Aggression Russlands in der Ostukraine kommen in dem Antrag der AfD nicht vor.

Anbiederungen Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, erklärt derartige Anbiederungen mit dem „emotionalen Verhältnis“, das die deutsche Bevölkerung zu Russland habe. Er verweist auf „das deutsche Schuldgefühl, am Tode von Millionen von Sowjetbürgern schuldig oder mitschuldig gewesen zu sein.“ Hinzu komme Dankbarkeit gegenüber der Sowjetführung, „die sich der deutschen Wiedervereinigung nicht entgegen stellte“.

In sozialdemokratischen Kreisen wird regelmäßig die Ostpolitik Willy Brandts ins Feld geführt. Der frühere SPD-Bundeskanzler betrieb ab 1969 eine Annäherung an die Staaten des von der Sowjetunion dominierten „Warschauer Pakts“. Die Entspannungspolitik mündete unter anderem in die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975. 35 Staaten, europäische, die Sowjetunion, die USA und Kanada, bekannten sich mit ihrer Unterschrift dazu, Grenzen anzuerkennen, auf Gewalt zu verzichten, Menschenrechte zu achten. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) spricht nun von einer „neuen europäischen Ostpolitik“. Er betont weiterhin den Dialog mit Russland, fordert aber, dabei osteuropäische Interessen stärker zu berücksichtigen. Es gehe darum, mit Russland „im Interesse aller europäischen Staaten zu kooperieren – und nicht nur mit denen, die sich die Russen herausgesucht haben“, so der Außenminister. Deutschland müsse lernen, „Europa stärker durch die Augen der anderen Europäer zu sehen.“ Viele Osteuropäer sehen diese Konzepte äußerst kritisch. In ihren Augen war bereits Brandts Entspannungspolitik ein Fehler. Wladimir Ryschkow, einer der wenigen echten Oppositionspolitiker Russlands, sagt, mit der Schlussakte von Helsinki sei das Recht der Sowjetunion anerkannt worden, die osteuropäischen Staaten zu kontrollieren. „Die Helsinki-Schlussakte er-

möglichte, Öl- und Gaspipelines zu bauen. Die Sowjetunion kam an hunderte Milliarden D-Mark, um die eigene Wirtschaft und Rüstungsindustrie zu stützen.“ Dies sei ein „Sieg“ Breschnjews und der Sowjetunion gewesen. Die Selbstverpflichtung, Menschenrechte zu achten, habe die Sowjetunion ignoriert. Ryschkow warnt, eine neue Ostpolitik werde genau wie damals unrechtmäßig geschaffene Grenzen legitimieren, werde der Führung in Moskau ein Recht auf Vorherrschaft in der Nachbarschaft zugestehen. „Der Krenl versteht unter Ostpolitik, dass der Westen sich damit einverstanden erklärt, dass Moskau besondere Interessen im postsowjetischen Raum hat und diesen kontrolliert.“

Mit Diplomatie sei beim aktuellen Regime in Moskau nichts zu erreichen, warnt auch Marius Laurenavicius vom Institut für politische Analysen in Litauens Hauptstadt Vilnius: „Die Leute im Westen haben bis heute nicht verstanden, dass du deine Ziele nicht mit einem Partner erreichst, der deine Werte und Ziele nicht teilt.“ Entspannungspolitik setze Vertrauen voraus. Es stelle sich die Frage, so Laurenavicius, ob Russlands Präsident überhaupt vertrauenswürdig sei.

In der Tat scheinen die Bemühungen um einen Dialog zwischen Deutschland und Russland derzeit recht einseitig. Mit keinem Staats- oder Regierungschef telefoniert Präsident Putin so oft wie mit Angela Merkel (CDU). Oft geht die Initiative von Merkel aus. Mehrfach hat Putin sein Wort gebrochen. Der russische Journalist Konstantin von Eggert fordert denn auch, deutsche Politiker sollten aufhören, sich mit russischen Duma-Abgeordneten zum Austausch zu treffen. Das sei ein „Fake-Austausch“.

Aktuell bildet sich die Debatte um den richtigen Umgang mit Russland im Euro-parat ab. Nach der Annexion der Krim entzog die Parlamentarische Versammlung der russischen Delegation das Stimmrecht. Seitdem zahlt Russland keine Beiträge mehr. Laut Satzung droht Russland nun der Ausschluss. Russland solle nach Möglichkeit Mitglied des Europarates bleiben – und zwar „mit allen Rechten und Pflichten“, erläutert der Leiter der deutschen Delegation, der CDU-Politiker Andreas Nick. „Wir wollen gute und partnerschaftliche Beziehungen zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas und gleichzeitig friedliche und konstruktive Beziehungen zu Russland. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese beiden Ziele gegeneinander ausgepielt werden.“ Generalsekretär Thorbjørn Jagland sagte kürzlich, Russland solle sein Stimmrecht „trotz des anhaltenden Konflikts in der Ukraine“ zurückhalten, um ein Ausschließen Russlands zu verhindern. In der Ukraine wird das mit großer Sorge gesehen, erläutert Yevhen Hlybovitsky von der Nestor Group, einer Vereinigung ukrainischer Think Tanks: „Wenn ein Verbrechen geschieht, suchen wir auch nicht nach einem Kompromiss zwischen dem Verbrecher und dem Opfer.“

Der Autor ist Fachjournalist für Osteuropafragen.

»Mit Diplomatie ist beim Regime in Moskau nichts zu erreichen.«

Marius Laurenavicius, Institut für pol. Analysen, Vilnius

Das Verhältnis zur Türkei bleibt ohne Impulse

MITTELMEER Weiter hoher Migrationsdruck trotz des Flüchtlingsabkommens. Kritische Lage in griechischen »Hot Spots«

Knapp 10.000 irreguläre Grenzübertreite in die EU wurden im Oktober 2015, als die Flüchtlingswelle ihren Höhepunkt erreicht hatte, auf der östlichen Mittelmeerroute im Tagesdurchschnitt erfasst. Die Zahl ging zwar nach kurzer Zeit wieder deutlich zurück. Dies konnte jedoch nicht als Indiz dafür gelten, dass der Migrationsdruck grundsätzlich nachließ. Die EU und nicht zuletzt auch die deutsche Bundesregierung sahen sich gezwungen, sehr schnell eine Lösung zu finden, die unter Wahrung humanitärer und rechtsstaatlicher Prinzipien die Migrationsbewegungen wieder unter Kontrolle brächte. Eine solche Lösung, das war den Akteuren in Brüssel und Berlin klar, wäre nur in Zusammenarbeit mit der Türkei zu erreichen.

Zufluchtsort Die Türkei war Zufluchtsort für mehr als 3,5 Millionen Syrer geworden, die vor dem Bürgerkrieg und dem mit ihm verschränkten Krieg einer internationalen Allianz gegen den so genannten „Islamischen Staat“ ausgewichen waren. Aus der Sicht der Türkei, so die Überlegung der EU, würde jeder Migrant, der sich weiter nach Europa aufmachte, für Entlastung sorgen. Man hatte ihr somit etwas anzubieten, um einen Anreiz zu schaffen, gemeinsam die irreguläre Migration einzudämmen.

Die im März 2016 getroffene Vereinbarung verlangte daher von der Türkei lediglich, syrische Staatsbürger, die von ihrem Territorium aus illegal nach Griechenland gelangt waren, wieder zurückzunehmen. Diesen blieb das Recht unbenommen, einen Asylantrag zu stellen, bis zum Abschluss des Verfahrens würden sie in einem griechischen „Hotspot-Lager“ verbleiben. Ankara erhielt im Gegenzug die Zusage, dass für jeden syrischen Flüchtling, der in diesem Rahmen zurückgeschickt würde, ein anderer legal in die EU übersiedeln dürfe. Zur finanziellen Entlastung der Türkei stellte Brüssel anfänglich drei Milliarden Euro bereit, später wurde der Betrag verdoppelt. Diese Mittel sollten zur individuellen Unterstützung einer großen Zahl von Flüchtlingen genutzt werden. Darüber hinaus erklärte die EU ihre Bereitschaft, die Visumpflicht türkischer Staatsbürger zügig aufzuheben, sobald Ankara die dafür erforderlichen Voraussetzungen geschaffen habe. Auch die ins Stocken geratenen Beitrittsverhandlungen sollten mit neuer Dynamik wieder aufgenommen werden. Das EU-Türkei-Abkommen ist 2016 kontrovers diskutiert worden. Neben der Skepsis, ob auf diese Weise tatsächlich Fluchtbewegungen beherrschbar würden, stand die Kritik im

Vordergrund, der Türkei ausgerechnet zu einem Zeitpunkt weit entgegengesetzt, in dem man sich berechtigte Sorgen um ihre demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung machen müsse. Die Diskussion ist drei Jahre später nicht verstummt. Die EU-Kommission zieht dabei eine grundsätzlich positive Bilanz. Die Bundesregierung schließt sich dieser Auffassung an, wie ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 25. Februar erkennen lässt. Auch die Bedenken des Europäischen Rechnungshofes, dass gut die Hälfte der EU-Mittel nicht transparent eingesetzt worden wäre, haben diese Bewertung nicht verändern können. Aus Sicht der Kritiker weisen die Statistiken aus, dass die eigentlichen Ziele der Vereinbarung nicht erreicht wurden. Das UN-Flüchtlingswerk hat 2018 über 50.000 Personen erfasst, die irregulär nach Griechenland eingereist sind, 14.000 mehr als im Jahr zuvor. „Der EU-Kommission zufolge sind im Jahr 2018 322 Personen im Rahmen der mit Ankara erzielten Übereinkunft von Griechenland in die Türkei abgeschoben worden. Weitere 4.996 haben das Land mit Unterstützung des „Assisted Voluntary Returns and Reintegration Programme“ der Vereinten Nationen verlassen. Die EU hat ihrerseits im gleichen Jahr

6.929 Syrien-Flüchtlinge aus der Türkei übernommen. Im Zentrum der Kritik steht heute allerdings weniger die Regierung in Ankara. Politiker und Journalisten, die Zugang zu den Hot-Spot-Lagern in Griechenland hatten, berichten einhellig von desaströsen Zuständen. Die Einrichtungen seien überfüllt und unzureichend versorgt. So gut wie keine Impulse hat das EU-Türkei-Abkommen von 2016 den Beziehungen insgesamt gegeben. Die Visumpflicht für türkische Staatsbürger besteht weiterhin. Die Aussichten, dass die EU-Beitrittsverhandlungen in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden können, sind gering. Zum einen sind grundsätzliche Gegner eines EU-Beitritts der Türkei in einigen Staaten tonangebend geworden. Und zum anderen hat die Türkei durch ihre innere Entwicklung der vergangenen Jahre auch bei jenen Zweifel genährt, die 2005, als die Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, noch voller Euphorie waren.

pbo

Anzeige

Die Bundestagswahl 2017 in der Analyse

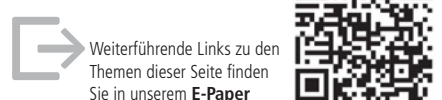
Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017

Herausgegeben von Prof. Dr. Sigrud Roßteutscher, Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Prof. Dr. Harald Schoen, Prof. Dr. Bernhard Weßels und Prof. Dr. Christof Wolf

2019, ca. 410 S., brosch., ca. 9,90 €
ISBN 978-3-8487-4518-0
(Wahlen in Deutschland, Bd. 3)
Erscheint im 2. Quartal 2019
nomos-shop.de/30665

Die Bundestagswahl 2017 war eine Wahl zwischen Polarisierung und Beharrung. Die Regierung verlor massiv an Stimmen, blieb aber an der Macht. Erstmals gelang einer rechtspopulistischen Partei der Einzug in den Bundestag. Politikwissenschaftlich fundiert bietet der Band eine verständlich geschriebene Analyse des Wahlverhaltens der Bundestagswahl 2017.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



AUFGEKEHRT

Abschied von den »Gelben«

Wieder ist hierzulande ein Stück Kultur verschwunden. Die Deutsche Telekom hat die letzte gelbe Telefonzelle abtransportiert – vom oberbayerischen Wallfahrtsort St. Bartholomä mit einem Boot über den anliegenden Königssee, ganz auf den Spuren von Märchenkönig Ludwig II. Die gelben Zellen gehörten zu unseren Städten lange wie die Spitzen der Kirchtürme. Seit 1881 gibt es in Deutschland solche Stationen, seit 1946 in der Postfarbe Gelb. Im Handyzeitalter sterben diese Häuschen weg wie die Dinosaurier. Heute leistet sich die Telekom noch 17.000 magentafarbene überdachte, außen offene Telefonzellen. Sie markieren schon den Übergang zur transparenten Mobiltelefon-Ära, weil man an den Magenta-Häuschen mithören kann, was so alles über die Freundin oder den Arbeitskollegen gesprochen wird. Wir stehen am Ende einer bedeutenden Zeit. Was haben wir nicht alles rund um gelben Telefonzellen erlebt. Fehlende Hörer, herausgerissene Telefonbuchseiten, Erbrochenes und andere Hinterlassenschaften. Mit den gelben Häuschen geben wir auch Errungenschaften ab: Kein Geheimdienst konnte unseren Gesprächen in der Zelle lauschen. Die Stationen waren in der Vorhandzeit die einzige Möglichkeit, die Eltern über den früheren Schulschluss zu informieren. Und wir bekamen Disziplin beigebracht. Niemand konnte in Ruhe minutenlang über alles mögliche Belanglose quasseln, wenn draußen im Regen die nächsten „Kunden“ nervös trampelten, um selbst dranzukommen. Aber das Zeitalter der gelben Telefonzellen ist womöglich nicht zu Ende. In England verkauft die dortige Telekom die beliebten roten, gusseisernen Telefonhäuschen an Liebhaber für Tausende Pfund. Im Nullzins-Zeitalter könnten auch die deutschen „Gelben“ einmal eine wertvolle Sachanlage sein. *Hans Krump* ||

VOR 10 JAHREN...

Namensketten verboten

5.5.2009: Bundesverfassungsgericht verweigert Dreifachnamen. Was haben Birgit Malsack-Winkemann (AfD), Ursula Groden-Kranich (CDU) und Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) gemeinsam? Sie sind alle Mitglieder des Deutschen Bundestages mit einem Doppelnamen. Ob lange Namen für Politiker Nachteile bringen – weil sie etwa nur schwer in eine Zeitungüberschrift



Begrüßte das Urteil: Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)

passen oder es im Plenum die „halbe Redezeit kostet“, ihren Namen auszusprechen, wie es sich die frühere SPD-Abgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller anhören musste – sei dahin gestellt. Der Grund, warum die Politik wirklich langen Namen, sogenannten Namensketten aus drei oder mehr Nachnamen, einst einen Riegel vorgeschoben hatte, war ohnehin ein anderer. Am 5. Mai 2009 bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Verbot. Verfassungsbeschwerde hatte das Ehepaar Frieda Thalheim und Hans-Peter Kunz-Hallstein eingelegt. Die Frau wollte Thalheim-Kunz-Hallstein heißen, unter anderem, um dadurch die Verbundenheit zum Ehemann, aber auch zu den beiden Töchtern aus erster Ehe zu dokumentieren. Doch die Karlsruher Richter wiesen ab: Der Gesetzgeber verfolge mit dem Verbot das legitime Ziel, „Namensketten zur Sicherung einer besseren Identifikationskraft des Namens generell einzuschränken“, hieß es. Betroffene hätten auch so ausreichende Möglichkeiten. Die Regelung gilt damit seit 1994. Sie lasse „ausreichend Spielraum“ und verhindere „unpraktikable Namensketten“, erklärte die damals zuständige Bundesjustizministerin. Die hieß Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). *Benjamin Stahl* ||



ORTSTERMIN: ERSTWAHLHELPER-AUSBILDUNG IN BERLIN



Was gilt es im Wahllokal zu beachten? 80 Jugendliche aus Berlin werden seit März dafür ausgebildet, die ordnungsgemäße Wahl der Bürger am 26. Mai sicherzustellen. © Erstwahlhelfer – Eine Initiative von HAUS RISSEN

Sonntags-Dienst an der Wahlurne

Der Stuhlkreis im ehemaligen Schleusenwärterhäuschen am Kreuzberger Landwehrkanal in Berlin füllt sich an diesem Morgen rasch. Zehn Jugendliche sind in das Haus der Kreuzberger Kinderstiftung gekommen, um sich für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai zum Wahlhelfer ausbilden zu lassen: „Ich studiere Geschichte auf Lehramt und werde auch mal Politik unterrichten müssen“, erzählt Jenny aus Charlottenburg. „Die Ausbildung hier ist deshalb die Gelegenheit, mich praktisch mehr mit Europa zu beschäftigen.“ Auch bei Studentin Janine kam Politik in der Schule zu kurz: „Klar habe ich zu manchen Aspekten eine Meinung. Aber das heißt nicht, dass ich sie auch fundiert begründen kann“, sagt die 21-Jährige, die am 26. Mai im Wahlamt Treptow-Köpenick mithilft. Jenny und Janine sind zwei der 80 neuen jugendlichen Erstwahlhelfer aus Berlin. „Die Stiftung setzt sich seit 2004 für Bildungsgerechtigkeit und Jugendengagement ein. Im vergangenen Jahr ist uns aufgefallen, dass junge Menschen in der ehrenamtlichen Tätigkeit als Wahlhelfer deutlich unterrepräsentiert sind“, erzählt Projektleiterin

Lina Andres von der Kinderstiftung. Daraufhin entstand das Berliner Erstwahlhelfer-Projekt als Kooperation mit dem Haus Rissen aus Hamburg und der Schwarzkopf Stiftung Junges Europa. „Unser Ziel ist es, die Identifikation junger Menschen mit der europäischen Demokratie zu stärken, indem sie sich als Teil dieses Prozesses erleben und so lernen, Verantwortung zu übernehmen“, erklärt Andres. Denn Wahlhelfer zu sein bedeute auch zu erleben, wie viele Hände für das Gelingen benötigt werden. Für den Einsatz am Wahlsonntag besuchen die Jugendlichen zwischen 17 und 27 Jahren zwei Samstags-Schulungen im Stiftungshaus: Während es im ersten Teil darum geht wie die Europäische Union arbeitet, behandelt ein zweiter Teil die praktische Arbeit im Wahllokal: In einer Simulation lernen die Jugendlichen in Rollenspielen mit außergewöhnlichen Situationen umzugehen. Das könne sein, dass jemand laut rede, ein Kind mit in die Wahlkabine nehmen wolle oder jemand, der blind ist, zum Wählen komme, berichtet Andres. „Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass die Simulation aufregender ist als der ei-

gentliche Einsatz im Wahllokal – aber gut vorbereitet zu sein, schadet ja nie“, sagt sie. Auch Schüler Leo aus Kreuzberg lässt sich ausbilden: „Bei den Wahlen, an denen ich bislang teilnehmen durfte, hatte ich immer unfreundliche Wahlhelfer. Bei meinem eigenen Einsatz im Wahllokal möchte ich das anders machen“, sagt er. Neben ihm sitzt Mara. „Es hilft nicht, nur zu meckern über die Politik, man muss sich selbst einbringen“, betont sie. Erst vor wenigen Tagen hat sie von dem Projekt erfahren, kann sich aber vorstellen, dass es nicht bei einem Einsatz bleibt. Federführend in der Koordination der Einsätze ist das Bürgeramt Kreuzberg-Friedrichshain. „Uns ist es ein echtes Anliegen, Menschen in Prozesse wie die Wahlhelfer-Tätigkeit zu integrieren“, sagt Bürgeramtsleiterin Siegrinde Pölit. Sie unterstütze den Ansatz des Projektes, die Tätigkeit als freiwillige Aufgabe zu sehen und fördere, dass Jugendliche von etablierten Wahlhelfern lernen. „Wenn die Dynamik passt, kommt es sogar nicht selten vor, dass Teams über einen längeren Zeitraum zusammenbleiben“, berichtet sie. *Lisa Brübler* ||

LESERPOST

Zur Ausgabe 12 vom 18. März 2019, „Keine Auskunfts“ auf Seite 11: Sowohl der Sachverhalt, der der Diskussion um Auskunfts- und Informationsrechte gegenüber Bundesbehörden zugrunde liegt, als auch der bisherige Verfahrensablauf sind äußerst bemerkenswert: Der Bundesnachrichtendienst ignoriert journalistisch wie gesellschaftspolitisch relevante Fragen nach seiner braun-gefarbten Vergangenheit, das Bundesverwaltungsgericht begrenzt am Ende des formalen Verwaltungsrechtsweges Artikel 5 Absatz 1 (und damit inzident auch Absatz 3) des Grundgesetzes auf einen „Minimalstandard“ und die dagegen erhobene Verfassungsbeschwerde wird vom Bundesverfassungsgericht erst gar nicht zur Entscheidung angenommen. Ein Kartell des Schweigens? Oder weniger polemisch ausgedrückt: Gibt es „gute Auskunftsansprüche“, die dann auch gerne medienwirksam

von der jeweiligen Behördenleitung behandelt werden, und „schlechte Fragen“, die man lieber unter den Teppich kehren möchte? *Thomas Fuchs, Biebeshelm*

Zur selben Ausgabe, „Die Luft wird saurer“ auf Seite 2: Zur Vermeidung von unverhältnismäßigen Fahrverboten wurde der Grenzwert für NOx-Schadstoffe um 25 Prozent von 40 auf 50 mg/m³ angehoben. Damit hat Verkehrsminister Scheuer eine in Ansätzen erkennbare Innovationswelle angestoßen. Die Umstellung soll per SW-Update erfolgen und von den Automobilkonzernen großzügig gesponsert werden. Es ist zu erwarten, dass in absehbarer Zeit weitere Grenzwerte dem Zeitgeist angepasst werden. Das Unverhältnismäßigkeitsgebot fordert auch hier die Angleichung um 25 Prozent, um

unverhältnismäßige Strafen wegen geringfügiger Überschreitung zu vermeiden. Ein gewünschter Nebeneffekt: Die Polizei wird von lästigem Kleinkram entlastet. Die Änderung dieser Grenzwerte führt zur Erhöhung des Tempolimits innerhalb geschlossener Ortschaften von 50 auf 60 km/h und der Promillegrenze von 0,5 auf 0,6 Promille. *Siegfried Möller, Solms*

Zur Ausgabe 15 vom 08. April 2019, „Recht des Kalten Krieges“ auf Seite 2: Ich möchte meine volle Zustimmung zur Meinung der Abgeordneten Sevim Dagdelen (Die Linke) ausdrücken. Dieser Staat sollte der Nato keinerlei Beitragsgelder mehr zahlen. Die Nato wird maßgeblich von den USA missbraucht, um die Konfrontation zu Russland zu schüren. Wenn Russland so empfindlich wie die USA

wäre, hätten wir schon lange den 3. Weltkrieg. Ich habe die Befürchtung, dass irgendein kleiner Leutnant versehentlich mal eine Atomrakete startet. Dann haben wir den Weltuntergang, weil an das „Rote Telefon“ sowieso keiner mehr dran geht. Oder Trump macht es in seiner Weisheit selbst. *Manfred Pfirrmann, Lampertheim*

Zur Ausgabe 16-17 vom 15. April 2019, „Die Behindertenstreiterin: Ulla Schmidt“ auf Seite 2: Allen Familien, die Kinder mit Behinderung oder mit Trisomie haben, die trotz aller emotionalen und auch finanziellen Herausforderungen glücklich sind mit ihren Kindern, für sie einstehen und kämpfen, gebührt große Anerkennung und Dank. Das parlamentarische Profil zu Ulla Schmidt (SPD) leistet einen empathischen, sensiblen und authentischen Kommentar zum Thema vorgeburtliche genetische Bluttests. *Ursula Reichert, Hanau*

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 08. – 10.05.2019

Einsatzbereitschaft der Bundeswehr(Do) Entlastungen bei Sozialabgaben (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 13. Mai.

PERSONALIA

>Rudolf Meinel
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU
Rudolf Meinel begeht am 2. Mai seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Chemnitz trat 1952 der CDU in der DDR bei. Von 1990 bis 1994 gehörte er dem Stadtparlament in Chemnitz an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Chemnitz I engagierte sich im Bundestag im Verkehrsausschuss.

>Gernot Erler
Bundestagsabgeordneter 1987-2017, SPD
Gernot Erler wird am 3. Mai 75 Jahre alt. Der Verlagsleiter aus Freiburg trat 1970 der SPD bei, gehörte von 1983 bis 1997 dem Landesvorstand sowie von 1985 bis 1997 dem Präsidium der SPD Baden-Württemberg an. Von 2005 bis 2009 amtierte er als Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. Erler, von 1998 bis 2005 und von 2009 bis 2013 stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, war zuletzt Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

>Hans Michelbach
Bundestagsabgeordneter seit 1994, CSU
Am 3. Mai begeht Hans Michelbach seinen 70. Geburtstag. Der Unternehmer aus Gemünden/Main-Spessart-Kreis trat 1976 der CSU bei, war von 1990 bis 2002 Kreisvorsitzender und gehörte von 1998 bis 2018 dem CSU-Partei-Vorstand an. Von 1998 bis 2018 stand er an der Spitze der Mittelstands-Union. Als Erster Bürgermeister seiner Heimatstadt amtierte der Christsoziale von 1982 bis 1998. Michelbach ist seit 2002 Vorstandsmitglied seiner Bundestagsfraktion.

>Rüdiger Veit
Bundestagsabgeordneter 1998-2017, SPD
Rüdiger Veit wird am 3. Mai 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Gießen trat 1969 der SPD bei, war von 1988 bis 2004 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und gehörte von 1993 bis 1995 dem Landesvorstand Hessen an. Von 1979 bis 1985 war er Kreismitglied und amtierte von 1986 bis 1998 als Landrat. Veit engagierte sich im Bundestag im Innenausschuss.

>Peter Sellin
Bundestagsabgeordneter 1987-1989, Die Grünen
Peter Sellin wird am 6. Mai 70 Jahre alt. Der Berufsschullehrer aus Berlin war 1978 Gründungsmitglied der dortigen Alternativen Liste. Von 1981 bis 1983 gehörte er dem Abgeordnetenhaus an. Sellin wirkte im Bundestag im Wirtschaftsausschuss mit.

>Günter Topmann
Bundestagsabgeordneter 1976-1983, SPD
Am 7. Mai begeht Günter Topmann seinen 85. Geburtstag. Der Polizeibeamte aus Altena trat 1961 in die SPD ein. Dem Rat seiner Heimatstadt gehörte er von 1964 bis 1999 an und amtierte von 1970 bis 1999 als Bürgermeister. Im Bundestag betätigte sich Topmann im Verkehrsausschuss. Von 1984 bis 1994 war er Mitglied des Europarats, der WEU und des Europäischen Parlaments.

>Florian Gerster
Bundestagsabgeordneter 1987-1991, SPD
Florian Gerster wird am 7. Mai 70 Jahre alt. Der Psychologe schloss sich 1966 der SPD an, war von 1990 bis 2002 Bezirksvorsitzender in Rheinhessen und bis 2004 stellvertretender SPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Von 1977 bis 1987 sowie von 1996 bis 2002 saß er im dortigen Landtag. Von 1991 bis 2002 gehörte er der Landesregierung an, zuletzt als Arbeits- und Sozialminister. Im Bundestag engagierte er sich im Familienausschuss.

>Helga Schmedt
Bundestagsabgeordnete 1980-1987, SPD
Am 10. Mai vollendet Helga Schmedt ihr 90. Lebensjahr. Die Verwaltungsjuristin aus Lengerich/Kreis Steinfurt trat 1972 der SPD bei, engagierte sich in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und kam 1977 in den NRW-Landesvorstand der SPD. Schmedt wirkte im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit.

>Hans-Peter Kemper
Bundestagsabgeordneter 1993-2005, SPD
Hans-Peter Kemper wird am 12. Mai 75 Jahre alt. Der Kriminalbeamte aus Heiden/Kreis Borken schloss sich 1969 der SPD an. 1991 trat er an die Spitze des SPD-Unterbezirks Borken und gehörte bis 2001 dem Bezirksvorstand Westliches Westfalen an. Von 1975 bis 1996 war er Gemeinderat. Kemper arbeitete im Innenausschuss mit, gehörte dem Vorstand seiner Bundestagsfraktion an und war von 2000 bis 2005 Vorsitzender der NRW-Landesgruppe. *bmh* ||

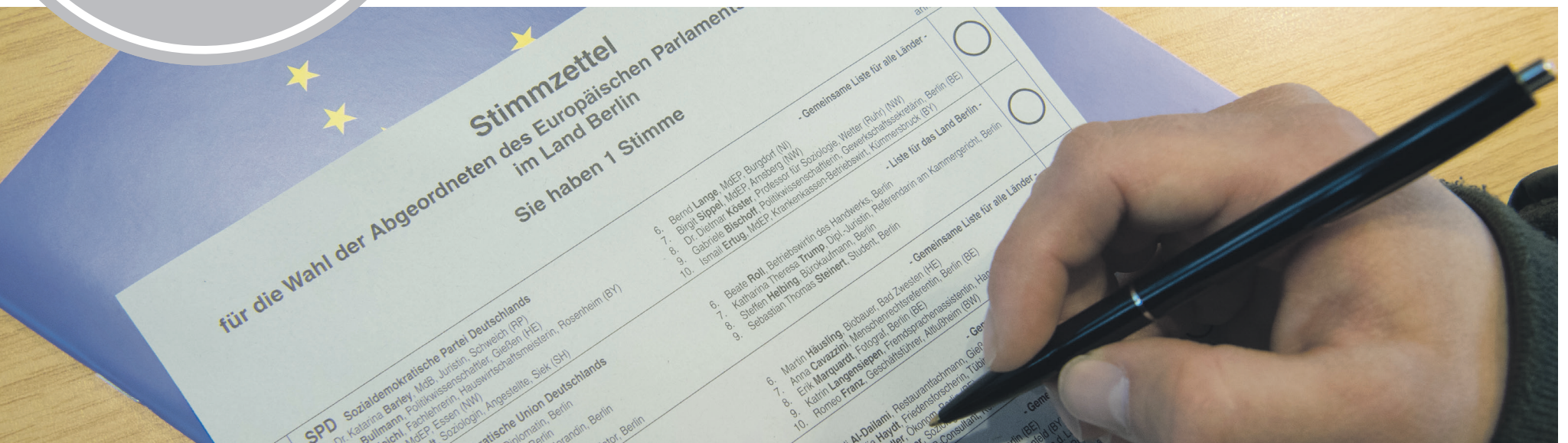
PANNENMELDER

Zur Ausgabe 16-17 vom 15. April 2019: Im Artikel „Zeuge wechselvoller Geschichte“ auf Seite 9 wurde der Ausruf Ernst Reuters fälschlicherweise als die „Völker der Erde“ betitelt. Tatsächlich richtete sich Reuter an die „Völker der Welt“.

leicht
erklärt!

Wahl in Europa

Die Bürger wählen ein neues Parlament



Nächsten Monat ist eine Wahl in der Europäischen Union.

Genauer: Die Wahl zum Europäischen Parlament.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist die Europäische Union?
- Was ist das Europäische Parlament?
- Worum genau geht es bei der Wahl?

Was ist die Europäische Union?

Die Europäische Union ist eine Gruppe aus mehreren Ländern.

Genauer:
Aus 28 europäischen Ländern.

Auch Deutschland ist Mitglied in der Europäischen Union.

Die Länder arbeiten zusammen. Denn sie wollen in Europa eine bessere Politik machen.



Ihre Politik soll nicht nur gut für die einzelnen Länder sein.

Sie soll ganz Europa beachten.

Die Abkürzung für Europäische Union ist: EU.

Was ist das Europäische Parlament?

Es gibt verschiedene politische Gruppen, die die EU leiten.

Eine dieser Gruppen ist das Europäische Parlament.

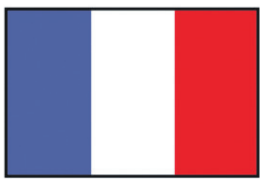
Im Europäischen Parlament sitzen über 700 Politiker.

Sie kommen aus allen Ländern der EU.

Jedes EU-Land schickt eine bestimmte Anzahl an Politikern ins Parlament.

Diese Politiker werden von den Bürgern im jeweiligen EU-Land gewählt.





Das Europäische Parlament trifft sich in Straßburg.

Das ist eine Stadt in Frankreich.

Viele Treffen finden auch in der Stadt Brüssel in Belgien statt.

Ein weiterer Arbeits-Ort ist Luxemburg.

Was macht das Europäische Parlament?

In der Europäischen Union leben über 500 Millionen Menschen.



Die Politiker im Europäischen Parlament vertreten diese Bürger. Sie setzen sich für ihre Interessen ein.

Um das zu tun, erledigt das Parlament verschiedene Aufgaben.

Im Folgenden ein paar Beispiele.

Gesetze machen



Das Europäische Parlament bestimmt zusammen mit einer anderen politischen Gruppe über Gesetze.

Und zwar Gesetze, die dann in der gesamten EU gelten.

EU-Kommission bestimmen

Das Europäische Parlament bestimmt über die Mitglieder der Europäischen Kommission mit.

Die Europäische Kommission ist eine andere politische Gruppe der EU.

Sie ist so etwas wie die Regierung der EU.

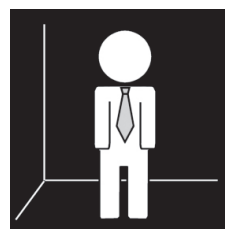
Sie macht zum Beispiel Folgendes:

- Sie schlägt neue Gesetze vor.
- Sie kümmert sich darum, dass Gesetze ausgeführt werden.



- Sie macht Vorschläge, wofür Geld ausgegeben werden soll.
- Sie passt auf, dass die EU-Länder Abmachungen einhalten.

Das Europäische Parlament bestimmt über die Mitglieder der Kommission mit.



Außerdem wählt es den Chef der Kommission.

Und es kann die Kommission auch auflösen.

Bei Ausgaben mitbestimmen



Das Europäische Parlament bestimmt zusammen mit einer anderen politischen Gruppe, wofür die EU Geld ausgeben soll.

Die Europäische Kommission macht dazu einen Vorschlag.

Das Europäische Parlament kann diesem Vorschlag dann zustimmen.

Es kann ihn auch ablehnen. Dann muss die Kommission einen neuen Vorschlag machen.

Überwachung der EU



Das Europäische Parlament überwacht, ob in der EU gute Arbeit geleistet wird.

Es schaut zum Beispiel, ob das Geld sinnvoll ausgegeben wird.

Es schaut auch, ob sich die EU-Länder an EU-Gesetze halten.

Außerdem überwacht das Europäische Parlament die Arbeit von verschiedenen anderen politischen Gruppen in der EU.

Zum Beispiel die der Europäischen Kommission.

Wahl des Europäischen Parlaments



Das Europäische Parlament ist die einzige politische Gruppe der EU, die direkt von den Bürgern gewählt wird.

Die Wahl findet alle 5 Jahre statt.

Die erste Wahl war im Jahr 1979.
Die letzte war im Jahr 2014.

Die nächste Wahl findet in der ganzen EU vom 23. bis zum 26. Mai 2019 statt.

Denn: In unterschiedlichen Ländern ist die Wahl an unterschiedlichen Tagen.

In Deutschland ist sie am 26. Mai. Das ist ein Sonntag.

Denn in Deutschland sind Wahlen normalerweise immer sonntags.

Regeln für die Wahl

Die Wahl zum Europäischen Parlament findet in allen EU-Ländern statt.

Jedes Land kann selbst entscheiden, wie genau die Wahl in diesem Land ablaufen soll.

Denn jedes Land macht Wahlen nach ein klein wenig anderen Regeln.

Für die Wahl gibt es allerdings auch einige Regeln, an die sich alle EU-Länder halten müssen.



Wichtigste Regeln

Besonders wichtig sind zum Beispiel die folgenden Regeln:

- 1) Für alle Wähler in einem Land gelten die gleichen Wahl-Regeln.
- 2) Jeder Wähler darf selbst entscheiden, wen er wählen möchte.



3) Jeder Wähler in einem Land hat gleich viele Stimmen.

4) Man muss niemandem verraten, wen man gewählt hat.

Wahlalter



In den meisten Ländern muss man 18 Jahre sein, um wählen zu dürfen. So auch in Deutschland.

Nur in Österreich und auf Malta darf man schon mit 16 Jahren wählen.

Ab wann man bei der Wahl als Bewerber antreten darf, ist von Land zu Land unterschiedlich.

In den meisten Ländern kann man ab 18 Jahren bei der Wahl antreten. So auch in Deutschland.

In Italien und Griechenland aber zum Beispiel erst mit 25 Jahren.

Jedes Land schickt Politiker

Jedes Land schickt Politiker ins Europäische Parlament.

Wie viele Politiker das sind, hängt von der Einwohnerzahl des Landes ab.

Je mehr Einwohner ein Land hat, desto mehr Politiker darf es schicken.

In keinem Land der Europäischen Union leben so viele Menschen wie in Deutschland.



Darum schickt Deutschland die meisten Politiker ins Europäische Parlament. Und zwar 96 Personen.

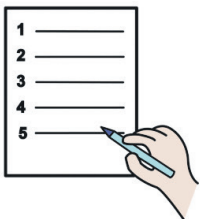
Jedes Land schickt aber mindestens 6 Politiker. Ganz egal, wie klein es ist.

Wen wählt man?

Bei der Wahl in Deutschland wählt man nicht direkt Personen.
Man wählt Parteien.

Also zum Beispiel die CDU, die CSU, die SPD, die AfD, die FDP, die Linke oder die Grünen.

Das funktioniert so:



Jede Partei stellt eine Liste auf.
Auf dieser Liste stehen die Bewerber.

Bei der Wahl kann sich dann jeder Wähler für eine Liste entscheiden.
Dazu macht er ein Kreuz neben der Liste, die er wählen möchte.

Damit hat er dieser Liste und damit dieser Partei seine Stimme gegeben.

Am Ende wird geschaut, wie viele Stimmen jede Partei bekommen hat.

Davon hängt ab, wie viele Personen diese Partei ins Europäische Parlament schicken darf.

Je mehr Stimmen, desto mehr Politiker darf sie schicken.

Jede Partei schickt die Leute in der Reihenfolge, wie sie auf ihrer Liste stehen.



Das bedeutet zum Beispiel: Wenn eine Partei 10 Politiker ins Parlament schicken darf, dann schickt sie die ersten 10 Personen auf ihrer Liste.



Im Europäischen Parlament schließen sich die Politiker aus verschiedenen Ländern dann zu Gruppen zusammen.

Das Fach-Wort für so eine Gruppe ist: Fraktion.

In einer Fraktion sind Politiker, die eine ähnliche Politik machen wollen.



Sie schließen sich zusammen, weil sie ihre Ziele gemeinsam besser durchsetzen können.

So können sie zum Beispiel leichter Abstimmungen gewinnen.

Die Politiker aus einem Land können sich also auf verschiedene Fraktionen verteilen.

Wichtige Wahl



Die Wahl zum Europäischen Parlament ist die größte Wahl in Europa.

Die Entscheidungen des Parlaments betreffen alle Menschen in der EU.
Deswegen ist diese Wahl sehr wichtig.

In knapp einem Monat wissen wir, wie sie ausgefallen ist.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa, Fotograf: Jörg Carstensen. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 18-19/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 13. Mai 2019.